

# Politische Berichte



8. August 1986  
Jg. 7 Nr. 16

G 7756 D

Preis:  
2,50



Krankenpflegeausbildung: "Ausbildung verbessern - Mängel beseitigen." Kampagne der ÖTV Seite 8



Südafrika/Azania: EG-"Sanktionen" gegen das Rassistenregime, um die Hilfe zu verdecken Seite 10



Frankreich: Premierminister Chirac und Staatspräsident Mitterrand setzen Privatisierungen im öffentlichen Dienst durch Seite 13

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**Asylrecht:** Kohl jagt Asylbewerber zwecks Aufbau der Volksgemeinschaft. Rau macht mit... 4

**Renten:** Diskussion über Strukturreform läuft an... 7

**Bundestag:** Versorgung der Nazi-Opfer für erledigt erklärt... 7

**Krankenpflegeausbildung:** "Ausbildung verbessern – Mängel beseitigen" Kampagne der ÖTV... 8  
Neuer Manteltarif... 9

**Südafrika/Azania:** EG-"Sanktionen" gegen das Rassistenregime, um Hilfe zu verdecken... 10  
Stimmen für "weiße Sicherheit"... 11

## Auslandsberichterstattung

**Naher Osten:** Einig in der Verurteilung der US-Aggression gegen Libyen, aber mehr auch nicht... 12

**Frankreich:** Chirac und Mitterrand setzen Privatisierung durch... 13

**Nikaragua:** Katholische Kirche für die Niederlage der Regierung... 14

**Südafrika/Azania:** Auseinandersetzungen im Bildungswesen... 14

**Philippinen:** NDF, CPP und NPA begrüßen Verhandlungen... 15

**Kanadische Indianer:** Elend, Verzweiflung, aber auch Eigenständigkeit und Unabhängigkeit... 15

Internationale Meldungen... 16

## Aus Parteien und Verbänden

**Veröffentlichungen:**  
BDA-Wunschliste für die Wahl... 18  
v. Nell-Breuning betrachtet Kapitalismus... 18  
VVN/BdA zu Antifaschismus... 18

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten... 19

**Frauenbündnis Bayern:** Ein Spektrum von gewerkschaftlichen bis christlichen Positionen... 20

**Friedensliste München:** Gegen Strauß und MBB... 20

**NPD-Bundesparteitag:** Tatsächliche Front muß erst noch aufgebaut werden... 21

## Siemens: schießt nicht, sondern läßt schießen

Siemens bietet 3 Millionen für die Ergreifung von Mitgliedern des Kommandos, das den Anschlag auf Herrn Beckurts führte. Die ausgesprochene Hoffnung, damit Mitglieder und Freunde der RAF einzukaufen ist vorgeschoben, bisherige Erfahrungen lassen einen Erfolg nicht erwarten. Welchen Sinn gibt die Aussetzung einer so hohen Belohnung dann? Wer einen Abenteurer einkaufen will, wird so jemanden für 100000 DM Jahreslohn kriegen. Eine Erfolgsprämie von 3 Millionen wird ganze Detektivbüros in Bewegung setzen. Seit den Enthüllungen über das Detektivbüro Mauss hat man auch einen plastischen Eindruck vom Zusammenwirken solcher Privatgreifer mit dem Staatsapparat. Sie arbeiten außerhalb der gesetzlichen Schranken für Polizeiarbeit, aber gefüttert mit Informationen und Hinweisen aus Polizei und Geheimdienstkreisen. Die jetzt anstehende Belohnung wird solchen bestehenden Institutionen Rekruten zutreiben. Wahrscheinlich steht das Belohnungsgeld schon jetzt in keinem Verhältnis zu dem laufenden Aufwand, den Kapitalisten und Reiche für Schutz treiben. Sie schaffen sich neben Armee, Polizei und Geheimdiensten Privatarmeen. Die Bildzeitung verrät, worum es geht: "3 Millionen Mark wurden für die Ergreifung... ausgesetzt". Üblich ist: "für Hinweise, die zur Ergreifung führen". Gemeint ist: tot oder lebendig. – (maf)

## Regierungskoalition: mehr Flexi, mehr Teilzeit!

Prompt haben die Regierungsfractionen auf die Forderungen zur Verbilligung und gefügigen Bereitstellung von Arbeitskraft reagiert, die der BDA vor zwei Wochen veröffentlicht hat (s. auch Seite 18). Bundeswirtschaftsminister Bangemann ließ über den Generalsekretär der FDP, Haussmann, eine Aufforderung an die Gewerkschaften für eine "Konzertierte Aktion" im Herbst verbreiten, in der die Regierung gemeinsam mit den Kapitalisten und den Gewerkschaften über Arbeitsplatzbeschaffung durch Teilzeitarbeit und Flexibilisierung verhandeln wolle. Laut "Handelsblatt" vom 1./2.8. kündigte Bangemann an, die Regierung werde im öffentlichen Dienst Maßnahmen ergreifen, um Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten auszuweiten und damit die "Vorreiterrolle" bei der "Arbeitsplatzbeschaffung" übernehmen. Insbesondere für Frauen sei das Teilzeitarbeit-Angebot zu gering. FDP-Generalsekretär Haussmann erläuterte, daß diese Maßnahmen nur ein Teil der Differenzierung sei, die die FDP anstrebe. Unbedingt notwendig sei nach wie vor fortschreitende Differenzierung bei den Löhnen nach Re-

gionen und Betrieben.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wissmann, kündigte gleichfalls "vermehrten Einsatz von Teilzeitarbeit" und "flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit" an. Beides seien unabdingbare Bestandteile der Regierungspolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit, außerdem müsse der Vorruhestand ausgeweitet werden.

Für den DGB lehnte Vorstandsmitglied Bleicher zwar die Teilnahme an



Flexi-Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst: Telefonauskunft bei der Post.

einer "Konzertierten Aktion" ab. Allerdings erklärte Bleicher auch, der DGB sei bereit, Gespräche über Teilzeitarbeit und Flexibilisierung zu führen, solange die Vorbedingung nicht sei, "Arbeitskraft aus der Tube", d.h. Flexibilisierung allein nach den Produktionsanforderungen der Kapitalisten, zu liefern. Gegen die Lohnsenkungsvorhaben und die Intensivierung der Arbeit, die die Regierungsfractionen mit Teilzeit und Flexibilisierung im öffentlichen Dienst durchsetzen wollen, wandte er sich nicht. – (uld)

## Heß Wahlkampfthema für Kohl?

Die faschistischen Organisationen haben jahrelang eine Kampagne für die Freilassung des Kriegsverbrechers und Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß geführt. Sie haben damit eine gewisse Öffentlichkeit mobilisiert, die dem Bundespräsident und jetzt dem Bundeskanzler ausreichend erscheinen, um sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen, der es nicht um die Lebensumstände eines alten Mannes geht, sondern um die Rehabilitierung faschistischer Führer und damit faschistischer Ziele und Ideale. In einem Schreiben an die Regierungschefs der ehemaligen Alliierten erneuerte der Bundeskanzler die Forderung nach Entlassung des 92-jährigen Rudolf Heß aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Berlin Spandau. Bisher scheiterte diese Forderung an der Weigerung der

Sowjetunion, ihr Vertreter hatte bei den Nürnberger Prozessen gegen die NS-Verbrecher auch eine Verurteilung von Heß wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verlangt und die Todesstrafe gefordert. Der Bundeskanzler schreibt in seinem Brief, Heß habe nicht mehr lange zu leben und sei krank. "Deshalb und angesichts der keinem sinnvollen Strafzweck entsprechenden Haftdauer sollte ihm aus humanitären Gründen eine Begnadigung nicht länger verweigert werden." Kohl hält es nicht mal für nötig, sich in seinem Brief von Äußerungen, wie sie regelmäßig in der "Deutsche National-Zeitung" zu lesen sind, abzugrenzen: "Auf das Unrecht am dem Friedensflieger und das erschütternde Martyrium des Mannes, der der Welt den Frieden schenken wollte, weisen zwei zu Herzen gehende Medaillen des FZ-Verlages hin" oder der Werbung für das Seidl-Buch "Der Fall Rudolf Heß 1941 - 1984": "Der Verteidiger von Heß will mit dieser Dokumentation dem Recht zum Sieg verhelfen." Der Strafzweck liegt auf der Hand. - (düb)

### Antikriegstag: DGB demobilisiert

Der Aufruf des DGB zum Antikriegstag 1986 ignoriert viele Gewerkschaftsbeschlüsse und stellt sie z.T. auf den Kopf. Er sollte für die in der Friedens-/Antikriegsbewegung tätigen Gewerkschaftsmitglieder Anlaß sein, nachzufragen, warum festgehaltene Kritiken und Forderungen kein Thema mehr in diesem Aufruf sind. Das Motto: "Für eine Welt des Friedens" hat den/die Verfasser offenbar bewogen, eine Mischung aus Supermächte-Theorie und Meinungsmache der Bundesregierung und Bundeswehr unterzububeln. Die DGB-Mitglieder sollen "gewaltfrei für die Sicherung

des Friedens in der Welt demonstrieren", Verletzung von "Menschenrechten" - ein beliebtes Schlagwort im Munde von Leuten wie Dregger, Strauß oder Geißler - wird als den Frieden bedrohend ohne nähere Qualifizierung gebrandmarkt, in den folgenden 14 Punkten richtet der DGB mit Ausnahme von Pkt. 12 nur Forderungen an die USA und UdSSR oder verlangt die Einwirkung der Bundesregierung auf dieselben. In Punkt 12 dann, wo sich der DGB an die Bundesregierung wendet, wird dieser bescheinigt, daß sie die Bundeswehr "defensiv" ausrichtet und verlangt, dies möge verstärkt werden! Dazu "gehört" der Verzicht auf eine Wehrdienstverlängerung, die Abschaffung der Verlängerung des Wehrersatzdienstes und das Einfrieren des Verteidigungshaushaltes. Sollen wenigstens dafür die Gewerkschaftsmitglieder kämpfen? Weder findet eine Kritik der Rolle der BRD als zweitgrößter Militärmacht in der NATO statt, nationalistische und revanchistische Mobilisierung von Regierungsbanken wird nicht erwähnt, ebensowenig Maßnahmen der inneren Kriegsvorbereitung wie z.B. Zwangsverpflichtungen und "Zivilschutz"-Übungen für den öffentlichen Dienst. Daß sich die Bundesregierung als eine der wenigen imperialistischen Staaten weigert, Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu befürworten und mit westdeutschem Kapital weiter in der Türkei gefoltert wird, ist für den DGB keine Forderung wert. Mit Transparenzen sollten die DGB-Redner anstehende Beschlüsse der Gewerkschaftstage erinnern und die BRD-Reaktion darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterbewegung aus zwei vom Deutschen Imperialismus angezettelten Kriegen gelernt hat, daß ihre Bourgeoisie eigene Kriegsziele verfolgt. - (düb)

**Asylpolitik:** Sozialministerium zählt nur noch für Sammellager... 21

**Siemens AG:** Bilanz der Arbeitszeitflexibilisierung: Schon einiges durchgesetzt ..... 22

**Deutschland-Lied:** Das ganze Lied, das ganze Programm, das ganze Reich? Nein!..... 23

**NRW:** Entwurf für ein Landeshochschulgesetz ..... 23

**Alkoholismus:** "Ich hab Alkohol eingesetzt, um leistungsfähig zu sein" ..... 24  
Geschichte des Alkoholeinsatzes.. 25

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 26

**Asylheim Hannover:** Unzumutbare Lebens- und Wohnverhältnisse 27

Kultur und Wissenschaft -  
Diskussionsbeiträge

**"Momo":** Time is money - oder  
versuch's mal mit Gemütlichkeit.. 28

**Der Kuß der Spinnenfrau:**  
Parteinahme für politische Gefangene und Homosexuelle..... 28

**"Müller Büro":** Ob "Yuppis" so  
was witzig finden?..... 28

**Fernsehen:** Ungenau und oberflächlich: "Der spanische Bürgerkrieg" ..... 29

**Angriffe gegen die Grünen:**  
Kampagne zur Ausmerzungen fort-schrittlicher Positionen ..... 29

**13. August:** Grenzsicherung gegen Revanchismus..... 30

**Aus der Diskussion der Organisation:** Arbeit - Freizeit: Theorien aus dem grün-alternativen Bereich und dem Umkreis der kritischen Theorie..... 32  
Ladenschluß: Stand und weitere Auseinandersetzung ..... 35

**Betrifft: Gemeinsame Vollversammlung:** Geschäftsführender Ausschuß ZK: Zusammenarbeit bei Zeitungen..... 35  
Was wollen wir mit dem Kongreß zu den Bundestagswahlen '87 erreichen? ..... 36

**Öffentliche Dienste:** Widerstand im öffentlichen Dienst und proletarischer Klassenkampf..... 38

**Titelbild:** Karikatur, psy, Gö.

### DOKUMENTATION

des Berichtes von Frau Joyce T. Mokhezi vor dem UN-Sonder-Komitee gegen Apartheid über

Die Justizforce und die Todesurteile des südafrikanischen Regimes gegen die Sechs von Sharpeville

sowie von Erklärungen gegen die Todesurteile

- des UN-Sonder-Komitees gegen Apartheid
- der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)
- des Koordinationsbüros der blockfreien Länder

Herausgeber: Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD, PA; Arbeitskreis Azania Hamburg.

Herausgeber:

Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD, PA; Arbeitskreis Azania Hamburg.

Zu beziehen über:

GNN-Verlag  
Zülpicher Str. 7  
5000 Köln 1

Anzeige

Preis: 1,00 DM

## Asylrecht

## Kohl jagt Asylbewerber zwecks Aufbau der Volksgemeinschaft. Rau macht mit.

Drei Ziele verfolgt die Bundesregierung mit ihrer reaktionären Kampagne gegen Asylbewerber:

Erstens soll die rassistische, ausländerfeindliche Hetze über eine angebliche "Flut von Asylanten" eine öffentliche Meinung schaffen, die der Regierung neue, schwere Angriffe auf die Lebensverhältnisse von Asylbewerbern in der BRD und auf deren Asylrecht erlaubt;

zweitens soll die DDR erneut öffentlich angegriffen werden, seien die Vorwände auch noch so unverfroren;

drittens, und das schält sich immer mehr als Hauptabsicht der Regierung heraus, sollen faschistische Organisationen nach Kräften gefördert und aufgemuntert werden, um der Regierung durch Einschüchterung aller Lohnabhängigen mehr Spielraum für Angriffe gegen die Arbeiter zu verschaffen und gleichzeitig insbesondere in Teilen der Mittelklasse mit nationalistischen und rassistischen Parolen mehr Anhang zuzutreiben.

Die Regierung hat ihre Gesetzespläne, die sie dabei gegen die Asylbewerber verfolgt, schon weitgehend fertig. Am 25. Juni, vier Tage, nachdem mit dem Sieg in den Niedersachsenwahlen feststand, daß Union und FDP im Bundesrat weiter über die absolute Mehrheit verfügen, meldete die "FAZ", worauf sich beide Parteien einig hatten:

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Asylverfahrensrechts (der vierte seit 1978), den Baden-Württemberg und Bayern schon im letzten Sommer im Bundesrat mit Unterstützung

Westberlins eingebracht hatten, soll noch im September verabschiedet werden. (1) Asylanträge, die "aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischen Auseinandersetzungen zu entgehen", gestellt werden – also z.B., um einem von der BRD gemeinsam mit anderen Imperialisten angezettelten Krieg zu entgehen (Südafrika, Nahost) – gelten künftig als "offensichtlich unbegründet". Das Bundesamt für Asylangelegenheiten in Zirndorf wird beauftragt, Außenstellen an den Grenzübergängen zu errichten, um Asylbewerber im Schnellverfahren schon an der Grenze abweisen zu können. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber – bisher zwei Jahre, in Baden-Württemberg bis zum Ende des Asylverfahrens – wird bundesweit auf die gesamte Dauer des Asylverfahrens ausgedehnt. Da die Behörden mit ständigen Einsprüchen solche Verfahren bis zu 40 Monate hinziehen können, bedeutet das für diese Asylbewerber mindestens ebenso lange Lagerhaft. Schließlich sollen die wenigen positiven Asylbescheide (1985 30% aller Bescheide) künftig alle zwei Jahre überprüft und evtl. rückgängig gemacht werden. Wer vor Einreise in die BRD sich drei Monate in einem anderen Land (z.B. Pakistan, Sudan) aufgehalten hat, von dem wird angenommen, daß er dort Asyl gefunden hat. Wer gar aus einem westeuropäischen Staat einreist, wird gleich wieder abgeschoben. Ein Verfahren, daß den Druck auf die benachbarten Staaten, sich der Asylrechtspraxis der

BRD anzupassen, bedeutend erhöhen wird.

Das alles war schon fest vereinbart, als der innerdeutsche Minister Windelen am 14. Juli in "Bild" mit dem Schreckensruf, eine "Flut" von "100000 Asylanten" stehe vor den Grenzen und werde bis Jahresende zu meist über Ostberlin einreisen, die Hetzkampagne des Regierungslagers begann. Seitdem überbieten sich Regierungspolitiker in täglich neuen Drohungen gegen die DDR und in immer perfideren Vorschlägen, wie die Entrechtung der Asylbewerber vorangetrieben werden könne.

Dabei ist schon die Legende von der "Flut" von Asylbewerbern rassistisch und erlogen. 42000 Asylbewerber reisten im ersten Halbjahr in die BRD ein, nur 5000 mehr als im 1. Halbjahr '85. Auch die Behauptung, die BRD nehme die meisten Asylbewerber in Westeuropa auf, stimmt nicht. Die letzten Zahlen des UN-Flüchtlingskommissars weisen für den 1.1.85 an aufgenommenen Flüchtlingen aus:

Pakistan	2.500.000
USA	1.000.000
Kanada	353.000
Frankreich	167.000
Großbritannien	135.000
BRD	126.600

In dieser, hier nur auszugsweise veröffentlichten Liste steht die BRD an 17. Stelle, hinter Staaten wie Algerien, Mexiko, Tansania. (2)

Umso erschreckender sind die Erfolge, die die Reaktion binnen Wochen erzielte. Bis weit in die SPD ist inzwischen unbestritten, daß die BRD an-

### "Aus" für Kalkar oder Wahlkampf kalkül?

Die SPD-geführte NRW-Landesregierung hat sich gegen eine Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar mit der Begründung ausgesprochen, bei den noch ausstehenden Gutachten sei nicht mit einem "positiven Gesamturteil" zu rechnen. Die Presse wertete dies als das "endgültige Aus für Kalkar". Ein "Aus" für die militärisch zur Herstellung von Plutonium für Atomsprengköpfe nutzbare Brüter-Technologie hat die NRW-Landesregierung sowieso nicht beschlossen, denn das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), das zu 60% vom "Verband kommunaler Aktionäre" gehalten wird, ist am französischen "Super-Phenix" beteiligt (knapp 14%), der bereits Plutonium "erbrütet". Daß sich die NRW-SPD auf einem konsequenten "Anti-Atomkraft-Kurs" befände, wird schon damit

widerlegt, daß sich die Landesregierung mit ihrem Entschluß ausdrücklich in keiner Weise rechtlich gebunden, sondern nur eine "Absichtserklärung" abgegeben hat. Daß derlei "Absichten" aus Koalitionsverhandlungen leicht arg verstümmelt wieder herauskommen, könnte das nächste Frühjahr zeigen. – (ads)

### 90 Millionen DM für die "Geschichte der Teilung"

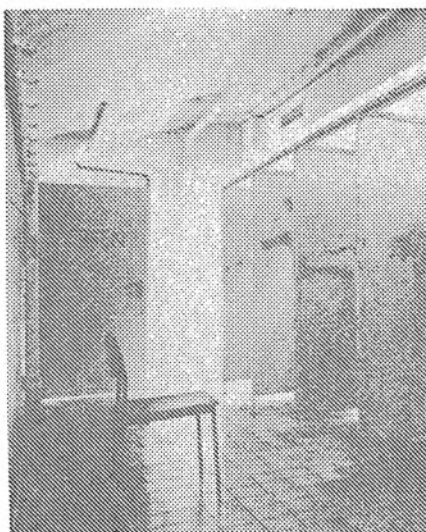
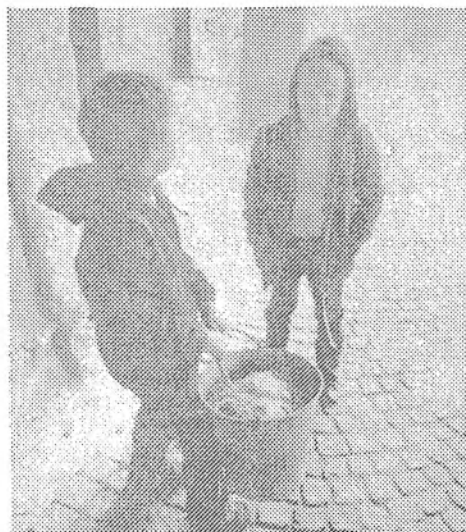
Schon seine Vorankündigung hat unter Geschichtswissenschaftlern Streit ausgelöst und mehrere veranlaßt, sich zu großdeutschen Aufgaben der BRD zu bekennen: Das "Haus der Geschichte", von der Bundesregierung für Bonn geplant, nimmt Gestalt an. Am 9. Juli verabschiedete das Bundeskabinett den entsprechenden Gesetzentwurf. 90 Mio. DM Baukosten sind geplant, auf 9800 Quadratmetern soll "die Geschichte unseres Staates vor dem Hintergrund der Teilung Deutschlands

in anschaulicher Weise dargestellt werden" (aus dem Bulletin der Bundesregierung). Geleitet werden soll das Haus durch eine Stiftung. Deren Bildung hat Zimmermann in die Hand genommen, so daß es an Staatstreue nicht fehlen wird. Ein "wissenschaftlicher Beirat" soll hinzukommen. Auf seine Zusammensetzung darf man gespannt sein. Neue Pfründe für Großdeutschland-Propagandisten unter den Geschichtswissenschaftlern werden da aufgemacht. – (rül)

### Börsenkurse fallen, Anleger sauer

Die Aktienkurse fallen, seit April um 15%. Nicht alle Geldbesitzer aber haben deshalb Verluste. Die Deutsche Bank etwa bekam 1985 für neue Aktien von 100 Mio. DM Nominalwert 900 Mio. DM. Jetzt sind diese Aktien noch 800 Mio. DM wert. Die 900 Mio. DM der Deutschen Bank aber sind längst zinsbringend angelegt. Verloren haben





Gemeinschaftsverpflegung im Sammellager Wernberg: Eimerfraß (links). Rechts: Die Duschräume. Schon melden selbst bürgerliche Zeitungen wieder Selbstmorde von Asylbewerbern, die durch die ständige Quälerei und Hoffnungslosigkeit zu solchen Verzweiflungstaten getrieben werden.

geblich das Recht hat, von der DDR zu verlangen, eine Art vorverlegten westdeutschen Staatsschutz an ihrem Flughafen Schönefeld zu praktizieren und dort eintreffende Reisende auf Visa für die BRD zu kontrollieren. Und auch wenn Unionspolitiker über die Zulässigkeit alliierter Kontrollen an der Westberliner Grenze streiten – die Suche nach Druckmöglichkeiten gegen die DDR geht weiter, aus FDP-Kreisen liegt der Vorschlag vor, der DDR doch die "Kosten der Asylanflut" durch Sperrung vertraglich festgelegter Zahlungen zu berechnen, was die anmaßende Forderung nach Visa-kontrollen in Schöneberg um offenen Vertragsbruch ergänzen würde.

Auch die Mobilisierung eines faschistischen Mobs gegen Asylbewerber, verbunden mit immer weitergehenden Gesetzgebungsvorschlägen, macht rasche Fortschritte. So wird dem Vorha-

ben, Asylbeamte samt Schnellrichter an den Grenzen zu postieren und so mit Asylbewerbern kurzen Prozeß zu machen, ebenfalls bis weit in die SPD hinein kaum noch widersprochen. So ermuntert, ist der BGS dazu übergegangen, Asylbewerber gleich ohne Verfahren wieder abzuschieben. Am 29.7. meldete die "FAZ", "daß seit dem 1. Juli mehr als vierhundert Ausländer, darunter 286 Erwachsene, von den Grenzschutzbehörden an der innerdeutschen Grenze abgewiesen wurden". SPD-MdB Penner, Staatsanwalt und einer der Stellvertreter Vogels im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, ergänzte dies um den Aufruf an alle Behörden, Asylverfahren in einem Jahr abzuschließen – was die Ausschaltung weiterer Einspruchsrechte von Asylbewerbern gegen ablehnende Bescheide zwingend voraussetzt.

Den bislang weitestgehenden Vorstoß hat der CSU-Vorstand unternommen. Am 21.7. beschloß er, nur eine Änderung der Grundgesetzartikel 16 und 19 schaffe Abhilfe gegen unerwünschte Asylbewerber. In Artikel 16 soll der Satz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" umgewandelt werden in "Politisch Verfolgte genießen nach Maßgabe der Gesetze Asylrecht" – was der von der Reaktion schon lange gewünschten Aufhebung des Asylrechts alle Schranken aus dem Weg räumt. In Artikel 19 ("Einschränkung von Grundrechten") will die CSU die Festlegung: "Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen" ergänzen um: "Das gilt nicht für Ausländer nach dem Asylrecht". Damit wäre die vollständige Versklavung von Asylbewerbern und der ungehinderte Terror aller Staatsorgane ihnen gegenüber Verfassungsgrundsatz. (3) Eine solche Aufforderung, Asylbewerber verfassungsrechtlich als Freiwild für staatlichen Terror einzustufen, haben bisher nur Faschisten zu propagieren gewagt. Sie haben jetzt von der CSU offizielle Zustimmung und Ermunterung.

Anstatt dieser Förderung faschistischer Kräfte entgegenzutreten, hat der SPD-Parteivorstand beschlossen, mit den Regierungsparteien gemeinsame Sache zu machen. Am 23.7. stellte SPD-Sprecher Glotz in "Bild" klar, daß die SPD der Opposition gegen diese Politik keinerlei Hilfe gewähren will, sondern im Gegenteil die Zusammenarbeit mit der Regierung sucht. Zu einer Verfassungsänderung sei die SPD nicht bereit, aber: "Die SPD ist zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien in der Bundesregierung bereit, den Asylanstrom zu stoppen. SPD und CDU/CSU stehen in den Kommunen in der Verantwortung

kleine Anleger, die z.B. wegen Geldklemme verkaufen müssen. Sie wenden sich jetzt an die Regierung und fordern mehr Rendite. So haben die Monopole mehr Geld und die Regierung kriegt Druck zu neuen Angriffen auf die Lohnabhängigen. – (rül)

### "Vertreibungsschäden": Lockmittel bis 1992

"Die Rechtssprechung der Verwaltungsgerichte erkennt Vermögensschäden, die sich für Aussiedler als bloße Folge des Verlassens der Vertreibungsgebiete ergeben, grundsätzlich nicht mehr als Vertreibungsschäden an." Mit dieser Erläuterung versehen hat die Bundesregierung den Entwurf des 31. Änderungsgesetzes zum Lastenausgleichsgesetz in den Bundestag eingebracht. "Als Vertreibungsschaden gilt auch ein Schaden, der einem Aussiedler ... vor dem 1. Januar 1992 im Zusammenhang mit der Aussiedlung entstanden ist" soll

in § 12 des LAG nun eingefügt werden. Das Gesetz soll also dazu dienen, weitere fünf Jahre lang "Deutsche" im Sinne der großdeutschen Staatsbürgerschaft von 1937 aus Staaten Osteuropas zur Rückiedelung in die BRD zu locken – Rente und Entschädigung winken. Das "Unrecht der Vertreibung" kann so weiter der Öffentlichkeit vorgeführt werden, wo es in Wirklichkeit nur darum geht, Vorwände für westdeutsche Einmischung zu bekommen. Die Mittel dafür seien "in der ... Finanzplanung berücksichtigt", schreibt die Regierung. (BT-Drucks. 10/5862 vom 17.7.86 – rül)

### Mehr Wehrsold soll W 18 schmackhaft machen

Im Juni hatte die Bundesregierung beschlossen, den Wehrsold 1987 und dann erneut 1989 zu erhöhen. Die Gesetzesvorlage muß jetzt noch im Bundestag beschlossen werden. Alle drei Jahre wurde der Wehrsold bisher um eine

Mark pro Tag erhöht. Die nach diesem Rhythmus nächstfällige Erhöhung wird jetzt um ein halbes Jahr auf den Januar 1987 vorgezogen. Ein wehrpflichtiger Rekrut erhält dann satte 285 Mark Sold im Monat. Zum Juni 1989, also wenn erstmalig Wehrpflichtige für 18 Monate in die Kasernen einrücken müssen, wird der Wehrsold erneut erhöht, erstmalig nach Dienstgraden gestaffelt. Während dann ein W 18-Grenadier 11,50 DM pro Tag erhalten soll, wird ein Obergefreiter 14,50, ein Hauptgefreiter gar 16 Mark bekommen. Außerdem soll 1989 das Entlassungsgeld auf 2500 DM angehoben werden. Die Wehrdienstverlängerung wird die Not der Wehrpflichtigen vergrößern, da sie mit dem Hungersold drei Monate länger überleben müssen. Die Solderhöhung ist Reaktion darauf, aber gleichzeitig so angelegt, daß die Spaltung unter den Mannschaften gefördert wird. (BT-Drucksache 10/5863 – jok)



"Asylrecht für alle antifaschistischen Emigranten!" – Ein Plakat der niederländischen Kommunistischen Partei aus den 30er Jahren.

... Wir müssen das Loch in Berlin stopfen. Da ziehe ich mit Strauß an einem Strang."

Kanzlerkandidat Rau ergänzte, "daß alsbald nach rechtskräftiger Ablehnung eines Asylgesuchs der Bewerber die Bundesrepublik auch tatsächlich verläßt." (4) Die gleiche Forderung hatte zuvor sein ehemaliger Innenminister Hirsch (FDP) vorgetragen. Die SPD ruft damit die Bundesregierung ausdrücklich auf, insbesondere die Kommunen zur Verfolgung von Asylbewerbern zu treiben. In vielen Städten haben in den letzten Jahren örtliche Initiativen verhindert, daß Asylbewerber, denen in ihrer "Heimat" Gefängnis, Folter und Hinrichtung droht, nach Ablehnung ihres Asylantrags abgeschoben werden. Diese antifaschistischen Kräfte, die sich im Kampf gegen die Asylpolitik der Reaktion Verdienste erworben ha-

ben, will die SPD gemeinsam mit den Regierungsparteien spalten, isolieren und unterdrücken.

Der SPD-Vorstand knüpft dabei an die reaktionäre Asylpolitik unter Schmidt an. Das Ziel der Reaktion ist: Jeder ausländische Lohnabhängige, der meint, er habe ein Recht darauf, in der BRD zu leben, soll öffentlich gedemütigt, verklagt werden. Durch diese öffentliche Quälerei und Drangsalierung von allen fremdartig aussehenden Lohnabhängigen soll der Aufbau einer reaktionären Volksgemeinschaft voranschreiten. Das Ziel des SPD-Vorstands dabei ist, sich durch Anpassung an das Regierungslager der politischen Opposition in Gestalt der Grünen, aber auch der zahlreichen antifaschistischen und revolutionären Kräfte gemeinsam mit den Regierungsparteien zu entledigen.

Die politische Opposition gegen die

se große Koalition ist scheinbar schwach und zersplittert, zumal die Grünen wenig Anstrengungen unternehmen, um die verbreitete spontane Empörung und Abscheu über diese rassistische Unterdrückung aufzuklären und zum Widerstand dagegen aufzurufen. Aber die politische Opposition in den Gewerkschaften gegen die reaktionäre Asylpolitik wird nicht einfach dadurch zum Verstummen gebracht, daß der SPD-Vorstand mit Kohl und Strauß gemeinsame Sache macht. Zahlreiche Kommunen werden jetzt mit der Anordnung, neue Asylbewerberlager zu errichten, von Bundes- und Länderregierungen zu reaktionären Maßnahmen angetrieben. In diesen Kommunen aber haben sich in den letzten Jahren antifaschistische Zusammenschlüsse gebildet, die der Asyl- und Ausländerhetze der Reaktion entgegengetreten, über die Lage der Asylbewerber berichten, ihre gerechten Anträge unterstützen und die Staatsorgane auf kommunaler Ebene bekämpfen. Diese Zusammenschlüsse können sich auf wichtige Erfahrungen stützen, vor allem auf die Erfahrung des Kampfes gegen den deutschen Faschismus. Schon damals hatte die herrschende Monopolbourgeoisie das Asylrecht beseitigt, alle ausländischen Arbeiter verklagt und Zehntausende von Antifaschisten ins Asyl gezwungen. Die gleiche Klasse lenkt jetzt das Kabinett Kohl. Diese Erfahrung, daß die Beseitigung des Asylrechts im Innern schon einmal einherging mit Kriegsvorbereitung nach außen und mit der Verklagung aller Lohnabhängigen durch die Kapitalisten, haben viele nicht vergessen.

Quellenhinweis: (1) BT-Drucksache 10/3678, 25.7.85; (2) zit. nach EG-Magazin (Hrsg. EG-Kommission), Juli 1986; (3) FAZ, 22.7.; (4) FAZ, 29.7.; Bild, Ausgaben 14.7. bis 1.8. – (rül)

### "La Belle" – Bundesregierung verweigert weiter Auskunft

Drei Monate, nachdem in Westberlin eine Bombe in der Diskothek "La Belle" explodierte und von den US-Imperialisten zum Vorwand für die Bombardierung libyscher Städte genommen wurde, verweigert die Bundesregierung noch immer jede Auskunft, worauf sie ihre Behauptung stützt, Libyen habe den Anschlag gesteuert. Die Fraktion der Grünen hatte u.a. gefragt, woher die Bundesregierung ihre Behauptung nehme, daß der Anschlag "durch staatliche libysche Stellen durchgeführt, veranlaßt oder unterstützt wurde". Die Bundesregierung hat jetzt geantwortet. "Der Bundeskanzler (habe) in seinen Erklärungen vom 15. April 1986" sowie im Bundestag am 16. April genügend zu dem Anschlag Stellung genommen. Damals hatte Kohl behauptet, "nachrichtendienstliche Erkenntnisse (sprächen)

eindeutig für die Steuerung durch libysche Stellen", und so den US-Vorbereitungen für einen Angriff auf Libyen direkte Propagandahilfe geleistet. Dabei ist es nun wortwörtlich geblieben. Drei Monate später hat die Bundesregierung noch immer keinen Funken von Beweis für ihre Behauptungen. (Bundestagsdrucksache 10/5854 v. 16.7.86 – rül)

### 10 Millionen Ausländer sind schon registriert

Über 100 Millionen Daten von 10 Mio. ausländischen Lohnabhängigen hat das Bundesinnenministerium im "Ausländerzentralregister" (AZR) derzeit erfaßt. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der FDP hervor. Die FDP hatte angefragt, ob nicht auch beim AZR der "Datenschutz" modernisiert werden müsse. Gemeint war, ob nicht auch das AZR dem Zugriff von Polizei und Geheimdiensten besser erschlossen

werden müsse. Dem hat das Innenministerium zugestimmt. Die Daten des AZR dienen der Überwachung aller ausländischen Arbeiter durch Polizei und Geheimdienste. Im Mobilmachungsfall sollen sie helfen, eine befürchtete Massenflucht ausländischer Arbeiter durch Einsperren und Anordnung von Zwangsarbeit zu verhindern. Ein neues Gesetz, das das Register diesen Aufgaben besser anpaßt, soll Anfang 1987 vorgelegt werden. (BT-Ds. 10/5859 v. 16.7.86 – rül)

### Konterrevolutionäre Umtriebe unter Menschenrechts-Mantel

Heiner Geißler, der Generalsekretär der CDU, hat die Philippinen, Südkorea und Chile besucht. Nach dem Fall der Marcos-Diktatur wollte er auf den Philippinen die Kontakte mit der Nachfolge-Regierung von Frau Aquino festigen, vor dem möglichen Fall der Regimes in Südkorea und Chile die Verbindungen zur dortigen bürgerli-

## Renten

### Diskussion über Strukturreform läuft an

Zu Jahresbeginn hatte Blüm seine Image-Aktion gestartet: "Denn eins ist sicher: die Rente". Seitdem wird wie nie zuvor darüber diskutiert, wie die Renten wohl zu kürzen seien. Solche Kleinigkeiten, wie die Rentenanpassung im vergangenen Monat um 2,9% "brutto", "netto" bloß um 2,15%; die für den weiteren Abschlag verantwortliche neuerliche Ausdehnung der "Eigenbeteiligung" bei der Krankenversicherung von bisher 4,5% auf jetzt 5,2%; die Tatsache, daß im Gesetz inzwischen überhaupt keine bindende Regel der "Anpassung" mehr enthalten ist außer der Phrase von "gleichgewichtiger Entwicklung" sog. verfügbarer Einkommen; die Gemeinheit, mit der die Regierungsmehrheit Rentnerinnen von 81 und älter dazu zwingt, sich im nächsten Jahr für einen Kinderzuschlag anzumelden – dies scheint inzwischen einen Zustand zu charakterisieren, für den die Rentner sich auch noch bedanken sollen.

Beabsichtigt ist: Die Diskussion über die "Strukturreform" soll ihre öffentliche Begründung ganz und gar aus dem Jenseits des Jahres 2000 ziehen. Auffällig ist: Einer Erklärung über den Standard, den die gesetzliche Rentenversicherung materiell leisten soll, geht Blüm aus dem Wege. Vier Hauptfragen, auf die sich die Diskussion konzentriert:

– Erstens. Auf welche Weise soll die "Anpassung" der Renten und an was überhaupt vorgenommen werden? Ziel ist der Einbau eines Kürzungsfaktors in die Rentenformel, sei es als "demographische Komponente", als Ausgleich für steigende Sozialabga-

ben der im Lohnverhältnis stehenden Versicherten, oder wie auch immer. Über die Notwendigkeit so einer als "Komponente" getarnten Kürzung sind sich bis einschließlich der SPD alle einig.

– Zweitens. Auf welche Weise soll die verfassungsgerichtlich verlangte "steuerliche Gleichbehandlung" der Alterssysteme die finanzministeriell gebotene gleichgewichtige Belastung der "Erwerbseinkommen" und Renten in die Tat umgesetzt werden? Vorschläge liegen auf dem Tisch, die Renten in die normale Einkommensbesteuerung voll einzubeziehen, indem die gegenwärtigen stark wirkenden Beschränkungen durch weitaus schwächer wirkende Freibeträge ersetzt werden. Der Weihrauch der Einkommenssteuergerechtigkeit könnte dann auf das Verhältnis zum Beispiel von Sozialrenten zu Pensionssätzen der höheren Beamtenschaft ausstrahlen und das Ganze auch noch als Beitrag zur "Harmonisierung der Alterssysteme" verkauft werden.

– Drittens. Auf welche Weise kann eine Öffnung des Sozialversicherungssystems nach unten, ein fließender Übergang in die Zone niedrigster Einkommen erreicht werden? Hier liegen Bangemann und Fink vorn mit dem Vorschlag, Rentenbezieher unterhalb des Sozialhilfeniveaus automatisch der Bedürftigkeitsprüfung des Sozialamts zu unterwerfen. Konsequenz: Der Anspruch, das Rentenniveau müsse wenigstens einen von unmittelbarer Existenzbedrohung freien Unterhalt sichern, wird frontal niedergeschlagen; das übrige kann gestrost dem weiten Feld des Sozialhilfrechts überlassen bleiben.

– Viertens. Auf welche Weise kann eine Entlastung von den teuren Folgen des industriellen Verschleißes – sichtbar gegenwärtig am deutlichsten in

der enormen Frühverrentung – erreicht werden? Es scheint, durch eine durchgreifende und dabei endlich "gerechte" Flexibilisierung der Altersgrenze. Über "Abschläge" soll eine Verrentung vor der erhöhten "Altersgrenze" (vorgeschlagen: 70 Jahre) für Niedrigstlöhne auch nach "erfülltem Arbeitsleben" das Rentnerelend bereithalten.

Dies sind wesentliche Zielpunkte für die geplante Rentenreform. Deutlich wird der Umriss einer drastischen Absenkung des Rentenniveaus. Neben dem reinen Volumen an Rentenzahlung, das den Kapitalisten schon lange ein Dorn im Auge ist, wird zunehmend deutlich, daß die Einkommenssituation der in den industriellen Niedriglohngruppen Beschäftigten und der diesen vergleichbaren Lohnabhängigen im Handel und im Dienstleistungsbereich abfällt, sogar gegen sinkende Renten der männlichen Sozialrentner. Die gierige Diskussion über weitere Rentenkürzungen ist somit ebenso ein Maß für die Reichweite der Angriffe auf den Lohnstandard.

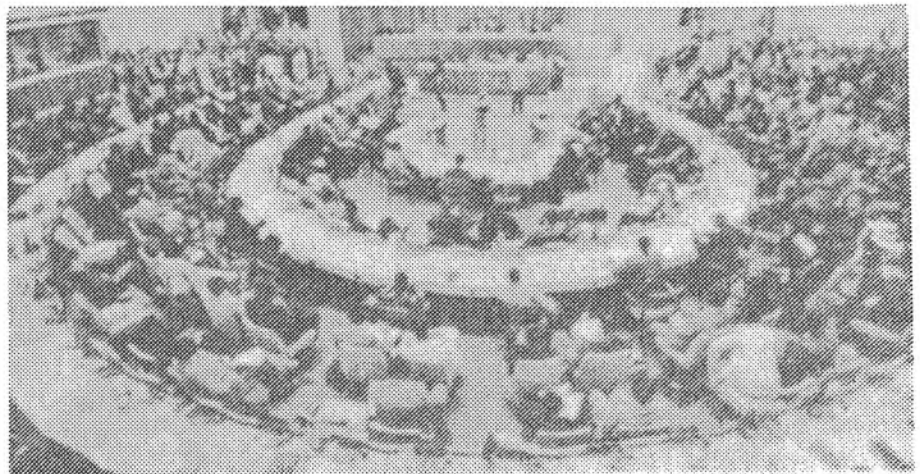
– (haj)

## Deutscher Bundestag

### Versorgung der Nazi-Opfer für erledigt erklärt

Am 25.6. 1986 hat der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages beschlossen, dem Bundestag zweierlei zu empfehlen. Erstens, er solle eine Entschließung zur Frage der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus fassen. Zweitens, er solle damit alle Anträge von Fraktionen des Bundestages und eine Entschließung des europäischen Parlaments für erledigt erklären. Zu den Kosten bemerk-

chen Opposition verstärken. So besuchte er in Südkorea führende Vertreter der Opposition und verschaffte sich in Chile als harscher Kritiker des Pinochet-Regimes und seiner Behandlung der Menschenrechte – nach 13 Jahren Militärdiktatur! – einige spektakuläre Auftritte, so vor einem verschlossenen Gefängnistor und auf einer verbotenen Veranstaltung anläßlich des 29. Jahrestages der Christlich-Demokratischen Partei, der chilenischen Schwesterpartei der CDU. Auf diese wirkte er ein, indem er sie ausdrücklich vor einer Zusammenarbeit mit der Demokratischen Volksbewegung, dem Bündnis der Linken, warnte. Gegen das Erstarken der sozialistischen und revolutionären Kräfte suchte er die Verständigung von bürgerlicher Opposition und sogenannten gemäßigten Militär. Pinochet konnte dies Erstarken nicht verhindern, deshalb wird er fallengelassen. – (scc)



Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Mitgliedstaaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat in einem Beschluß Großbritannien, die BRD, Frankreich, die USA und Israel wegen der Unterstützung des Rassistenregimes in Südafrika angegriffen. Sie forderte ihre Mitgliedstaaten und andere Staaten auf, "den Druck auf die britische Regierung zu erhöhen, konkrete Maßnahmen wie Sportboykott, ökonomische Maßnahmen und Abbruch diplomatischer Beziehungen zu unternehmen". – (uld)



te der Ausschuß: "Da der Entschließungsantrag keine konkreten Maßnahmen vorsieht, verursacht er keine Kosten."

Die bürgerlichen Parteien haben sich als Block gegen die Grünen abgegrenzt, die durch Gesetzesinitiativen hervorgetreten sind, in denen sie die angemessene Versorgung aller Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und die Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit gefordert hatten. Das Europäische Parlament hatte ebenfalls Entschädigungsleistungen für frühere Sklavenarbeiter der deutschen Industrie verlangt.

In der Entschließung sind nur die Punkte übrig geblieben, auf die die Parteien des Kapitals sich unter Ein-schluß der SPD glaubten einlassen zu können, ohne daß das Recht auf Ausbeutung angetastet wird. Abgewehrt werden alle Versuche, Ansprüche der kostenlos oder billig ausgenutzten Zwangsarbeiter auf Lohnzahlung und daraus folgender Rente zu erheben. Abgewehrt wird die Forderung, die Kommunisten nicht von Leistungen des Bundesentschädigungsgesetzes auszuschließen. Abgewehrt wird die Aufhebung der Ausschußfristen für alle Anträge nach den wenigen Gesetzen, durch die überhaupt eine Antragstellung auf Entschädigung möglich war. Beschlossen ist ein Auftrag an den Bundestag, einen Bericht über die Leistungen aufgrund der bestehenden Gesetze zu verfassen. Hinzugefügt worden ist eine Werbung für das geplante reaktionäre "Haus der Geschichte". Bevölkerungskreise, die diesen Plan ablehnen, weil er den Chauvinismus fördert, sollen verwirrt werden durch das Versprechen, in diesem Haus "das Schicksal der Sinti und Roma während der NS-Diktatur darzustellen".

Das Problem, in diesem Zusammenhang den Begriff "Völkermord" zu verwenden, hat der Ausschuß auf ganz eigene Weise gemeistert. In der Entschließung heißt es: "Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages erkennen das an den Sinti, Roma und verwandten Gruppen begangene Unrecht und die sich hieraus ergebende Verantwortung unseres Gemeinwesens." Der Ausschuß lehnte den Antrag der Grünen, statt "Unrecht" "Völkermord" zu setzen, ab mit der Begründung, daß die hier erwähnten "verwandten Gruppen" nicht unter den Begriff "Volk" subsumiert werden könnten.

Bei der Abstimmung über die beiden Beschlussempfehlungen stimmten die Koalitionsparteien und die SPD gemeinsam für beide. Die Grünen enthielten sich bei der Entschließung. Sie stimmten gegen die Erledigterklärung der Anträge. Sie haben zwei Tage später erneut Anträge zur Versorgung bzw. Entschädigung aller Opfer gestellt.

(Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/5765, 5796, 5797 – (anl))

## Krankenpflegeausbildung

### "Ausbildung verbessern – Mängel beseitigen" Kampagne der Gewerkschaft ÖTV

Mit einer Pressekonferenz hat die Gewerkschaft ÖTV am 18. Juli die Kampagne "Ausbildung verbessern – Mängel beseitigen" eröffnet. Um einen Eindruck von den Bedingungen in der Krankenpflegeausbildung zu vermitteln und um zu verdeutlichen, welche Forderungen die Krankenpflegeausbildung verbessern können, führten wir ein Interview mit Mitgliedern einer ÖTV-Betriebsjugendgruppe an einem Krankenhaus durch.

Politische Berichte: Zum ersten Oktober letzten Jahres ist das neue Krankenpflegegesetz in Kraft getreten. Dieses Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß das Berufsbildungsgesetz nicht auf die Krankenpflegeausbildung angewendet werden darf. Welche Auswirkungen hat diese Ausnahmebestimmung konkret auf eure Ausbildungsbedingungen?

Isabelle: Nach dem Berufsbildungsgesetz endet die Ausbildung z.B. mit der bestandenen Prüfung und muß bereits am Tage nach der Prüfung nicht

gezahlt. Gegenüber dem Anfangsgehalt bedeutet das in dieser Woche einen finanziellen Verlust von 270 DM.

Politische Berichte: Welche weiteren Konsequenzen hat die Nichtanwendung des Berufsbildungsgesetzes?

Frank: Während die Probezeit nach dem Berufsbildungsgesetz drei Monate beträgt, ist sie für die Krankenpflegeausbildung auf sechs Monate ausgedehnt. Damit wird es uns erschwert, von Anfang an aktiv gegen die schlimmen Zustände vorzugehen.

Jutta: Während das Berufsbildungsgesetz bestimmt, daß Azubis nur eingestellt werden dürfen, wenn die Zahl der Azubis in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht, wird in der Krankenpflege entgegengesetzt verfahren. Bei uns im Krankenhaus werden die Krankenpflegeschüler im Verhältnis 6:1 auf den Stellenplan angerechnet. Das bedeutet, werden sechs Schüler beschäftigt, entfällt dafür die Planstelle für eine vollausgebildete



Der Stellenplan läßt eine Anleitung der Auszubildenden in der Krankenpflege kaum zu. Auch das ist gefährliche Pflege.

mehr Ausbildungsvergütung, sondern das Eingangsgehalt für eine Fachkraft gezahlt werden. Für die Krankenpflegeausbildung aber galt, daß die Ausbildung – unabhängig vom Prüfungstermin – erst nach Ablauf der vollen drei Jahre endete. Diese Schlechterstellung der Azubis in der Krankenpflege wurde durch gewonnene Arbeitsgerichtsprozesse beseitigt. Das neue Krankenpflegegesetz hat diese Schlechterstellung aber wieder in Kraft gesetzt. Findet die Abschlußprüfung z.B. eine Woche vor Ablauf der dreijährigen Ausbildungszeit statt, wird in der Woche nach der Prüfung weiterhin nur Ausbildungsentgelt

Krankenschwester. Das hat an unserem Krankenhaus – wo knapp über 100 Schüler beschäftigt sind – im Tagdienst auf den Allgemeinstationen zur Folge, daß eine ausgebildete Pflegekraft auf einen Azubi kommt. Es versteht sich von selbst, daß bei diesem Verhältnis von Ausbildung nicht die Rede sein kann und Pflegeaufgaben eigenverantwortlich, ohne Aufsicht und Anleitung von noch nicht ausreichend qualifizierten Azubis übernommen werden müssen. Besonders an den Wochenenden, wenn nur die halbe Stationsbesetzung anwesend ist, spitzt sich die Situation zu. Dann muß häufig eine ganze Station mit 21



### Neuer Manteltarif Krankenpflege

Zum 1.4.1986 ist ein von der Gewerkschaft ÖTV ausgehandelter neuer Manteltarifvertrag für die Auszubildenden in der Krankenpflege in Kraft getreten. Neben einigen Verbesserungen blieben viele Forderungen der Auszubildenden in der Krankenpflege unerfüllt.

#### Welche Verbesserungen wurden erreicht?

Neu legt der Manteltarifvertrag fest: "Der Träger der Ausbildung hat die Ausbildung in einer durch ihren Zweck gebotenen Form planmäßig, zeitlich und sachlich gegliedert so durchzuführen, daß die Schülerin/der Schüler das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreichen kann." (§ 3, Abs. 1) Verhindert haben die Dienstherren, daß Festlegungen darüber Bestandteil des Berufsausbildungsvertrages werden, wie es das Berufsbildungsgesetz vorschreibt. Somit hat der/die Auszubildende keinen Anspruch darauf, daß der Ausbildungsträger schriftlich auf Art, sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbildung festgelegt wird, und soll sich mit der Behauptung begnügen, der Ausbildungsträger habe einen "Plan". Der Einsatz der Auszubildenden als billige Arbeitskraft wird so nicht verhindert, wenn nicht die Personalvertretungen darauf dringen, daß der Ausbildungsträger einen solchen Plan erstellt, und die Einhaltung dieses Plans überwachen.

Die Gewerkschaft ÖTV hatte gefordert, daß dem/der Auszubildenden vor der Abschlußprüfung an mindestens fünf Ausbildungstagen Gelegenheit zu geben sei, sich ohne Bin-

dung an die planmäßige Ausbildung auf die Prüfung vorzubereiten. Nach dem abgeschlossenen Manteltarifvertrag verkürzt sich diese Freistellung "um die Zeit, für die die Schülerinnen/die Schüler zur Vorbereitung auf die staatliche Prüfung besonders zusammengefaßt werden ...". Allerdings erhält jeder Auszubildende mindestens zwei freie Ausbildungstage vor der Abschlußprüfung.

#### Welche Forderungen blieben unerfüllt?

Folgende wesentliche Regelungen, die die ÖTV in ihrem Entwurf für einen Manteltarifvertrag forderte, wurden von den Dienstherren abgelehnt:

- \* Die regelmäßige durchschnittliche Ausbildungszeit der Auszubildenden ... beträgt täglich höchstens 8 Stunden

- \* Geteilter Dienst ist nicht zulässig

- \* Vor und nach dem Unterricht darf der Auszubildende nicht mehr zur praktischen Ausbildung herangezogen werden.

- \* Dem Auszubildenden ist während der Ausbildungszeit ausreichend Gelegenheit zu geben, die Ausbildungsinhalte vor- und nachzubereiten; und zwar mindestens an einem Ausbildungstag/Monat.

- \* Der Jahresurlaub kann zusammenhängend auch während der Sommerferien der allgemeinen Schulen genommen werden.

- \* Der Auszubildende ist nicht verpflichtet, eine von dem Auszubildenden bestimmte oder zur Verfügung gestellte Wohnung zu beziehen.

- \* Soweit das Tragen von Berufs- bzw. Schutzkleidung gesetzlich vorgeschrieben oder angeordnet ist, wird sie unentgeltlich geliefert und



Krankenpflegeschüler nehmen am Warnstreik teil.

bleibt Eigentum des Auszubildenden.

- \* Der Auszubildende hat dem Auszubildenden kostenlos die Ausbildungsmittel zur Verfügung zu stellen, insbesondere die Fachbücher, Nachschlagewerke, Skripte etc., die zur Berufsausbildung und zum Ablegen von Prüfungen erforderlich sind. Am Ende der Ausbildung gehen diese Ausbildungsmittel in das Eigentum des Auszubildenden über.

- \* Kosten, die für Unterlagen entstehen, die zur Prüfungszulassung erforderlich sind, Ordnungs- und Prüfungsgebühren sowie Kosten für die Erteilung der Erlaubnis (Diplom) sind vom Auszubildenden zu tragen.

- \* Der Auszubildende hat während der praktischen Ausbildung Anspruch auf eine der Erreichung des Ausbildungszieles förderliche Anleitung durch arbeits- und berufspädagogisch qualifiziertes examiniertes Krankenpflegepersonal, das von anderen Arbeiten freigestellt ist.

Betten von einem Schüler oder einer Schülerin allein oder mit einer weiteren Pflegehilfskraft versorgt werden. Die Pflegedienstleitung legt dann einfach zwei Stationen zusammen und überträgt die Verantwortung für die Station der Schwester der Nachbarstation. An Wochenenden sind wir ausschließlich billige Arbeitskraft, die Ausbildung ist gleich Null.

Mark: Beim theoretischen Unterricht sieht es auch nicht besser aus. Fordern EG-Richtlinien z.B. eine Unterrichtskraft auf 15 Azubis, unterrichten an unserer Krankenpflegeschule gegenwärtig ganze zwei Unterrichtskräfte. Es kommt also eine Unterrichtskraft auf 50 Azubis. Immer mehr Unterrichtsstunden werden von ärztlichen Dozenten gegeben, die dafür nicht ausgebildet sind. Häufig kann man dann nur abschalten, weil man nicht versteht, was die reden.

Politische Berichte: Zum 1.4. diesen Jahres hat die ÖTV einen neuen Man-

teltarifvertrag abgeschlossen. Konnten auf tarifvertraglicher Ebene Verbesserungen gegenüber dem Krankenpflegegesetz erzielt werden?

Susanne: Gegenüber dem alten Manteltarifvertrag ist als wichtige Bestimmung hinzugekommen, daß der Träger der Ausbildung die Ausbildung planmäßig, zeitlich und sachlich gegliedert durchzuführen hat. Dies ist wichtig, denn von einem Ausbildungsplan ist besonders bei der praktischen Ausbildung wenig zu spüren. Bin ich z.B. zur praktischen Ausbildung auf der Chirurgie eingesetzt und in der Inneren fällt eine Pflegekraft wegen Krankheit aus, so sind die Azubis die ersten, die kurzfristig von einer Station auf die andere als Lückenbüßer verschoben werden. In letzter Zeit ist es auch häufiger vorgekommen, daß der Unterrichtstag ausfällt, die Azubis wegen Personalmangels auf den Stationen eingesetzt werden und der verlorene Unterrichtstag erst irgend-

wann einmal im Rahmen des Blockunterrichts nachgeholt wird.

Politische Berichte: Welche Forderungen müssen nach eurer Meinung unbedingt durchgesetzt werden?

Jutta: Die Anrechnung der Azubis auf den Stellenplan muß vom Tisch. Eine gute Versorgung der Patienten muß auch möglich sein, ohne die Arbeitskraft der Azubis von vornherein einzukalkulieren. Unter den gegenwärtigen Bedingungen können wir das, was wir lernen, in der Praxis überhaupt nicht anwenden. Darunter haben besonders die alten Patienten zu leiden. Die jungen wollen ja nicht betüddelt werden, die sind froh, wenn sie möglichst schnell wieder alles selber machen können, aber die Alten, die wollen nicht nur gespritzt, katheterisiert usw. werden. Die wollen erzählen und wollen, daß wir ihnen zuhören, aber dann sind wir schon wieder raus aus dem Zimmer. Das ist es, was unsere Arbeit zur Qual macht. - (kar)

## Südafrika/Azania–Westliche Imperialisten

**EG-"Sanktionen" gegen das Rassistenregime, um Stützungsmaßnahmen zu verdecken**

Die Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf in Südafrika/Azania soll sich nicht täuschen lassen: Allen Ankündigungen von Sanktionen zum Trotz haben weder die europäischen Imperialisten noch die US-Imperialisten ihre Unterstützung für das Rassistenregime eingestellt und planen dies auch nicht. Ihr Ziel ist nach wie vor die Aufrechterhaltung ihres Besitzes und ihres Einflusses in Südafrika. Die möglichen EG-Sanktionen etwa, die angeblich nach der Reise des britischen Außenministers nun unumgänglich seien, bestehen im Augenblick aus der Debatte, ob ein "Verbot neuer Investitionen und der Einfuhr von Kohle, Eisen, Stahl und Gold" oder einzelnes davon vom nächsten EG-Gipfel erneut beraten wird – so beschloß der letzte EG-Gipfel in Den Haag. Obgleich das südafrikanische Siedlerregime deutlich angeschlagen ist – allein die Tatsache, daß die azanische Aufstandsbewegung seit über einem Jahr andauert und die Befreiungsbewegung inzwischen zahlreiche schwarze Wohnstädte kontrolliert, macht dies deutlich –, ein kurzfristiger Sieg des Befreiungskampfes ist nicht absehbar. Die europäischen und die US-Imperialisten betrachten diese Entwicklung zwar mit großer Besorgnis, sind aber fest entschlossen, alles ihnen mögliche zu tun, Südafrika als ihre Halbkolonie zu halten und die Statthalerschaft der weißen Siedler zu sichern. Ihre Hauptsorge ist, daß die Staatsgewalt die Auseinandersetzung durchhält, der Gewaltapparat, vor allem die Armee einsetzbar bleibt.

Die in der EG erwogenen Sanktionen bedeuten mitnichten, daß die Imperialisten ihre Unterstützung für Südafrika drosseln. Die in der EG diskutierten Sanktionen wenden sich nur gegen Lieferungen aus Südafrika und keinesfalls gegen Exporte der EG-Staaten nach Südafrika. Das Regime soll nicht von strategisch wichtigen Gütern wie Maschinerie und Kriegsmaterialien abgeschnitten werden. Entgegen allen öffentlichen Behauptungen über "Disinvestment" sind im letzten Jahr weder die ausländischen Investitionen in Südafrika noch der Handel mit Südafrika zurückgegangen, sondern haben nach dem Bericht des UN-Sonderkomitees gegen Apartheid wiederum zugenommen. Die südafrikanischen Exporte waren Ende 1985 einschließlich Gold etwa um 8 Prozent höher als im Vorjahr, und auch die Importe aus der BRD, den USA, Großbritannien und Japan sind im selben Zeitraum um mindestens 5 Prozent gestiegen. Über die Entwicklung der Investitionen hält der UN-

Bericht fest: "Britische und andere westeuropäische Interessen expandieren weiterhin in Südafrika" – nicht nur die Daimler Benz AG erhöht ihre Investitionen in Südafrika.

Von Kampf der Imperialisten gegen die "Apartheid" kann also nicht die Rede sein – im Gegenteil. Etwa 13000 BRD-Bürger, eine halbe Million britische Staatsbürger, 130000 Portugiesen leben in Südafrika – ein Personal, daß bisher keine Regierung zurückgerufen oder "gewarnt" hat, sondern das die westdeutsche Regierung z.B. geradezu ermuntert, auszuharren, indem sie den "Auslandsdeutschen" auch in Südafrika das Wahlrecht für die BRD zuerkennt. Die Imperialisten haben mehrfach vorgeführt, daß "Terror" gegen Bürger ihrer Staaten ein Interventionsgrund ist.

Die westdeutschen Imperialisten

werden.

Die europäischen Imperialisten sind die wirtschaftlich führenden Mächte in Südafrika. Sie sind bereits durch ehemalige Offiziere und Soldaten, die als Söldner in der südafrikanischen Armee dienen, militärisch präsent. Graf Lambsdorff fordert "westliche Garantien" für das "Afrikaaner-Israel".

Eine Verhandlungsrunde möglichst unter Schirmherrschaft der BRD, Großbritanniens, Frankreichs und der USA, um den "nationalen Dialog" einzuleiten – vielleicht mit dem von Lambsdorff anvisierten Ergebnis – das kann ein Ergebnis der Debatte unter den EG-Imperialisten sein. Eine solche Verhandlungsrunde würde dem Regime vor allem Zeit schaffen und die Gelegenheit geben, die Führung des Befreiungskampfes im Inneren zu zerschlagen und ein Blutbad anzurichten. Die Verhandlungen sollen mit "authentischen" Führern der Schwarzen geführt werden – und dazu rechnet z.B. die Bundesregierung allemal Leute wie Buthelezi oder sogenannte Homeland-Führer. Der "Nationale



Seit über einem Jahr dauert die Aufstandsbewegung an.

betrachten sich – gemeinsam mit anderen Imperialisten – als Herr im Hause in Südafrika. Das dokumentieren sowohl die Beschlüsse der EG-Ministerpräsidenten als auch der Brief der BRD-Kapitalisten an Botha, wie die Presse- und FDP-Vorschläge für die weitere Auseinandersetzung mit dem Befreiungskampf. Alle ihre Kritik an der Apartheid endet in der Aufforderung, das Reformprogramm von Botha und den südafrikanischen Kapitalisten durchzusetzen, oder, wie bei Genscher, in Gedankenfreiheit. Das Programm bedeutet mitnichten die Beseitigung der Apartheid. Weder soll der Landraub an den Schwarzen, der sie zum Verkauf ihrer Arbeitskraft unter bestialischen Bedingungen zwingt, rückgängig gemacht, noch das imperialistische Eigentum angetastet

Dialog" unter der Aufsicht der Imperialisten soll die Herausbildung einer einheitlichen Befreiungsfront verhindern.

Gegenüber diesen Umtrieben insbesondere der BRD-Imperialisten muß die Solidaritätsbewegung in der BRD auf dem vollständigen Boykott, dem Abbruch aller politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Südafrika beharren. Die Versuche einiger Kräfte in der SPD und im DGB, Boykottbeschlüsse vor allem von der EG und nicht von der Bundesregierung zu verlangen, lassen der imperialistischen Intervention viele Türen offen.

Quellenhinweis: Bulletins der Bundesregierung Nr. 78, 79 v. 1.7.86; International Mobilisation, Januar 1986; Archiv der Gegenwart Nr. 23/86 – (uld)

## Dokumentiert: Presse, Kapitalisten Regierung für "weiße Sicherheit"

Auszüge aus Presse und Zeitschriften:  
Ausdauer, Verhandlungen, Blutbad!

Das Ziel, die Regierung zu bedeutenden Konzessionen in mittelbarer oder unmittelbarer Zukunft zu zwingen, dürfte nicht erreicht werden. Obwohl die Unruhen stellenweise sehr intensiv waren, sah sich die Regierung nicht gezwungen, scharfe Munition oder automatische Waffen zu gebrauchen ... Ermüdungserscheinungen ... werden voraussichtlich in absehbarer Zeit eine Erholungspause erzwingen.

G. D. Bossen (Konrad-Adenauer-Stiftung), L. Schlemmer (Universität Natal); in: Europa Archiv 9/86

Diese Mobilisierung stellt indes auf absehbare Zeit noch keine existentielle Bedrohung dar:

- Die Regierung hat bislang erst einen Bruchteil ihres Repressionspotentials eingesetzt.

- Im Ernstfall stehen 334.000 Soldaten der loyalen, hochmodernen ausgerüsteten und trainierten Armee zur Verfügung ...

- Längere Streiks sind von schwarzen Arbeitern, die meist viele Angehörige zu ernähren haben, nicht durchzuhalten.

Th. Kruchem, freier Journalist, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 29-30/86 v. 19.7.86

Weiße Sicherheit ist der Schlüssel zu schwarzer Freiheit. Wie kann weiße Sicherheit erreicht werden? ... Bevor im übrigen Südafrika ein konkordanzdemokratisches System eingeführt wird, wird das westliche Kap aus der heutigen Republik Südafrika ausgegliedert. Es wird nämlich den weißen und braunen Afrikanern als Fluchtbürg vorbehalten sein. Zu ergänzen ist, daß die Grenzen dieses Rumpfstaates durch die Anrainer und die führenden Westmächte zu garantieren sind.

Freiherr von der Ropp, Stiftung Wissenschaft und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 29-30/86

Schon jetzt ist es klar, warum die radikalen Gruppen um den Afrikanischen National-Kongreß (ANC) die Reformen Bothas nicht akzeptieren. Sie werden die Schwarzen zu "Gleichberechtigten", aber im ökonomischen Kampf ums Dasein noch für Jahrzehnte zu unterlegenen Bürgern machen ... Und diejenigen, die da aufsässig und arm sind, werden in einer von keinerlei "Apartheid"-Gewissensthemmung belasteten Weise in ihre Schranken verwiesen werden. Wie das zugehen könnte, läßt sich aus manch naheliegender historischer Beispiel lernen, etwa aus der Pariser Kommune ... Mit der "Bourgeoisie" noch zu reden, dazu hat man sich von einem bestimmten Moment an nicht mehr herabgelassen. Dies waren ... die ... von der Geistlichkeit bestärkten Republikaner des Präsidenten Thiers, des aufrechten Demokraten, der dann in Gottes Namen 30.000 Menschen, nicht schwarze Halbsklaven, sondern Bürger der damaligen Französischen Republik, hat erschießen lassen.

A. Razumovsky (Redakteur), Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.7.

BRD-Kapital: Unterstützung, wenn ...

Sehr geehrter Herr Präsident, in der deutschen Wirtschaft herrscht wachsende Sorge und Unsicherheit über die politische und wirtschaftliche Lage in ihrem Lande ... deutsche Tochterunternehmen in Südafrika haben in den letzten Jahren den Reformprozeß durch betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der nichtweißen Arbeitnehmer nachhaltig gefördert.

Die Unternehmen sind bereit, ihre Aktivitäten auf betrieblichem und überbetrieblichem Gebiet weiter auszubauen. Sie bedürfen jedoch für ihr weiteres Engagement in der Republik Südafrika einer klaren Perspektive in dem von Ihnen angekündigte Sinne.

Die deutsche Wirtschaft hat in einer öffentlichen Erklärung unmittelbar vor der Haager Gipfelkonferenz der Europäischen Gemeinschaft Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika aus der Überzeugung heraus mit Nachdruck abgelehnt, daß die erforderlichen Reformen nur mit einer leistungsstarken Wirtschaft zu sichern sind. Diese Erklärung bekräftigen wir heute Ihnen gegenüber in der klaren Erwartung, daß die südafrikanische Regierung im Interesse des Landes selbst einen raschen Wandlungsprozeß zur Überwindung der Apartheid herbeiführt.

Aus dem Brief des BDI, Bundesverband des Groß- und Außenhandels, Bundesverband deutscher Banken und DIHT an Botha, 3.7.86

EG: Wir legen die Bedingungen fest

4. Der Europäische Rat ist davon überzeugt, daß die unverzügliche Einleitung eines nationalen Dialogs mit den authentischen Führern der schwarzen Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß der weiteren Eskalation der Gewalt Einhalt geboten wird und daß Verhandlungen ermöglicht werden, die zu einem wahrhaft demokratischen und nichttrassistischen Südafrika führen.

Dieser Dialog kann so lange nicht stattfinden, als die anerkannten Führer der schwarzen Gemeinschaft inhaftiert und ihre Organisationen verboten sind ...

6. Der Europäische Rat hat beschlossen, den Außenminister des Vereinigten Königreichs ... zu bitten, das südliche Afrika zu besuchen und weitere Schritte zu unternehmen, um die Bedingungen festzulegen, unter denen der notwendige Dialog beginnen kann.

Erklärung des Europäischen Rates zu Südafrika vom 26./27.6. in Den Haag

FDP: Unser Brückenkopf muß bleiben!

Wer daran interessiert ist, daß die Republik Südafrika nicht zu einem Land wird, in dem starke kommunistische Kräfte sind, der muß dafür sorgen, daß dort die Gedanken von Freiheit und Demokratie möglich werden und daß bedeutet immer für alle Bürger dieses Landes.

Bundesaußenminister Genscher, Interview mit Radio Luxemburg, 13.7.86.

Unabhängig davon, ob sich die Bundesrepublik eines Tages gezwungen sieht, wirtschaftliche Sanktionen gegen Pretoria mitzutragen oder nicht, muß sie bemüht sein, gemeinsam mit ihren westlichen und afrikanischen Partnern die authentischen Vertreter des weißen und des schwarzen Afrika zu einem Dialog über die künftige Ordnung ihres Landes an den Verhandlungstisch zu bringen. Soll eine solche überaus schwierige Verhandlungsrunde erfolgreich sein, so muß sie außer ... zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der schwarzen Südafrikaner auch zur machtpolitischen Absicherung des Existenzrechts der weißen (und der braunen) Südafrikaner führen ... Weiße Sicherheit ist eben der Schlüssel zu schwarzer Freiheit ... Nachdenkenswert erscheint ein seit langem von südafrikanischen und deutschen Liberalen erörterter ... Vorschlag: die Schaffung eines "Afrikaaner-Israel", eines wahrscheinlich im westlichen Kap gelegenen selbständigen Staates ... Wer dazu nicht bereit ist, der bewirkt, mit oder ohne Sanktionen, wohl nur eines: die Förderung eines in seinen Verlusten an Menschenleben und Sachwerten unvorstellbar brutalen südafrikanischen Bürgerkrieges, der an den Grenzen der Kap-Republik gewiß nicht halt machen wird.

Graf Lambsdorff, FDP, in: Quick v. 31.7.

## Naher Osten

## Einig in der Verurteilung der US-Aggression gegen Libyen, aber mehr auch nicht

Am 15. April 1986 bombardierten US-Kampfflugzeuge Städte und andere Ziele in der sozialistischen libysch-arabischen Volksjamahiriya. Damit hat die jahrelange wirtschaftliche und politische US-Aggressionspolitik gegen Libyen mit dem Ziel, die Regierung Ghaddafi zu stürzen und den anti-imperialistischen Kurs des Landes umzukehren, einen Höhepunkt erreicht. Drohungen erneut gegen Libyen und auch gegen Syrien und Iran folgten. Dadurch sollte Libyen isoliert und diejenigen Kräfte in den Staaten des Nahen Ostens ermuntert werden, die die Zusammenarbeit mit den Imperialisten und Israel wollen. Die Regierungen der Staaten des Nahen Ostens haben durchweg den imperialistischen Kriessakt der USA gegen Libyen verurteilt. Die Ereignisse nach der US-Aggression gegen Libyen wie das Nichtzustandekommen einer von Libyen geforderten Gipfelkonferenz der Arabischen Liga (AL) und das Scheitern gemeinsamer Abwehrmaßnahmen, die Schließung der Fatah-Büros in Jordanien durch König Hussein und das Treffen des marokkanischen Königs Hassan und derzeitigen Vorsitzenden der Arabischen Liga mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres sind Anhaltspunkte dafür, daß die Imperialisten mit ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aggressionspolitik erfolgreich waren und sind. Die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Staaten des Nahen Ostens sind groß, und es scheint wenig wahrscheinlich, daß sie in Kürze zugunsten einer antiimperialistischen und antizionistischen Front überwunden werden könnten. Der iranisch-irakische Krieg und die Stellung der Staaten des Nahen Ostens zu diesem sowie ihre Haltung gegenüber Israel und dem Imperialismus und ihre Unterstützung für die PLO sind Beleg dafür.

### Libyens Aufruf zum Zusammenschluß

Am 15.4. veröffentlichte das libysche Außenministerium eine Erklärung, in der es seine Forderung an die Regierungen der arabischen Staaten wiederholt und bekräftigt, folgende Schritte einzuleiten:

- Abbruch der Beziehungen zu den USA und Großbritannien;
- Abzug der arabischen Kredite aus diesen Ländern;
- Verringerung der diplomatischen Vertretungen in den Staaten, die die libyschen Gesandtschaften reduziert haben;
- Beantwortung jedweder Boykottmaßnahme mit ähnlichen Mitteln;

- Demonstration der Bereitschaft der arabischen Nation, sich im Falle einer erneuten Aggression gegen Libyen oder Syrien an dem Krieg zu beteiligen.

Es ist nicht bekannt, daß auch nur einer libyschen Forderung entsprochen worden ist.

In derselben Erklärung kritisiert das Außenministerium die Haltung der arabischen Staaten: "Trotz der umfassenden internationalen Verurteilung der US-Aggression ... ist es den Arabern im Rahmen der AL nicht einmal gelungen, eine Sondergipfelkonferenz einzuberufen. Sie haben keinerlei praktische Maßnahmen ergriffen, um auf die Aggression zu reagieren und die von den USA und den EG-Staaten ergriffenen Maßnahmen zu bekämpfen ... die von den Mitgliedstaaten der EG ergriffenen Maßnahmen (stießen) auf keinerlei Reaktion bei den Arabern, die auch die Beteiligung einiger dieser Staaten an der militärischen Aggression der USA ignorierten und vor der politischen Unterstützung der Europäer für die Aggression, den wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen

nen haben, mit einem Angriff auf Libyen zu drohen ... Entweder sind die Araber in der Lage, diese Aggression mit praktischen Maßnahmen zu beantworten ... oder wir werden keine andere Wahl haben, als uns um ein Bündnis mit einer den USA feindlich gegenüberstehenden Macht zu bemühen. Wir wären dann auch gezwungen, unsere Haltung zum Golfkrieg zu ändern und uns mit Irak praktisch zu verbünden, da es dann die Logik erfordern würde, daß wir uns mit denjenigen verbünden, die uns tatsächlich beistehen."

### Neue Bündnisse angekündigt

Die Drohung Libyens richtet sich hauptsächlich an Syrien und Iran, die Zusammenarbeit mit dem Irak und der Sowjetunion, insbesondere die militärische, zu suchen und mit ihnen ein Bündnis gegen die Bedrohung durch den US-Imperialismus zu schließen. Damit werden aber die Bedingungen, die Zersplitterung und Spaltung der Staaten des Nahen Ostens gegenüber den imperialistisch-zionistischen Kriegsvorbereitungen zu überwinden, keinesfalls besser. Die Regierungen von Syrien und dem Iran haben sich weitgehend auf Solidaritätserklärungen beschränkt. Radio Damaskus (Syrien) verurteilte die Aggression gegen Libyen als eine direkte Aggression ge-



In vielen Städten des Nahen Ostens fanden Demonstrationen und Kundgebungen gegen den US-Angriff auf Libyen statt. (Bild: Demonstration in Tripolis)

und den rassistischen psychologischen Kampagnen gegen das libysch-arabische Volk und die arabische Nation die Augen verschlossen ... Da es den Arabern bisher nicht gelungen ist, irgendwelche praktischen Maßnahmen zur Eingrenzung des aggressiven Kreuzzugs der USA und der NATO zu ergreifen, erleben wir täglich das Zusammenhalten der westeuropäischen Länder und ihre Unterwürfigkeit gegenüber den USA, und zwar in einem derartigen Ausmaß, daß einige dieser Länder, insbesondere Italien, begon-

gen alle arabischen Staaten: "Sie ist Teil der fieberhaften amerikanischen und zionistischen Versuche, den Arabern die Hegemonie aufzuzwingen und sie zu unterjochen." Der iranische Ministerpräsident Musavi fügte zur Verurteilung der US-Aggression hinzu, daß das amerikanische Vorgehen die reaktionären Regime in der Region in eine schwierige Lage bringe, denn sie müßten entweder eine klare Haltung gegen die USA einnehmen oder sich der Gefahr aussetzen, bei den islamischen und arabischen Nationen noch



mehr in Ungnade zu fallen.

Die politische Zusammenarbeit zwischen Libyen, Syrien und Iran hat sich seit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran, der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens durch Ägypten sowie dem iranisch-irakischen Krieg entwickelt und beansprucht die Führung innerhalb der arabischen Welt gegenüber Ägypten, Irak und Saudi Arabien. Durch die passive Haltung von Syrien und Iran bezüglich der US-Aggression gegen Libyen ist diese Bündiskonstellation in Frage gestellt. Die Außenminister der drei Staaten, Vertreter von politischen Organisationen und Militärdelegationen haben sich getroffen, ohne zu praktischer Zusammenarbeit zu kommen. Der Versuch insbesondere des Irans, Ägypten kurz nach der US-Aggression auf der Konferenz der islamischen Staaten ausschließen zu lassen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Ägypten stellte sich hinter die von Libyen eingebrachte Resolution gegen die US-Aggression. Auch das gemeinsame Vorgehen von Syrien, Iran und Libyen auf den letzten OPEC-Konferenzen, die Fördermengen zu reduzieren und neue Quoten zu verteilen, war nicht mehrheitsfähig.

#### Ägypten verurteilt US-Aggression

1979 war Ägypten aus der Arabischen Liga ausgeschlossen worden. In einem Spiegel-Interview im Februar des Jahres erklärte Staatspräsident Mubarak, daß Ägypten sich nicht um eine Neuaufnahme bemühe. Mubarak erklärte: "Ägypten ist die tonangebende Kraft in dieser Region, ob es den anderen paßt oder nicht. Weil es das größte Land in diesem Teil der Welt ist, weil es Sitz der Azhar-Universität, der wissenschaftlichen Hochburg des Islam, ist, weil den 50 Mio. Ägyptern zwölf Universitäten offenstehen, die mehr Studenten aufnehmen als die Universitäten aller übrigen arabischen Staaten, weil Ägypten über weit mehr Fachkräfte als die restliche arabische Welt verfügt, weil seine Professoren an allen arabischen Universitäten lehren, weil seine Ingenieure überall in der arabischen Welt anzutreffen sind..."

Die Position Mubaraks geriet angesichts der US-Aggression unter Druck: Noch im Februar äußerte er, er glaube nicht, daß die Supermacht USA ein so kleines Land wie Libyen angreifen werde. "Das ist unvorstellbar, an so etwas ist gar nicht zu denken." Die ägyptische Führung hat ungewöhnlich scharf die US-Militäraktion verurteilt, nicht jedoch, ohne Syrien und Libyen zu attackieren: "Das Hauptproblem in der arabischen Welt ist, daß einige arabische Regime, zu denen Syrien und Libyen gehören, versuchen, allen arabischen Ländern ihre Ideen und Vorhaben aufzuzwingen... Die leeren Worte des syrischen Re-

gimes bereiteten Libyen den Weg beim Einsatz des Terrorismus als Mittel der Bekämpfung alles dessen, was ihm im Wege ist... Das syrische Regime versucht, Oberst Kadhafi davon zu überzeugen, daß es ihn unterstützt und daß die islamische Revolution in Iran ihm beisteht. Wir behaupten, daß all diese Erklärungen nur leere Worte sind." Radio Kairo "bedauert die EG-Sanktionen gegen Libyen", da "die EG bisher die arabischen Anliegen unterstützt hat". Mubarak will am "Dialog" mit Israel und den USA festhalten.

#### Geringe Unterstützung für Libyen

Nach dem Sanktionsbeschluß der USA gegen Libyen am 7. Januar sicherten arabische Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait und Bahrain Libyen Dollar-Kredite in unbegrenzter Höhe zu, um die Sperrung libyscher Konten in den USA im Gesamtwert von rund 400 Mio. US-\$ wirkungslos zu machen. Ferner sagten sie Libyen Unterstützung bei der Vermarktung libyschen Erdöls und die Lieferung von Ersatzteilen für seine Ölindustrie zu. Die Regierungen der drei Länder verlangten jedoch als Gegenleistung von der libyschen Regierung, daß sie keine "Terrorakte" in diesen Ländern unterstütze. Die kuweitische Nationalversammlung, die inzwischen aufgelöst wurde, forderte die arabischen Staaten auf, endlich ihre Meinungsverschiedenheiten zu vergessen und "ernsthafte Aktionen gegen den amerikanischen-imperialistischen Imperialismus" durchzuführen. Die Vereinigten Arabischen Emirate brachten zusammen mit anderen Ländern der Dritten Welt eine Resolution gegen die US-Aggression im Weltsicherheitsrat der UN ein.

Marokko und Libyen, die in der Afrikanisch-arabischen Union politisch verbunden sind, haben beschlossen, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken. Für eine Zusammenarbeit der arabischen Maghreb-Staaten ist auch der algerische Präsident Chadli eingetreten. Er erklärte auf dem dritten Kongreß des algerischen Jugendverbandes:

"Aber wir tun uns zusammen, um uns zu verteidigen, nichts mehr und nichts weniger. Als einzelner Kleinstaat wäre es für uns schwierig, unsere Rechte und unsere Existenz als Nation und zivilisiertes Land zu verteidigen. Aber ich hoffe, daß die Menschen und die offiziellen Vertreter des arabischen Maghreb es verstehen, alle ihre Empfindlichkeiten und Selbstgefälligkeiten beseite zu lassen und die Zukunft der künftigen Generation aufzubauen, deren Macht in ihrer Einheit bestehen wird." Abschließend verteidigte er nochmals die revolutionäre Gewalt mit Hinweis auf die algerische Geschichte.

Die regierende irakische Baath-Partei hat den US-Angriff gegen Li-



OPEC-Konferenz im Juni: Keine Maßnahmen gegen die imperialistischen Sanktionen gegen das Mitgliedsland Libyen

byen ebenfalls verurteilt. Sie macht die Einberufung einer Gipfelkonferenz der Arabischen Liga jedoch davon abhängig, ob Libyen seine Position zum iranisch-irakischen Krieg ändere. Zunächst müsse über die iranische Aggression gegen Irak gesprochen werden, "da sie vor der US-Aggression begann und sowohl kurzfristig als auch langfristig schwerwiegendere Folgen" hat.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, Januar bis Juli 1986; Pressedokumentation beim HWWA; Neue Zürcher Zeitung v. 6./7.7.86; Le Monde, 14.-25.4.86 - (sie)

#### Frankreich

##### Chirac und Mitterrand setzen Privatisierung durch

Seit Beginn der Regierung der Gaullisten unter Premierminister Chirac im März 1986 hält in der französischen Öffentlichkeit die Diskussion um die Privatisierung der größten französischen Unternehmen an (s. Pol. Ber. 9/86). Hatte der sozialistische Staatspräsident Mitterrand, der alle Gesetze gegenzeichnen muß, zunächst Bedenken gegen die Privatisierung der vor 1981 nationalisierten Betriebe geäußert, so war davon in der letzten Woche keine Rede mehr, ging es nur noch um die Modalitäten der Privatisierungskampagne. Dabei lieferten sich Chirac und Mitterrand beispiellose Schaukämpfe in den und für die Medien. So kam der Clou des Staatspräsidenten am 14.7., dem Nationalfeiertag, als er ankündigte, er werde die von Chirac vorgelegte Verordnung zu den Privatisierungen nicht unterzeichnen.

Die französische Verfassung sieht neben den Gesetzesvorschlägen, die den üblichen Weg durch Nationalversammlung und Senat gehen, die Möglichkeit von Rechtsverordnungen vor, zu denen der Premierminister mittels eines Ermächtigungsgesetzes befugt

werden kann. Bereits Pompidou und auch Mitterrand während der Regierung der Sozialisten haben davon hinlänglich Gebrauch gemacht. Nachdem Mitterrand jetzt die Durchführungsverordnung ablehnte, putschte die bürgerliche Presse diesen Vorgang als Regierungskrise hoch. Mitterrand wies jedoch Chirac gleich selbst darauf hin, daß die Verordnung in einen Gesetzesvorschlag umgewandelt werden sollte. Eben dieser – wortgleich mit der Verordnung – wurde letzte Woche in außerordentlichen Sitzungen durch Nationalversammlung und Senat gebracht und ist jetzt angenommen.

Danach werden 65 Unternehmen aus Industrie, Versicherungen und Banken privatisiert, was dem Staat nach Schätzungen etwa 250 Mrd. FF einbringen wird. Ca. eine Million Beschäftigte sind von dieser Umwälzung betroffen. Von den 65 Unternehmen sind etwa 3/4 erst 1982 verstaatlicht und dadurch für die jetzigen Käufer wieder profitabel geworden. Die französische Regierung kann mit dem 250-Mrd.-Gewinn das französische Kapital subventionieren, um es für den Kampf auf dem Weltmarkt zu stärken. Keineswegs bedeutet die Privatisierung somit eine "Verschleuderung" des "nationalen Erbes", wie es die Kommunisten der Regierung vorwerfen. In den Kämpfen, die die PCF gegen die Privatisierung bisher organisiert hat, steht diese sozialchauvinistische Argumentation leider im Mittelpunkt, wodurch die Arbeiterklasse entwaffnet wird.

Quellenhinweis: L'Humanité, versch. Ausgaben; L'Express, Nr. 1828; Le Point v. 3.8.86. – (sur)

## Nicaragua

### Katholische Kirche für die Niederlage der Regierung

Anfang Juli verwies die nicaraguansische Regierung den Bischof von Chontales und Vorsitzenden der nicaraguansischen Bischofskonferenz Vega des Landes. In einer über den Rundfunk verbreiteten Erklärung hieß es, Vega habe sich zum Komplizen der "terroristischen und verbrecherischen Nicaragua-Politik der US-Regierung" gemacht. Tatsächlich hatte sich Vega während einer US-Reise hinter die Pläne von US-Präsident Reagan gestellt, die Contras mit weiteren 100 Mio. US-\$ Militärlieferungen zu unterstützen. Noch von Kolumbien aus drohte der Papst mit offenem Kampf gegen die Regierung Nicaraguas. Die Regierung sollte sich des Ernstes der Maßnahme bewußt werden, die im Widerspruch zu ihrer wiederholten Versicherung stünde, daß sie eine friedliche und respektvolle Koexistenz mit der Kirche wünsche, erklärte er.

Die sandinistische Regierung steht

unter Druck. Die USA hat die Militärhilfe für die Contras bewilligt, und die Imperialisten sind gewillt, den Abnutzungskrieg auszuweiten. Dadurch kann die Regierung nicht damit rechnen, die ständige hohe Mobilisierung von bewaffneten Kräften zurückzunehmen und die hohen Militärausgaben, die 1985 40% des Staatshaushalts verschlungen haben, zu reduzieren. Die Kosten im Kampf gegen die Contras werden eher noch steigen und die wirtschaftlichen Probleme, besonders bei der Versorgung der Städte, zunehmen. Die durch die Contras angerichteten wirtschaftlichen Schäden haben 1984 umgerechnet 250 Mio. US-\$ betragen, fast 70% der Exporterlöse.

Ende 1985 enthüllte der Ex-Contra-Führer Chamorro US-Pläne, wonach der katholische Klerus das wichtigste Element bei der Schaffung der inneren Front ist, um den politischen und sozialen Verschleiß der sandinistischen Revolution voranzutreiben.

Die Führung der katholischen Kirche hat gegen die Einführung des Wehrpflichtgesetzes, gegen die Ausrufung des Kriegsrechts infolge zunehmender Contra-Angriffe, gegen die Zurückdrängung kirchlichen Einflusses im Bildungs- und Gesundheitswesen opponiert und gehetzt. Über ihre Bildungseinrichtungen verbreitet sie massenhaft eigene und vom CIA und ausländischen Stiftungen gespendete antikommunistische Broschüren.

Um die wachsende Wühl- und Zersetzungstätigkeit der Opposition unter Führung der katholischen Kirche zu unterbinden, hat die Regierung das Sozialwerk der Erzdiözese Managua enteignet, mitsamt der von westdeutschen Bischöfen gestifteten Druckerei, und die katholische Menschenrechtsorganisation, eine regelrechte Spionageabteilung der Imperialisten, geschlossen, deren Leiter sie bereits Ende 1985 wegen antinicaraguansischer Aktivitäten des Landes verwiesen hatte. Sie hat ferner die kirchliche Wochenzeitung "Iglesia" beschlagnahmt, den katholischen Rundfunksender geschlossen und schließlich auch die Radioübertragung der Sonntagsmesse verboten.

In einem Artikel in der Washington Post im Mai d. J. zielte Kardinal Obando y Bravo auf eine Schwächung der Solidaritätsbewegung für die sandinistische Regierung innerhalb der US-Kirchen. Er verurteilt die militärische Verteidigung der sandinistischen Regierung, denn die "Vernichtung des Feindes als den einzigen Weg zum Frieden zu wählen, ist unweigerlich die Wahl des Krieges". Stattdessen schlägt der Kardinal die "Versöhnung durch Dialog vor als die einzige wirkliche Lösung, den einzigen Weg zum Frieden". Die Regierung soll sich "friedlich" ergeben.

Quellenhinweis: Der überblick, 3/85; Nicaragua-Dokumentation beim HWWA; HAZ vom 7. u. 8.7.86 – (sie)

## Südafrika / Azania

### Auseinandersetzungen im Bildungswesen

Die Schüler- und Studentenbewegung in Südafrika/Azania hat mit der politischen Organisierung der azanischen Arbeiterklasse Schritt gehalten. Die letzten Jahre waren gekennzeichnet durch landesweite Boykottaktionen fast aller Schulzweige gegen das rassistische Erziehungswesen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes 1985, das Verbot der Studentenorganisation COSAS, die Besetzung vieler Schulen durch Polizei und Sicherheitskräfte, die Inhaftierung Hunderter von Jugendlichen konnten die Widerstandskraft der Jugend nicht brechen. Das hat mehrere Gründe: Die Boy-



Schülerdemonstration im Dezember 1985 in Soweto

kottaktionen als politischer Protest haben den Zusammenschluß von Stadt- und Landjugend gefördert und auch sog. Farbige und Inder miteinbezogen; die Jugend hat sich erfolgreich bemüht, den von der Regierung oktrozierten Schulkomitees eigene demokratische Schülervertretungen entgegenzusetzen; der Zusammenschluß von Eltern, Lehrern und Schülern in gemeinsamen Organisationen wurde zielbewußt vorangetrieben; regionale Unterschiede fanden eine nationale Zusammenfassung.

Die zweite Konferenz des National Education Crisis Committee (NECC) Ende März '86 mußte trotz dieser großen Errungenschaften eingestehen, daß keine der auf der ersten Konferenz im Dezember 85 formulierten Sofortforderungen an die Regierung erfüllt ist. Trotzdem entschied die Konferenz gegen die sofortige Wiederaufnahme eines landesweiten Schulboykotts; stattdessen für die Entwicklung einer "Volkserziehung" (People's Education). Ebenfalls schlug die Ende März einberufene Konferenz des National Forum Committee anstelle eines landesweiten Boykotts

vor: – Gründung eines Erziehungs-Aktionskomitees, das alternative Erziehungsprogramme und workshops initiieren und koordinieren soll. – Die Lehrer sollen durch eine Lehrerorganisation politisiert werden. – Sprach- und Kommunikationsprogramme sollen von Studenten und Lehrern landesweit aufgenommen werden.

Der Slogan von 1984: "liberation now – education later", der den Schulboykott begründete und der damals Berechtigung hatte, erscheint heute den meisten Schüler- und Studentenorganisationen verschiedener politischer Richtungen historisch überholt. SOYA (Students of Young Azania), aus der Tradition der Black Consciousness, schreibt dazu: "Es gibt die Meinung, der Boykott sollte weitergehen, bis alle unsere Forderungen erfüllt sind ... Diese Ansicht geht von der falschen politischen Annahme aus, die Regierung stünde vor dem Zusammenbruch und der Schulboykott trüge direkt dazu bei ... Boykott ist zwar eine sehr wichtige Waffe für ein unterdrücktes und unbewaffnetes Volk, aber nicht die einzige Waffe ... wir sagen, daß wir in die Klassenräume zurück müssen ... wir sollten das ganze Erziehungssystem in eine Waffe gegen unsere Unterdrücker ... die Klassenräume in befreite Zonen verwandeln." Auf diese qualitativ neue Entwicklung hat Pretoria sofort mit Einführung einer neuen Art von Paßsystem für Schüler reagiert. Andere Maßnahmen sehen vor: "Der Lehrplan ist verpflichtend. Niemandem ist es erlaubt, sich an die Schüler mit Themen zu wenden, die nicht Teil des Lehrplans sind, oder mit Inhalten, die nicht mit normalen Schulaktivitäten zu tun haben."

Quellenhinweis: Issa, Nr.4/86; AZAKO 13/86; SOYA Documents; Zwelakhe Sisulu, People's Education for People's Power; Western Cape Teachers Union, diverse Ausgaben; 3rd National Forum – Unity in Struggle. – (and).

## Philippinen

### NDF, CPP und NPA begrüßen Verhandlungen

Am 10. Juni erklärte Satur Ocampo, von der Einheitsfrontorganisation NDF, der Kommunistischen Partei der Philippinen CPP und der Neuen Volksarmee NPA beauftragter Unterhändler für die Verhandlungen mit der Regierung Aquino, in einem Offenen Brief:

"Präsidentin Aquino hat festgestellt, daß 'die Ursachen des Bürgerkriegs, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Menschen und in den sozialen Strukturen begründet sind, die sie unterdrücken,' angepackt werden müssen, 'wenn wir unsere Hoff-

nung auf einen dauerhaften Frieden setzen sollen' ... Das ist keine leichte Aufgabe für mich und meine Genossen, ebenso wenig wie für die Regierung. Nicht nur, weil der Prozeß die Lösung vieler drängender und langfristiger Probleme verlangt und deswegen womöglich langwierige und komplizierte Verhandlungen erfordert, sondern auch, weil es in- und außerhalb der Regierung Leute gibt, die es lieber sehen, daß die Verhandlungen scheitern ...". Der Journalist Ocampo war 1972, als Marcos das Kriegsrecht verhängte, in den Untergrund gegangen und von 1976 bis zu seiner erfolgreichen Flucht 1985 eingekerkert.

Damit haben NDF, CPP und NPA in Waffenstillstandsverhandlungen eingewilligt, obwohl die Regierung Aquino die bislang geforderten Vorleistungen, Entwaffnung der Privatarmeen und Freilassung aller politischen Gefangenen, noch nicht erbracht hat. Die Organisationen haben aber alle Anmaßungen von Regierungsseite, Armee und Kirche, einseitig die Waffen niederzulegen, zurückgewiesen. Die Neue Volksarmee setzt vielmehr ihre schon seit dem Sturz von Marcos

eingeschlagene Taktik der "aktiven Verteidigung" gegen Armeeeingriffe fort.

Mit der Bereitschaft zu Waffenstillstandsverhandlungen haben NDF, CPP und NPA ihre Fehler in der Wahlkampagne vom Februar korrigiert. Damals hatten die Organisationen zum Wahlboykott aufgerufen und hatten dann die Massenbewegung, die die Marcos-Diktatur beendete, kaum beeinflussen können. Das ZK der CPP stellte dazu fest: "Sie (die Boykottpolitik, d.Red.) überschätzte die Möglichkeiten der USA, ihren Willen der lokalen Politik aufzuzwingen ...". Das jetzige Eingehen auf die Waffenstillstandsverhandlungen ermöglicht NDF, CPP und NPA, die Regierung zu Verhandlungen über die dringendsten politischen und sozialen Forderungen der Arbeiter und Bauern auf den Philippinen zu bringen und so entweder die Regierung zu Zugeständnissen (und damit wahrscheinlich zu ihrer Spaltung) zu zwingen oder die Regierung politisch zu isolieren.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF 3/86 – (wom)

## Kanadische Indianer

### Elend, Verzweiflung, aber auch Eigenständigkeit und Unabhängigkeit

Bei einer Party in der indianischen Ortschaft Peerless Lake im nördlichen Alberta haben im März dieses Jahres einige Jugendliche aus einer Flasche mit Kopiererflüssigkeit getrunken. Dies geschah vermutlich auf der Suche nach einem rauschhaften Erlebnis, es war jedenfalls kein Versehen. Es gab fünf Tote. Der Vorfall – ähnliche sind nicht selten – hat landesweit einige Aufmerksamkeit erregt, zumal drei der Toten Geschwi-

ster waren. Im Gefolge dieser Aufmerksamkeit sind einige Reportagen und statistische Angaben veröffentlicht worden, die die derzeitige Lage der Indianer in Kanada beleuchten.

Die Ortschaft Peerless Lake, nahe dem Red Earth Creek, ist eine Siedlung vor allem von Cree. Sie besteht erst seit 1967: Damals baute die Regierung von Alberta dort eine Schule und verlangte zur Erfüllung der Schul-



Haida blockierten die Straße im Herbst 1985 im Kampf gegen die Abholzung ihrer Insel durch Rodungsfirmer.





Am. 30.07. folgten in Paris über 5000 Demonstranten dem Aufruf der kommunistischen Gewerkschaft CGT, gegen die geplanten Entlassungen bei Renault, Werk Billancourt (Paris), zu protestieren (Bild). Im Zuge der beabsichtigten umfassenden Rationalisierung des Renault-Konzerns sollen Teile des Werks Billancourt stillgelegt und 700 Beschäftigte, darunter 26 Gewerkschaftsvertreter, entlassen werden. Die betroffenen Beschäftigten erhielten die Bescheide unmittelbar vor den jetzt beginnenden Betriebsferien. Ebenfalls am 30.07. weigerte sich der Betriebsrat von Billancourt, mit der Betriebsleitung über die Entlassungen zu sprechen. — (sur)

#### Brasilien: Lohnstopp der Regierung wird angegriffen

Im März 1986 hatte die Regierung von Staatspräsident Sarney einen Lohn- und Preisstopp verfügt. Seither sind die Löhne weiter gesunken, und die Lohnflexibilisierung in den Betrieben hat zugenommen. Seit Mitte Juli streiken über 40000 Arbeiter der Metall- und Elektroindustrie im Großraum Sao Paulo, darunter 5000 bei Sofunge, einem Mercedes-Benz-Unternehmen, das Autoteile für VW und GM produziert, 3000 bei Siemens, 11000 bei Ford und 400 bei Hartmann und Braun. Die Gewerkschaften fordern u.a. Lohnerhöhungen von 20% und z.T. Änderung der Lohngruppen. Die meisten Kapitalisten machen

überhaupt keine Angebote. Siemens bietet eine Lohnerhöhung von 1,9% an. — (sie)

#### USA-Firma muß 2,5 Mio. US-\$ wegen Diskriminierung zahlen

Lukens Inc., ein Stahlproduzent in Coatesville, Pennsylvania, hat sich jetzt bereiterklärt, 2,5 Mio. US-\$ an ca. 1300 schwarze Beschäftigte zu zahlen. Im Februar 1984 hatte ein Bundesrichter befunden, daß Lukens jahrelang schwarze Arbeiter benachteiligt hatte u.a. in der Anfangseinstufung, bei Entlassungen, in der Probezeit, bei Beförderungen, bei Prämien. Auch habe Lukens rassistische Auswüchse geduldet. Das Verfahren läuft seit 13 Jahren. — (ger)

#### USA: Langwierige Streiks im öffentlichen Dienst

Am 19.7. gaben die 13000 städtischen Arbeiter in Philadelphia, Pennsylvania, ihren 20tägigen Streik (Bild) auf, nachdem drei Tage zuvor ein Gericht die Müllarbeiter zur Arbeit beordert und Bürgermeister Goode mit Massentlassungen gedroht hatte. Die Stadt hat einen Einbruch in die 1975 erkämpfte Selbstverwaltung der Sozialversicherung der Arbeiter durchgesetzt, muß jedoch ihre Zahlungen in den Fonds um 33% und die Löhne um 10% über zwei Jahre erhöhen. In Detroit, Michigan, streiken seit dem 16.7. 7000 städtische Arbeiter. Weitere 5000 Arbeiter befinden sich im Sympathiestreik. Trotz Antrag der Stadt gibt es noch keinen gerichtli-



chen Arbeitsbefehl. Die Arbeiter fordern 26% Lohnerhöhung über drei Jahre, nachdem sie sich in den vergangenen drei Jahren mit 2,4% begnügt hatten mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt. Detroit hat derzeit 52 Mio. US-\$ Überschuß. Das Angebot von 7,5% für zwei Jahre, eine Erhöhung im dritten Jahr von der Finanzlage abhängig zu machen, haben die Arbeiter 3:1 abgelehnt. — (her)

pflicht, daß die im weiteren Umkreis wohnenden Indianerfamilien dorthin zögen. In diese Schule gehen heute 93 Schüler; von den sieben Lehrer/innen ist nur eine imstande, in der Cree-Sprache zu unterrichten. In den Jahren seit 1967 hat sich Zug um Zug erwiesen, daß der Schulbau Teil einer Politik der Zentralisierung der Indianer in Ortschaften war, die es den Eurokanadiern ermöglicht, das bisher zur Jagd genutzte weitläufige Land für die Ausbeutung von Bodenschätzen zu erschließen. Die Provinz Alberta ist reich an Ölvorkommen und Erdgas, aber auch andere natürliche Reichtümer werden abgebaut. Anfang der 70er Jahre wurde vom Westen her, von Red Earth Creek, 80 km lang eine Straße nach Peerless Lake gebaut, durch die Hunderte von Quadratkilometern für die Exploration von Bodenschätzen eröffnet wurden. Der Einsatz von großer Maschinerie hat seit etwa 1980 dazu geführt, daß das Wild

aus der Gegend flieht — damit sind die Cree auf Sozialhilfe angewiesen, da sie sich nicht mehr durch Jagd ernähren können.

Nicht nur wird demnach bei der Landnahme weiterhin planmäßig und in großem Stil vorgegangen; auch in den Einzelheiten des täglichen Lebens im Ort stehen sich die Kulturen der Cree und anderer Indianer einerseits und der Kanadier europäischer Herkunft andererseits schroff gegenüber. Ein Bewohner von Peerless Lake erzählte einem kanadischen Reporter zur Erläuterung folgende Anekdote: "Indianer teilen miteinander, was sie haben. Wenn ich nach Hause komme, um mir was zu essen zu machen, und ich habe keinen Fisch, gehe ich in das Haus nebenan, auch wenn mein Nachbar nicht da ist, und nehme mir einen Fisch, nicht mehr als ich brauche. Er wird eines Tages feststellen, daß er keine Kartoffeln hat, und wird also in mein Haus gehen und sich ein paar

Kartoffeln holen. Das ist unsere Art zu leben. Wenn einer einen Elch schießt, nimmt er für seine Familie, was er braucht, und gibt den Rest seinen Nachbarn. Einmal ist ein Mann aus dem Dorf von der Jagd nach Hause gekommen und wollte duschen. Also ging er in das Haus eines weißen Lehrers und duschte sich. Der Lehrer rief die Polizei. Bis heute hat er nicht verstanden, was er falsch gemacht hat."

In ganz Kanada gibt es heute 2250 Reservate, auf denen 258000 Angehörige der Ersten Nationen leben. Weitere etwa 280000 Indianer und Métis (der frankokanadische Begriff für "Mestizen", d.h. gemischt europäisch-indianischer Abstammung) leben außerhalb von Reservaten, und das heißt meist in den Städten. In beiden Situationen ist das Leben im Regelfall elend; die Arbeitslosigkeit in den Reservaten liegt in manchen Gegenden bei 90 Prozent. In den Städten finden sich die Indianer großteils in der



### VR China: Günstigere Konditionen für Ölkonzerne

Unter dem Druck des gefallenen Erdölpreises räumte die Volksrepublik China den Erdölkonzernen, die im chinesischen Meer Erdölexplorationen betreiben, günstigere Konditionen ein, was Länder wie Malaysia und Indonesien zum Nachziehen zwang. Andererseits hat die chinesische Regierung erklärt, zur Unterstützung der OPEC den gegenwärtigen Erdöl-export nicht zu steigern. In der Diskussion ist auch eine Exportkürzung, solange der Erdölpreis so niedrig ist. – (wom)

### Sowjetischer Teilabzug aus Afghanistan angekündigt

Vor zwei Monaten hatte die US-Zeitung International Herald Tribune geschrieben, daß die Sowjetunion nur die Wahl habe, entweder ihre Truppen in Afghanistan kräftig aufzustocken – um sich militärisch durchzusetzen – oder aber sich zurückzuziehen, um den Konflikt politisch zu lösen. Jetzt hat Gorbatschow den Abzug von sechs Regimentern bis zum Jahresende angekündigt, das sind zwischen 6000 und 15000 Soldaten. Entgegen den westlichen Reaktionen, die von Scheinmanövern und Ködern sprechen, wäre der Teilabzug ein großer Fortschritt, der auch die vorübergehend unterbrochenen Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Afghanistan-Konflikts erleichtern wird. Der militärische Einsatz der Roten Armee löst nach verschiedenen Berichten in der sowjetischen Bevölkerung zunehmend Beunruhigung und Kritik aus. Gorbatschow selbst sprach in dem Zusammenhang von einer blutenden Wunde. Die sowjetische Armeezeitung Krasnaja Swesda (Roter Stern) kritisierte kürzlich, daß viele Parteifunktionäre

insbesondere in der Usbekischen Sowjetrepublik an der afghanischen Grenze ihren Einfluß geltend machen, um ihre wehrpflichtigen Söhne von einer Versendung nach Afghanistan zu befreien. – (scc)

### Acht Monate Gnadenfrist für Craxi

Wie das Volk auch wählt, wie die Abgeordneten auch stimmen – italienische Regierungen werden immer aus denselben Parteien mit stets demselben Personal gebildet. Nach 161 Abstimmungsniederlagen im Parlament war Craxi Ende Juni zurückgetreten.

Jetzt präsentiert dieselbe Fünferkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten und drei kleinen Mittelparteien eine personell kaum veränderte Regierung Craxi II. Aber Craxi mußte schon jetzt versprechen, im März 1987 zugunsten eines Christdemokraten abzutreten. Durch ihre rechte Politik haben Craxis Sozialisten die einzige Alternative – eine Linkskoalition mit den Kommunisten – fürs erste unmöglich gemacht. Und so haben sie sich die Bedingungen für die Fortsetzung der Fünferkoalition weitgehend von den Christdemokraten diktieren lassen müssen. – (ulg)



In der Bergarbeiterstadt Broken Hill im australischen Bundesstaat New South Wales streiken 1100 Bergleute, die unter Tage arbeiten, seit dem 26. Mai über zwei Monate gegen einen Beschluß eines Regierungsausschusses für industrielle Beziehungen. Der Ausschuß hatte auf Verlangen der australischen Bergbaumonopole Broken Hill Proprietary (BHP) und CRA die Untertagearbeit, die seit dem großen Streik von 1919/20 auf 35 Stunden begrenzt war, wieder auf 40 Stunden angehoben. Außerdem müssen die Bergleute schon 30 Minuten nach einer unterirdischen Sprengung wieder an die Arbeit gehen, während vor über 60 Jahren dabei eine halbe Stunde Pause festgeschrieben war. Ende Juni begannen die Bergbaukonzerne, 600 Übertage-Beschäftigte zu entlassen. Hintergrund des Drucks auf die Bergbaubeschäftigten: der weltweite Fall der Erzpreise, der die australische Labour-Regierung zur Aufkündigung zahlreicher Sozialabkommen veranlaßt hat. – (wom)

kanadischen Kultur nicht zurecht bzw. weigern sich, sich anzupassen.

Was die rechtliche Situation betrifft, so kann man positiv feststellen, daß die kanadische Regierung im Rahmen der Verfassungsberatungen vor sechs Jahren grundsätzlich die Gültigkeit der früheren Vertragsvereinbarungen hat anerkennen müssen. Dies ist ein Erfolg, wenn man bedenkt, daß 1969 der damalige Minister für indianische Angelegenheiten Jean Chrétien im kanadischen Unterhaus verkündete, daß die Zentralregierung die indianischen Reservate abschaffen wollte; Indianer sollten statt dessen die gleiche Rechtsstellung wie Weiße erhalten. Im Kampf gegen diesen Vorstoß sind in allen kanadischen Provinzen außer auf Neufundland und Prince Edward Island indianische Dachorganisationen entstanden, die die Interessen der Ersten Nationen vertreten. Eine zentrale Rolle in den Tätigkeiten spielen weiterhin die Landforderun-

gen: Es geht um den juristischen Besitzanspruch auf das von Indianern besiedelte Land (rechtlich sind die Reservate in Kanada den Indianern nur zur Nutzung überlassen), und es geht um örtliche Selbstverwaltung. Bisher hat nur eine Gruppe in ganz Kanada dieses doppelte Ziel erreicht: Die Sechelt, eine Gruppe von 650 Personen, die auf einem Reservat von zehn Quadratmeilen etwa fünfzig Kilometer nördlich von Vancouver leben, haben vor wenigen Wochen einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet.

Zwar haben die Organisationen der Indianer die Möglichkeit des gerichtlichen Vorgehens, aber die Mühlen dieser Justiz mahlen besonders langsam. Ein Wissenschaftler hat ausgerechnet, daß es beim gegenwärtigen Tempo mehr als 100 Jahre dauern würde, bis über alle bereits aktenkundigen indianischen Landansprüche gerichtlich entschieden ist. Das ist ein Hohn angesichts der verzweiferten Lage in

den Reservaten, und es finden teilweise organisierte Kampfmaßnahmen statt wie die Straßenblockade durch mehr als 70 Haida auf der Insel Lyell vor der Küste von British Columbia. Über die einzuschlagende Strategie gibt es Debatten. Der Präsident der Dachorganisation Assembly of First Nations (Versammlung der Ersten Nationen) sagt: "Wir sind in den nördlichen Gebieten der meisten Provinzen die bestimmende Kraft. Wir werden dort politische Institutionen schaffen, in denen sich unsere Überzeugungen und unsere Ideen ausdrücken. In zwanzig Jahren wird es unmöglich sein, im nördlichen Kanada zu leben, ohne bis zu einem gewissen Grad in die Gesellschaft der Eingeborenen einbezogen zu werden. Im Lauf des nächsten Jahrhunderts werden wir Eingeborenen einiges zur Entwicklung beizutragen haben. Wir sind jetzt am Zug."

Quellenhinweis: Maclean's, 14.7.1986 – (mfr)

## \* Veröffentlichungen \*

### Wunschliste der BDA für die Bundestagswahl

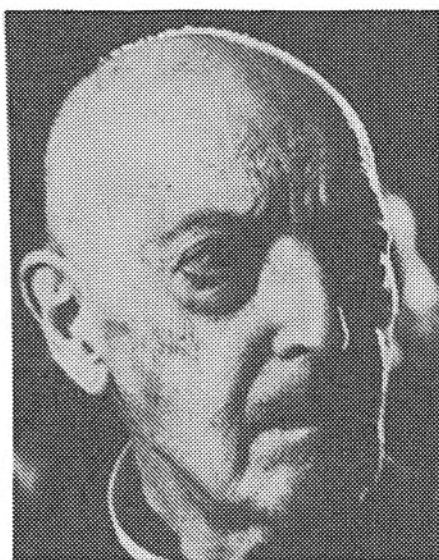
Mit den "Leitsätzen zur Sozial- und Gesellschaftspolitik" stellen die westdeutschen Kapitalisten, vertreten durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, ihr Programm für die nächsten Jahre auf. Der Untertitel lautet: "Schwerpunkte unternehmerischen Handelns und Forderungen an die Politik." Die ersten fünf Punkte stecken die Arena ab, in der die CDU/CSU sich bereitwillig weiter gegen die Arbeiterklasse schlagen würde. Gefordert werden weitere Entlastungen von "staatlichen Zwangsabgaben", weiterer Abbau fester Beschäftigungsverhältnisse, zügellose Entfaltung von Überstundenarbeit. Die Berufsausbildung soll für einen Teil der Jugendlichen so gestaltet werden, daß sie in Verbindung mit Fachkräften zu Spottlöhnen den Anforderungen eines Betriebes genügen, aber auch an diesen gebunden sind. Die Ausdehnung von Arbeitszeiten und Betriebszeit soll noch weiter gespreizt werden. Die Entfaltung neuer Techniken soll nicht durch Rücksicht auf erweiterte betriebliche Mitbestimmung gestört werden. Mit dem "Einstiegstarif für neue Beschäftigungsverhältnisse" soll im Tarifwesen die Möglichkeit verankert werden, schlechtere und noch mehr verschiedene Löhne isoliert in einem Betrieb auszuhandeln. In den letzten beiden Punkten teilen die Kapitalisten der SPD mit, über was sie, wenn es denn nötig würde, sich mit ihnen zu verständigen hätte. Es geht um Beseitigung der "ungünstigen Bevölkerungsstruktur", die durch zu viele alte Leute verursacht wird. Verbundmaßnahmen zur Einschränkung der Leistungen der Krankenkassen, besonders bei Pflegebedürftigkeit, und zur Niederhaltung der Rentenansprüche verlangen sie. Lohnleitlinien sollen wieder her. (Leitsätze zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. BDA, Köln, Juni/Juli 1986 – anl)

### v. Nell-Breuning betrachtet Kapitalismus

Der Herder-Verlag hat jetzt in einer durchgesehenen Neuausgabe das Taschenbuch "Kapitalismus kritisch betrachtet" herausgegeben. Verfasser ist der "Nestor der katholischen Soziallehre" (so die Verlagswerbung) von Nell-Breuning. Dieser ist Mitglied des Jesuitenordens. Seine lebenslange Aufgabe (geboren 1890) bestand und besteht darin, die katholische Soziallehre als einzig wahre Richtlinie für die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaftsorganisationen anzupreisen und den wissenschaftlichen Sozialis-

mus als Unwahrheit abzutun.

In diesem Band beginnt v. Nell-Breuning damit zu beschreiben, in welcher vielfältigen Zusammenhängen das Wort "Kapital" landläufig gebraucht wird. Das dient ihm als Material für die Behauptung, daß historisch-materialistische Erkenntnisse über die Bedingungen und über die gesetzmäßige Entwicklung der gegenwärtig in der Bundesrepublik herrschenden Gesellschaftsformation von vornherein fehlgingen: "Was wir als geschichtlichen Befund unserer Gesellschaft und Wirtschaft, die wir als 'kapitalistisch' bezeichnen, erleben, geht ähnlich wie der gesundheitliche Befund jedes einzelnen von uns nie-



Oswald von Nell-Breuning

mals auf eine einzige bestimmende Ursache zurück, sondern auf das jeweilige Zusammentreffen einer Vielzahl von Ursachen und Umständen". Nichts Eindeutiges kann der Mensch also wissen. Damit der Leser nicht auf den Gedanken kommt, die Analyse von Marx selber nachzulesen, wehrt v. Nell-Breuning ab: "Sicher ist, daß Marx selbst unter 'Wert' und demzufolge auch unter 'Mehrwert' weder die Brauchbarkeit (Gebrauchswert) noch den erzielbaren oder erzielten Erlös oder Preis (Tauschwert), sondern ein Drittes versteht; was man sich dann allerdings darunter vorstellen soll ... bleibt bei Marx dunkel." Entgegen solcher Verdrehung stellt Marx klar: "Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist. Wie nun die Größe seines Werts messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen 'wertbildenden Substanz', der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst mißt sich an ihrer Zeitdauer."

V. Nell-Breuning schreibt in ähnli-

cher Weise weiter, bis er zum Schluß den Investivlohn als alles entscheidende Lösung vorschlägt, da Kapitalismus wesentlich auf ungleicher Vermögensverteilung beruhe.

(O. von Nell-Breuning, Kapitalismus kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere "System". Herder-Verlag, Freiburg 1986, 19,80 DM – gba)

### VVN-BdA zu Neofaschismus

Kurt Faller ist im Präsidium der VVN-BdA und Heinz Siebold Redakteur der Deutschen Volkszeitung/die tat. Sie haben mit 30 Autoren sich zum Neofaschismus unter der Frage dulden, verbieten, ignorieren und bekämpfen geäußert.

Unter dem Stichwort "Neofaschismus heute" findet man Übersichten über Organisationen der Nazis. So über die NPD, FAP, Wiking-Jugend, DVU, HIAG, Neue Rechte und Nationalrevolutionäre. Durch die Dokumentation von Teilen aus deren Programmatik sind Wurzeln deutlich. Verschiedene Verbindungen zu anderen Organisationen, wie Republikaner, CDU/CSU werden dargelegt. Es fehlen die Republikaner und Konservative Aktion in ihrer Bedeutung.

Bei der Frage der Bekämpfung des Neofaschismus wird begonnen mit dem Hinweis auf dem Art. 139 GG, der das Fortbestehen der Befreiungsvorschriften regelt. Siebold fährt fort mit weiteren Bestandteilen des GG. Art. 1, 2 und 3, weil "Rotfront verrecke" und "Ausländerstopp" der Menschenwürde, Freiheit, Unversehrtheit und Gleichheit widerspricht. Die angestrebte Volksgemeinschaft widerspricht Art 20 und 21 GG, wo eine demokratische pluralistische Gesellschaft festgeschrieben sei.

Neben dieser Seite meint der Autor: "Der Versuch das 'Deutsche Reich' in seiner früheren Ausdehnung wiederherzustellen, ist nur unter Bruch völkerrechtlicher Verträge (z.B. Schlußakte Helsinki, Grundlagenvertrag mit der DDR, Gewaltverzichtvertrag mit Polen) denkbar, d.h. mit Gewalt im zwischenstaatlichen Bereich. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen das 'Friedensgebot' von Artikel 28 des Grundgesetzes." Als gäbe es nicht die Präambel.

Solche Ansichten sind bündnispolitischen Überlegungen geschuldet. Es wird der "Antifaschistische Konsens" von 1945 dokumentiert. Trotz dieser Ansichten ist es möglich, sich Kenntnisse über die Szene zu verschaffen und eine Front gegen den Neofaschismus zu betreiben.

(Kurt Faller/Heinz Siebold – Neofaschismus, Dulden? Verbieten? Ignorieren? Bekämpfen? – Röderberg-Verlag. – uwb)

### **Volkzählungstest Stuttgart: Nur 21% der Bögen brauchbar**

**Stuttgart.** Wird die Volkzählung ein "gigantischer Kraftakt", soll so viel Geld und Personal hineingepumpt werden bei sowenig Ergebnis? Diese Frage stellt die Presse, nachdem der Prüfungsbericht des Volkzählungsprobelaufs vorgelegt wurde, der im April mit 386 Haushalten, 197 Arbeitsstätten und drei Altenheimen in Stuttgart durchexerziert wurde. Die Verweigerungsquote lag je nach Gebiet bei zehn bis 58 Prozent, 25% der Haushalte wurden 2-3mal nicht angefragt, viele knickten die Umschläge, benutzten nicht den vorgeschriebenen Bleistift, Ausländer bestanden auf Übersetzung ... Der Leiter des Stat. Landesamtes erklärt die magere Auslese aus der Freiwilligkeit des Testlaufs. Er hätte auch sagen können: Die Volkzählung ist nur mit Zwangsmaßnahmen durchsetzbar. Über die wird nach dem Bericht neu nachgedacht. Und zwar gegenüber der Bevölkerung (Bußgeldandrohung), gegenüber den ehrenamtlichen Helfern, die zu schlampig seien und dem städtischen Personal, das sicher nicht freiwillig bisherige Dienstleistungen während der Zeit der Volkzählung im Mai 1987 einstellen will. — (baf)

### **Antifa-Plenum mobilisiert gegen DVU-Treffen**

**München.** In München mobilisiert das "Antifa-Plenum" zu den Aktionen gegen die DVU-Großveranstaltung am 9.8.86 in Passau. In einer Stellungnahme schreibt das "Antifa-Plenum":

"Seit Anfang des Jahres gibt es die Antifa-Aktion in München. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind direkte Aktionen gegen neofaschistische Aktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über die faschistische Szene, Geschichte und Hintergründe. Außerdem wollen wir versuchen, in München und Bayern ein breites antifaschistisches Bündnis zusammenzubringen, um den Handlungsspielraum der Neonazis entscheidend einzuschränken.

Konkrete Erfolge haben wir bereits mit dem Antifaschistischen Plenum in München, an dem verschiedene antifaschistische Kräfte und Gruppierungen bereits teilnehmen.

In Passau werden wir dieses Jahr wohl noch zu wenige sein, um das Treffen effektiv verhindern zu können, wir rufen aber trotzdem auf, eine möglichst machtvolle Demo gemeinsam zustande zu bringen.

Unser Ziel in den nächsten Jahren ist es, solche Treffen wie das der DVU in Passau zu verhindern. Die Aktionen gegen das Treffen der Waffen-SS-Traditionsverbände in Nesselwang im vergangenen Jahr waren ein erster Schritt in diese Richtung. Dazu dürfte aber einiges an organisatorischer und inhaltlicher Arbeit in den nächsten Jahren nötig sein ... — (ror)



**Freiburg.** 500 Menschen beteiligten sich am 30.7. an einer Demonstration gegen die Ermordung von Berndt Koberstein, dem Freiburger Aufbauhelfer, der zusammen mit zwei Nicaraguanern, einem Schweizer und einem Franzosen von Contras in Nicaragua umgebracht wurde. Am 2.8. demonstrierten erneut über 2000. Der Zynismus der Bundesregierung und die Schreibtischtäter von "Welt" etc. wurden angegriffen. Zahlreiche Organisationen hatten aufgerufen. — (beh)

### **G. Härdle als Pflicht- verteidiger ausgeschlossen**

Der Rechtsanwalt Gerhard Härdle ist in einem Prozeß wegen schweren Raubes durch einen Beschluß der 2. Strafkammer des Landgerichts Heidelberg vom 3.7.86 als Pflichtverteidiger eines Angeklagten abgelehnt worden. Begründung: Die hanebüchene Verurteilung von Härdle durch dieselbe Strafkammer zu einem Jahr und zehn Monaten wegen angeblichen Landfriedensbruchs bei einem Polizeieinsatz gegen einen KBW-Stand 1976 und u.a. angeblicher Falschaussage als Zeuge in einem politischen Prozeß 1977/78. "Angesichts seines damaligen schwerwiegenden strafbaren Verhaltens bei Situationen, in denen er eigenen Interessen seinen Pflichten als Organ der Rechtspflege Vorrang gab, können in derartigen Konfliktsituation, denen sich ein Verteidiger nicht selten ausgesetzt sieht, erneut Verstöße ... nicht ausgeschlossen werden." Die baden-württembergischen Strafverteidiger e.V. haben die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe zu Schritten aufgefordert. — (mis)

### **BGS als Eingreiftruppe gegen Asylsuchende**

Der innenpolitische Sprecher der Grünen in Niedersachsen, Kempmann, greift den Bundesgrenzschutz wegen seiner Abschiebep Praxis an. 400 Libanesen, so Kempmann, wurden nicht der zuständigen Ausländerbehörde überstellt, sondern abgeschoben. Durch bewußt falsch übersetzte Protokolle tauchten ihre Asylanträge nicht auf. Laut Kempmann handelt der BGS als Bundesbehörde entgegen den Regelungen des niedersächsischen Innenministeriums, das eine Abschiebung in Spannungsgebiete wie den Litanon nach wie vor ablehne. Der Leiter des Grenzschutzamtes Braunschweig, Nehring, bestätigte zwar

vermehrte Abschiebungen, bestritt aber eine verschärfte Praxis, die "naturgemäße" Schlußfolgerung ergäbe sich aus der "Asylantenschwemme". Und was der BGS mit illegal einreisenden Ausländern mache, sei Bundessache. Abschreckung der Asylsuchenden, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, ist Ziel des BGS. — (bee)

### **Antifaschismus dient nicht den Betriebszwecken**

**Pinneberg.** Eine lumpige Abfindung von 5500 DM muß der Kapitalist der Ellerbeker Druckerei Nordoffset dem Drucker Schlichting für den Verlust des Arbeitsplatzes zahlen. Schlichting hatte sich im November '81 geweigert, Werbeprospekte für faschistische Bücher zu drucken. Nachdem '85 das Bundesarbeitsgericht zuletzt die Werbeprospekte als kriegsverherrlichend einstufte und Schlichting nur aufgrund seiner Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gewisse Entschuldigungsgründe zubilligte, hat das Landesarbeitsgericht nun entschieden, daß eine "den Betriebszwecken dienende weitere Zusammenarbeit" nicht zu erwarten sei. Der Kapitalist sah sich durch die ausführliche Medienberichterstattung über den "Fall Schlichting" im In- und Ausland "psychisch unter Druck" gesetzt. Insbesondere lamentierte er darüber, daß nach westdeutschen Zeitungen auch die "Leipziger Volkszeitung" über die Auseinandersetzung berichtet hatte und er keine Möglichkeit zur Gegenüberstellung gehabt hätte. Das LAG unterstützte diese Verlogenheiten und behauptete weiter, Schlichting sei als VVN/BdA- Ortsgruppenvorsitzender verantwortlich für Stellungnahmen der VVN, welche die Firma als jemanden bezeichneten, "die bis heute nichts aus der Geschichte gelernt hat", und von ihm verlangt habe, Schriften zu drucken, die "geistiges Rüstzeug der Neonazis" sind. — (arr)

## Frauenbündnis Bayern:

## Ein Spektrum von gewerkschaftlichen bis christlichen Positionen

**München.** Am 19. Juli führte das Frauenbündnis Bayern auf dem Münchener Marienplatz eine Frauenvollversammlung unter freiem Himmel durch. Neben einem kulturellen Teil waren die Kandidatinnen zum Bundestag, Landtag und den Bezirkstagen eingeladen, zwecks öffentlicher Befragung zu den Forderungen des Frauenbündnisses. Auf dem Podium waren Vertreterinnen der SPD, der GRÜNEN und der Friedensliste. Die CSU hatte abgesagt.

Zum Frauenbündnis selbst: Mitte vergangenen Jahres haben sich Frauen aus insgesamt 20 Organisationen zusammen gefunden. Zum Internationalen Frauentag haben die Frauen ihre Plattform der Öffentlichkeit vorgestellt.

In der Plattform ist der Versuch un-

terschiedlichen Bereichen bis zum Ende des Jahrtausends ... Wir verknüpfen Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung und des Frauenkampfes der Arbeiterbewegung mit unseren eigenen Zielen."

Mit der Analyse, die Ursache der Frauendiskriminierung liege beim "Machtmonopols der Männer in Wirtschaft und Politik", liegt das Frauenbündnis daneben. Frau Breuel oder Frau Süßmuth stehen ihren männlichen Parteigängern in nichts nach.

In der Plattform werden Forderungen aufgestellt zu: Bildung und Ausbildung, Arbeitssituation, ausländische Frauen, Gewalt gegen Frauen, Frauen und Kinder, Alterssicherung, Frieden und Abrüstung, Frauenrecht ist Menschenrecht.

Zu allen Sachpunkten werden kon-

erfolgt keine ausdrückliche Ablehnung z.B. der Stiftung "Mutter und Kind", sondern es wird festgestellt, daß diese für tatsächliche Hilfe für Frauen "wenig aussichtsreich" ist.

Fortschrittliche Forderungen, die auch die Situation der schlechtbezahlten lohnabhängigen Frauen berücksichtigen, finden sich unter dem Stichwort Arbeitssituation. Es werden die Verhältnisse angegriffen, die viele Frauen in ungeschützte Arbeitsverhältnisse treibt, die ihren familiären Bedürfnissen scheinbar entgegen kommen, ihnen aber keine eigenständige Lebenssicherung ermöglichen. Es werden Forderungen erhoben u.a. nach Arbeitszeitverkürzung, gegen Individualisierung und Flexibilisierung, Verbot der Leiharbeit, neue Bemessungsgrundlagen bei der Feststellung gleichwertiger Tätigkeiten, um Lohngerechtigkeit für Männer und Frauen zu gewährleisten, Quotierung, Frauenförderpläne.

Erfreulich ist der Punkt, der sich mit der Situation ausländischer Frauen befaßt. Es wird festgestellt, daß deren Lage in der Gesellschaft ein Gradmesser für die Realisierung der Gleichstellung aller Frauen ist: In diesem Bereich erhobene Forderungen: "Eine eigenständige (d.h. vom Mann unabhängige) Arbeitserlaubnis und eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis für alle ausländischen Ehefrauen; gesetzliches Verbot jeglicher ausländerfeindlichen Propaganda." - (clc)



ternommen worden, ein breites Spektrum der Frauenbewegung unter einen Hut zu bekommen. Es stehen häufig sich widersprechende Einschätzungen nebeneinander.

"Die von der heutigen Bundesregierung bei ihrem Antritt im Oktober 1982 versprochene 'Wende' ist eingetreten: Die drastische Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmerfamilien ... Wir Frauen sind bis heute von Ausbeutung und Sozialabbau, Unterdrückung und Gewalt, Geringschätzung und Diskriminierung besonders betroffen ... Wir wehren uns gegen jegliche Spaltungsabsicht ... Das Machtmonopol der Männer in Wirtschaft und Politik ... muß zum Wohle aller durchbrochen werden ... Wir fordern deshalb die paritätische Teilung der Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und allen anderen ge-

krete Forderungen aufgestellt. Ein Problem ist allerdings, daß diese sich nicht beziehen auf Regierungstätigkeiten. Unter dem Stichpunkt "Frauen und Kinder" wird sich zum § 218 geäußert. An diesem Punkt wurden drastische Zugeständnisse an kirchliche Kreise gemacht. Haben verschiedene Einzelgewerkschaften auf ihren letzten Konferenzen die Abschaffung des § 218 gefordert, so fordert das Frauenbündnis Bayern neben Beratung, Aufklärung und kostenloser Verhütungsmittel, die "Möglichkeit, eine Schwangerschaft innerhalb eines bestimmten Zeitraums abbrechen; Straffreiheit für die Frau bei Schwangerschaftsabbruch". Es wird keine Forderung erhoben gegen die Angriffe auf noch geltende Errungenschaften wie die Finanzierung der Abtreibung auf Krankenschein. Ebenfalls

## Friedensliste München

## Veranstaltung gegen Mrd.-Coup von Strauß und MBB

**München.** Auf Initiative von Persönlichkeiten wie dem Schriftsteller Franz Xaver Kroetz, der Filmschauspielerin Senta Berger und ihrem Bühnenkollegen Sepp Bierbichler kam es im Herbst 1985 zu Gesprächen zwischen Grünen und Friedensliste über ein gemeinsames Eingreifen in die bayerischen Landtagswahlen. Ergebnis dieser Gespräche war, daß Mitglieder der Friedensliste auf offenen Listen der Grünen kandidieren können. In Oberbayern sind dies die Fachhochschulprofessorin Eleonore Romberg und der Siemens-Betriebsrat Peter Forster, in Mittelfranken der Schriftsetzer Hans-Günther Schramm, in der Oberpfalz die Hausfrau Claudia Rettig und in Oberfranken der Journalist Hugo Molter. Wie charakterisiert die Friedensliste die Situation in Bayern:

"Bayern braucht eine neue Politik. Denn im Freistaat werden die landespolitischen Weichen seit Jahren falsch gestellt.

Die Politik der herrschenden CSU steht für die Durchsetzung der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf gegen den Willen der Be-



völkerung sowie für die Konzentration der Rüstungsproduktion und Militäranlagen in Bayern. Ministerpräsident F.J. Strauß fordert die aktive Mitwirkung an SDI, die bayerischen Rüstungskonzerne wollen sich an der Weltraum-Militarisierung beteiligen und bereichern.

Franz Josef Strauß und seine CSU unterdrücken jeden demokratischen Willen der bayerischen Bevölkerung und betreiben massiven Sozialabbau. Bei der Zerschlagung des Streikrechts stehen diese Kräfte in vorderster Front. Unter der CSU-Regierung hat sich die neue Armut in Bayern breit gemacht, es wurden ganze Regionen in Niederbayern, der Oberpfalz und in Oberfranken zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet."

Zu ihrem Spezialgebiet "Frieden – Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles andere nichts" fand in München auch die erste Veranstaltung mit dem Sprecher der Friedensliste Karl-Heinz Hansen statt mit dem Schwerpunkt Rüstungskonzern MBB und die neusten militärischen Airbus-Planungen. Überraschend wurde an diesem Abend die Vasallentheorie – BRD ein Vasall der USA – kaum referiert, sondern auf ein neuerdings immer stärker sichtbares Weltmachtstreben der BRD im Verbund der europäischen imperialistischen Staaten aufmerksam gemacht. Für die Friedensliste eine erfreuliche Entdeckung. – (dil)

#### NPD-Bundesparteitag

##### **Tatsächliche Front muß noch aufgebaut werden**

**Mannheim.** Bereits im Frühjahr wurde bekannt, daß die NPD ihren diesjährigen Bundesparteitag im Herbst in Mannheim durchführen will. Auf Initiative des DGB fand Anfang Juni ein Treffen statt, an dem sich Vertreter vieler antifaschistischer Gruppen, Parteien und Verbände beteiligten, um Schritte gegen diesen geplanten Parteitag zu besprechen und einzuleiten. In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung wurde der Mannheimer Gemeinderat aufgefordert, der NPD, benannt als "Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP", keine Räume zur Verfügung zu stellen. Die Erklärung ruft weiterhin zu "Aktionen und Demonstrationen gegen die Durchführung von Parteitag dieser Neo-Nazi-Organisationen" auf.

Im Gemeinderat wurde ein ähnlich lautender Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion in Absprache mit der CDU eingebracht. In diesem Antrag fehlt allerdings der Aufruf an die Mannheimer Bevölkerung, sich an Aktionen etc. zu beteiligen. Außerdem soll der Oberbürgermeister für "Ruhe

und Ordnung" sorgen, also auch Aktionen von Antifaschisten gegen die NPD unterdrücken. In dieser Form wurde der Antrag im Gemeinderat einstimmig (mit den Stimmen der DKP und der Grünen) verabschiedet, und die SPD läßt rechten Kräften bis zur CDU mit dieser Politik der "Einheit der Demokraten" einen großen Spielraum. Gleichzeitig unternahm der DGB nach dem Treffen im Juni nichts, um weiter gegen die NPD und den Parteitag zu mobilisieren; die auf dem Treffen verabschiedete Erklärung wurde, bis auf eine verstümmelte Pressemeldung, nirgendwo öffentlich bekannt gemacht, das nächste Treffen soll erst im September stattfinden.

Aus diesem Grund, aber auch weil sich für die verschiedenen linken und antifaschistischen Gruppierungen der politische Anspruch ergibt, die Rolle des Faschismus und seine Verbindungen zu Kapitalismus und Imperialismus herauszuarbeiten, fanden jetzt mehrere Treffen dieser Kräfte statt. Gemeinsam erarbeiteten sie bis jetzt ein Flugblatt. Ein Hauptproblem derzeit ist es wohl, daß die meisten politischen und gewerkschaftlichen Kräfte, einschließlich DKP und VVN, die durch das DGB-Treffen erfaßt wurden, auf die bereits genannte "Einheit der Demokraten", also auf den Gemeinderat sowie auf den DGB, vertrauen. Und auch darauf hoffen, daß der Parteitag hier vielleicht gar nicht stattfindet, da nach inoffiziellen Angaben die Tagungsräume im entsprechenden Zeitraum ausgebucht sein sollen.

Allerdings steht der Landesparteitag '87 der NPD an, der ebenfalls in Mannheim geplant ist. Außerdem ist einer Pressemeldung zu entnehmen, daß im Raum Bergstraße für Januar eine Großveranstaltung der NPD im Rahmen der Bundestagswahlen stattfinden soll. Die verschiedenen Kräfte, die gegen die NPD sind, werden also nicht umhin kommen, tatsächlich eine antifaschistische Front in Mannheim aufzubauen, unabhängig davon, ob der Bundesparteitag hier stattfindet oder nicht. – (kab)

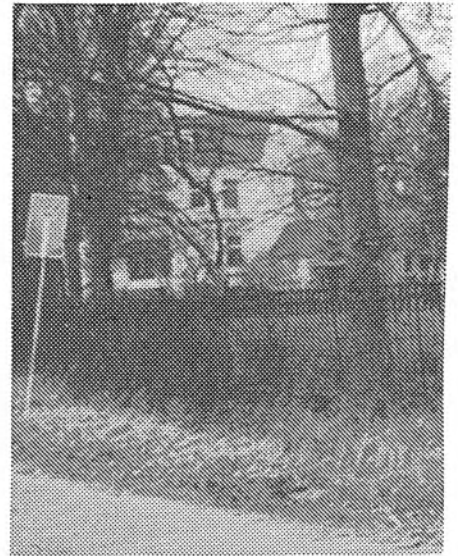
#### Asylpolitik

##### **Sozialministerium zahlt nur noch für Sammellager**

**Kiel/Pinneberg.** Nachdem am 23. 4. dieses Jahres von SPD und Grünen im Pinneberger Kreistag der Beschluß gefaßt wurde, die Unterbringung von Asylsuchenden im Kreis in Sammelager "prinzipiell" und in dem vom Landrat angemieteten ehemaligen Jugendheim in Voßloch "im besonderen" abzulehnen, hatte dieser einen Rechtsstreit angekündigt. Während sich die SPD nach einem anfänglichen "Wir gehen bis zur letzten Instanz" nun mit

dem Landrat über eine "vorübergehende" Unterbringung in das bereitstehende Sammellager verständigen will, meldete sich das Kieler Sozialministerium am 20.6. mit einem Rundumschlag gegen den an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein entwickelten Widerstand zu den Maßnahmen des Asylverfahrensgesetzes.

In diesem Erlaß werden die Kreise und die kreisfreien Städte gezwungen, die Asylbewerber "grundsätzlich" in Sammelager zu internieren. Wird die Einrichtung von Sammelagern abgelehnt, "werden die für die dezentrale Unterbringung entstehenden Kosten



nicht erstattet". Die Landesreaktion setzt hierfür eine Halbjahresfrist. Nachdrücklich wird noch einmal darauf hingewiesen, daß keine Kosten mehr übernommen werden, falls die "Versorgung der Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften vom Sachleistungsprinzip abweicht" und Arbeitsfähige keine Zwangsarbeit leisten. Durch ein weiteres Schreiben des Kieler Sozialministeriums an die Pinneberger Kreisverwaltung wird dem Landrat für seinen Rechtsstreit Flankenschutz gewährt. Darin verkündet das Ministerium, rückwirkend ab 1. April für 60 Asylbewerber keine Sozialhilfe zu erstatten – weil das seit diesem Zeitpunkt bezugsfertige Lager in Voßloch (s. Bild) aufgrund des oben genannten Beschlusses nicht genutzt werde.

Die Wirkung Gräfin Brokdorff's Sparschweinpolitik blieb nicht aus. Insbesondere Faschisten klinkten sich in Leserbriefen bei der Kostenfrage ein, und die parlamentarische Opposition, allen voran die Landes-SPD, beruft sich penetrant auf den Wortlaut des Asylverfahrensgesetzes, mit dem der Erlaß nicht vereinbar ist. Nützen kann hier nur eine Argumentation, die sich gerade nicht auf bestehende Sondergesetze beruft, sondern diese als Ursache der ausländerfeindlichen und rassistischen Politik der Reaktion angreift. – (arr)

Siemens AG

## Bilanz der Arbeitszeitflexibilisierung Schon einiges durchgesetzt

**Karlsruhe.** Die Betriebsvereinbarungen, die die IG Metall mit der Werkleitung der Siemens AG im Gerätewerk Karlsruhe (GWK) bezüglich der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden abschloß, sahen vor: Weiterhin wird 40 Wochenstunden gearbeitet und der Ausgleich von 1,5 Stunden wöchentlich wird in Form von Betriebsschließungstagen und individuellem Freizeitausgleich in Abstimmung mit dem betrieblichen Arbeitsanfall genommen. Für 1986 hat der Betriebsrat mit der Werkleitung festgelegt, daß vier Tage als Betriebsschließungstage an sogenannten Fenstertagen genommen werden müssen und viereinhalb Tage zur "freien Verfügung" stehen.

die Leiterplattenfertigung, die die Siemens AG als die modernste der Welt deklariert, aus. Hier wurde der Samstag in die Betriebsnutzungszeit einbezogen, und hier wird der Dreischichtbetrieb in vollem Umfang durchgezogen.

An etwa 20 Standorten der Siemens AG wurde der Samstag in den "Betriebszeiträumen reintegriert" und den Kapitalisten damit "wesentlich größere Gestaltungsmöglichkeiten für die betriebliche Arbeitszeit" eröffnet. Teilweise wurde die Samstagsarbeit dabei an einen "entsprechenden Arbeitsanfall" gebunden. Die Mehrarbeitszuschläge hat die Siemens AG mit diesen Festlegungen kassiert.

Die Siemens AG propagiert im Zu-

durchschnittlich 37 Stunden zu erreichen, wurde vereinbart, daß jeder Mitarbeiter im Bedarfsfall innerhalb von 8 Wochen 3 weitere Tage bzw. Schichten in einer freien Woche einzuarbeiten hat.

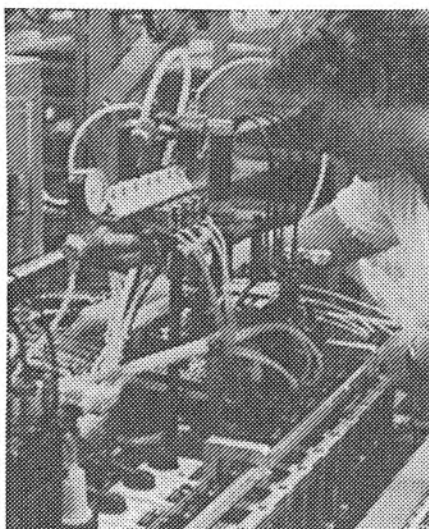
Die Steigerung der Betriebsmittelnutzungszeit von 120 Stunden auf jetzt 136 Stunden (13%) bewirkte, daß der Maschinenstundensatz an diesen Arbeitsplätzen um 8% gesenkt werden konnte, obwohl der tarifvertraglich erforderliche Lohnausgleich von 3,9% für die 37 Stunden beschäftigten Mitarbeiter dagegen gerechnet wurde. Durch die Ausweitung der Betriebsmittelnutzungszeit haben sich auch die Deckungsbeiträge und Ergebnisbeiträge der an diesen Maschinen gefertigten Produkte deutlich verbessert.

Mit dieser Arbeitszeitregelung bleibt lediglich die Zeit von Samstag 14 Uhr bis Sonntag 22 Uhr arbeitsfrei und die "volle Woche Freizeit" ist im "Bedarfsfall" auch dahin.

Etwa ein Viertel der Siemens-Beschäftigten arbeiten in Gleitzeit, ca. 50000 Lohnabhängige. Welche Richtung die Siemens AG in bezug auf Gleitzeitmodelle anstrebt, zeigt folgendes Beispiel aus einer Entwicklungsabteilung an CAD-Arbeitsplätzen: Bisher betrug die Betriebsnutzungszeit acht Stunden, jetzt wird sie mit Hilfe einer "stark erweiterten Gleitzeitspanne" von bisher 8 bis 17 Uhr auf 6 bis 22 Uhr ausgedehnt. Die tägliche Mindestarbeitszeit beträgt 6,5 Stunden, statt bisher einem sind nun zwei "Mitarbeiter an einem CAD-Arbeitsplatz" und "beide stimmen sich gegenseitig und mit dem Vorgesetzten über ihre individuelle tägliche Arbeitszeit ab". Die Kapitalisten haben auf diese Weise den Einstieg in den Zweischichtbetrieb erreicht.

Eine weitere Regelung, die die Siemens AG durchsetzen will, ist die ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit, die Variierung. Was dort bereits durchgesetzt wurde, zeigt ein Beispiel aus der Lohnbuchhaltung: Die Arbeitsbelastung, der Arbeitsanfall in diesem Bereich hat einen sehr unregelmäßigen Verlauf, der in "Lastspitzen" zu Überstunden führte, während die Beschäftigten nach Auffassung der Siemens AG in "Lasttälern" nicht ausgelastet waren. "Durch die variable Gestaltung der Arbeitszeit der fünf in dieser Abteilung tätigen Mitarbeiter konnten die Überstunden vermieden werden. Je nach Profil des Aufgabenfalls arbeiten die Mitarbeiter nun in einem lange im voraus festgelegten Arbeitszeitplan zwischen 24 und 45 Stunde pro Woche."

Quellenhinweise: Siemens-Mitteilungen, versch. Ausgaben; Dr. W. Schusser, Direktor Zentr. Bereich Personal Siemens AG Vortrag auf der Analytik 85; Dynamo, Betriebszeitung der DKP für die Beschäftigten im GWK Karlsruhe, verschied. Ausgaben — (map)



Anliegen der Siemens AG: "Erhöhung der Zeitsouveränität der Mitarbeiter", z.B. Teilzeit für Frauen mit 26, 28, 32 oder 35 Wochenstunden, entsprechend den "persönlichen und familiären" Interessen, zu niedrigsten Löhnen bei höchster Arbeitsintensität.

Eine Übersicht über die 109 Standorte der Siemens AG in der BRD und Westberlin zeigt, daß an den meisten Standorten Regelungen über die 38,5-Stunden-Woche getroffen wurden, die den Kapitalisten eine weitere Entkopplung von Betriebsnutzungszeit und Arbeitszeit ermöglicht haben. Von den Beschäftigten sind solche Vereinbarungen überwiegend begrüßt worden, die zusammenhängende Freizeiten wie z.B. das verlängerte Wochenende beinhalten, als Maßnahme gegen die hohe Arbeitsintensität. In einigen Werken haben die Siemens-Kapitalisten erreichen können, daß der zu gewährende Freizeitausgleich voll und ganz von den "betrieblichen Erfordernissen" bestimmt wird und durch die Betriebsleitung festgelegt wird.

Die im GWK abgeschlossene Regelung gilt allerdings auch nicht für das ganze Werk, sondern klammert z.B.

sammenhang mit der "Reintegration des Samstags in die Betriebsnutzungszeit" folgendes Arbeitszeitmodell:

"In einem Modell unseres Hauses wurde mit einem Dreischicht-Modell, in dem 4 Mitarbeitergruppen auf der Basis einer vertraglichen Wochenarbeitszeit von 37 Stunden tätig sind, ein ganz neuer Weg beschritten. In diesem Modell haben die Mitarbeiter nach jeweils dreiwöchiger Tätigkeit in Frühschicht, Spätschicht und Nachtschicht eine volle Woche Freizeit. In der Frühschicht arbeiten sie 6 Tage (Montag bis Samstag), in der Spätschicht 5 Tage (Montag bis Freitag) und in der Nachtschicht ebenfalls 6 Tage (Sonntagabend bis Samstagmorgen). Dadurch ergibt sich im Zeitraum von 4 Wochen eine durchschnittliche Arbeitszeit von 34 Stunden pro Mitarbeiter. Um die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von

## Deutschlandlied

### Das ganze Lied, das ganze Programm, das ganze Reich? Nein!

**Stuttgart.** Die Bildzeitungs-"Umfrage zur Nationalhymne" ergibt: "Deutsche wollen das ganze Lied", Tenor der veröffentlichten Meinung: "Ich bin stolz..." Angefangen hat es damit, daß die baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Solinger sich empörte, daß eine Stuttgarter Lehrerin ihre Viertklässler alle drei Strophen des Deutschlandlieds singen ließ. Daraus hat die Reaktion eine Kampagne entwickelt, die darauf zielt, zunächst das Deutschlandlied als ganzes zu rehabilitieren. Ist erst beschönigt, warum dies der Ächtung anheimfiel, könnte man fortschreiten zur Beschreibung des Faschismus als zwar tragischen aber doch heroischen Bestandteil deutscher Geschichte. Kultusminister Mayer-Vorfelder hat das Deutschlandlied bereits mit der Marseillaise verglichen. Wann wird Adolf Hitler mit Napoleon verglichen und zum "großen Deutschen" erklärt?

Frau Solinger schrieb an Mayer-Vorfelder: Höhere Schulklassen könnten ja alle Strophen der Hymne behandeln, aber das Singen der beiden ersten Strophen "werde von vielen Bürgern als Provokation und Ausdruck nationalistischer Tendenzen empfunden". Im Landtag brachte die CDU die SPD schnell in die Defensive. Die SPD: Der Begriff der Nation sei "heute hoffentlich überholt, nachdem er zu so furchtbaren Katastrophen geführt hat"; das Deutschlandlied sei ein "belasteter Text". Die CDU hielt ihr nun vor: Ebert, der das Deutschlandlied zur Nationalhymne erhob – "Es soll nicht dienen nationalistischer Überhebung; aber so, wie einst der Dichter, so lieben wir 'Deutschland über alles'"; Brandt 1971 in Erfurt, er gehe von der "fortdauernden Wirklichkeit der deutschen Nation" aus; Vogel 1984 in der Bundestagsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation: nationales Bewußtsein könne nicht durch europäisches ersetzt werden. Die CDU: Das Deutschlandlied sei ein "republikanisch-demokratisches Lied", die Landesregierung wolle die Schüler "zu einem normalen Verhältnis zu ihrer Nation" führen, sie sei gegen die gänzliche Ablehnung nationaler Symbole. Jetzt wehrt sich die SPD schon gegen den CDU-Vorwurf, "vom Liede der Deutschen nicht so sehr viel wissen" zu wollen. Grüne-Abgeordnete lösen zwar einen Tumult als, als sie das Deutschlandlied ein "nationalistisches Sauflied" nennen, aber daß die ersten beiden Strophen nach 1945 geächtet waren und ihr Absingen durch Alliiertendekret unter Strafe gestellt, ist aus der Diskussion raus. Die Brauchbarkeit des Textes für die Nationalsozialisten wird in der Diskus-



Flugschrift, verteilt von VfB-Fans am 3.5. im Zug zum Endspiel VfB Stuttgart – Bayern München in Westberlin

sion zum Mißbrauch durch sie.

Die regionalen Zeitungen stützen die Reaktion durch Interviews "bedeutender Publizisten". Theodor Eschenburg: "Es ist ein Lied der Sehnsucht nach einem verbundenen Vaterland..." Golo Mann: "Denn das Gedere, daß alle Menschen stolz darauf sein dürfen, zu ihrem Volk zu gehören, nur die Deutschen dürften das nicht, ist natürlich falsch."

Mayer-Vorfelder sagt: Daß viele Schüler die dritte Strophe vom Sport her kennen, sei ein guter Einstieg in die Behandlung des Deutschlandlieds. Als Präsident des VfB Stuttgart weiß er, daß die ersten beiden Strophen dort auch gegröhlt werden – von den Faschisten. – (ulk)

## NRW

### Noch vor Bayern: Entwurf für Landeshochschulgesetz

**Düsseldorf.** Die Landesregierung zeigt sich eifrig. Als drittes Bundesland hat NRW einen Gesetzentwurf für ein neues Landeshochschulgesetz vorgelegt, das das neue Hochschulrahmengesetz in Landesrecht umsetzen soll. Das HRG war mit den Stimmen der Bonner Koalition gegen die der SPD und Grünen letztes Jahr verabschiedet worden.

Im Vorwort beteuert die NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) zwar, es bleibe ihr erklärtes Ziel, die geänderten HRG-Bestimmungen zumindest in Bezug auf Einschränkungen der Gruppenuniversität rückgängig zu machen. Der Landesentwurf werde nur vorgelegt, um "Bundestreue" und die "Auswirkungen des neuen HRG" deutlich zu machen. Doch scheute sich Anke Brunn nicht, sogar Staatsaufsicht gegen die Unis Bonn und Köln zu verhängen, um in Vorbereitung des neuen Gesetzes erst einmal das alte durchzusetzen.

Die Unis Köln und Bonn hatten sich bisher geweigert, ihre absolute Pro-

fessoren herrschaft entsprechend dem HRG in eine mehrheitliche in der Gruppenuniversität zu verwandeln.

Eine genauere Betrachtung des Entwurfes zeigt aber schnell, daß der Widerstand der Ministerin gegen die HRG-Novelle allzugroß nicht sein kann. Bezogen auf die "Drittmittelforschung" rühmt sie sich sogar, daß die Änderungen des HRG bereits seit August 1984 in NRW gültig seien. Während das HRG nur allgemein die "Anzeige" von Drittmittelprojekten vorschreibt, hat das Wissenschaftsministerium in NRW dafür gesorgt, daß auch ja nur Professoren mit den Drittmitteln betraut sein sollen. Der Landesentwurf legt fest, daß diese "Anzeige" über den Dekan beim Rektorat zu erfolgen habe.

Auch bezogen auf die "universitäre Mitbestimmung" geht der Entwurf über die HRG-Vorschriften hinaus. So sind im Entwurf für den Konvent 21 Professoren, 10 Assistenten, 5 Studenten und 5 nichtwissenschaftliche Angestellte vorgesehen, während das HRG "nur" die absolute Professorenmehrheit vorschreibt. In NRW sollen noch zusätzlich die von den Professoren völlig abhängigen Assistenten auf Kosten von Studenten und Angestellten gestärkt werden. Der Konvent wählt den Rektor und beschließt über die Grundordnung und war bisher das einzige Organ, in dem die Professoren keine Mehrheit hatten.

Der einzige Lichtblick: Die "Eliteparagrafen" des neuen HRG sollen nicht Landesrecht werden. So soll es keine Elitestudiengänge parallel zu den Normalstudiengängen geben, wohl aber weiter besonders viel Aufbaustudiengänge. Nach dem HRG können besondere "Lehrveranstaltungen für besonders befähigte Studenten angeboten werden". Eine Hintertür bleibt aber offen: Da Studienordnungen nicht mehr genehmigungspflichtig sind, kann in NRW jede Uni auf eigene Faust "Steilkurse" einrichten. – (rub)





## Alkoholismus als Krankheit

### "Ich hab Alkohol eingesetzt, um leistungsfähig zu sein."

**Schleswig.** Alkohol wie auch andere Drogen werden von der herrschenden Klasse u.a. als Stimulationsmittel zur Ruhighaltung der unterdrückten Klassen eingesetzt. Für den Flensburger Spirituosenhersteller Dethleffsen war 1985 "hell und freundlich", 7 % Absatz-, 8 % Umsatzstei-

gerung gegenüber 1984. Etwa 40 % der Berufstätigen in der BRD trinken Alkohol am Arbeitsplatz; mind. 5 % sind alkoholkrank, 10 % alkoholgefährdet. Der Staat kassierte 1980 rd. 5,7 Mrd. DM, 1984 6,1 Mrd. DM Steuern auf Alkohol. Das Interview gibt einige Gesichtspunkte wieder.

**F:** Wann hast Du angefangen zu trinken, und warum?

**A:** Ich bin mit meiner Entwicklung nicht klargekommen, hatte Schwierigkeiten mit den Eltern und dem Erwachsenwerden. Man will nicht die alten Rollen übernehmen und weiß aber auch nicht, was für eine Rolle man so spielen kann und soll. Dazu der Druck der Gesellschaft: Schule gut beenden, dann fix in eine Lehre. Das ist grad keine Schonzeit, und dann noch erwachsen werden. Wenn man da den Alkohol einsetzt, um sich über diese Brücken zu helfen, das ist ganz schön gefährlich. Ich bin bewußter Alkoholiker gewesen. Von der ersten Flasche Bier hab' ich ein tolles Gefühl gehabt, da hab ich Alkohol bewußt auch eingesetzt. Ich schätze, ich habe ein Jahr gebraucht, um richtig abhängig zu sein. Ich hab praktisch vom 16. bis zum 28. Lebensjahr voll durchgesoffen, ohne einmal auszusetzen.

**F:** Was macht einen nassen Alkoholiker aus?

**A:** Ein nasser Alkoholiker ist nicht mehr in der Lage, sein Leben allein zu meistern. Der muß trinken. Er hat sich praktisch in eine Situation getrunken, aus der er nicht mehr rauskommt. Einmal ist da äußerer Druck, Familie, Umfeld, Arbeitsplatz, dann das Krankhafte, Angst und Sich-was-Vormachen, Widersprüche, die sich nachher überschlagen.

Am Arbeitsplatz, da kriegte ich das alles nicht mehr geregelt. Zuletzt fing ich um 6 Uhr an, um 9 war ich schon so dun, daß ich nach Hause mußte. Dun sein war bei mir ein ständiger Zustand, der absolut normal war. Der Arbeitgeber sagte zuletzt: Gestern, das war ja ein dicker Molli, hier mußst du mal unterschreiben, daß du nächste Woche zumindest nüchtern bleibst. Ich hab 7-8 Mal unterschrieben beim Chef. Er wußte, was abläuft bei mir. Als es nicht mehr tragbar war, hat er mich rausgeschmissen. Für sich hat er immer noch seinen Vorteil gesehen, wenn der noch so halbwegs auf dem Dampfer ist, dann bringt er mir noch Geld und fällt uns nicht zur Last. Ich hab' garantiert mit Alkohol meinen Streß überbrücken können. Im Betrieb und auch im Privaten. Zu Hause hab' ich damals noch viel in der Landwirtschaft geholfen, da hab' ich 3-4 Flaschen Bier getrunken, dann war ich wieder auf den Füßen. Ich hab' also Alkohol eingesetzt, um leistungsfähig

zu sein, und das hat sehr gut funktioniert. In der letzten Phase stürzt du ab. Du bist ja ständig unter Spannung, mußt ständig Kraft aufbringen, um dir selber was vorzumachen, um dich über die Runden zu bringen. Irgendwann ist diese Krankheit so schlimm, daß du diese Kraft nicht mehr aufbringst.

**F:** Wie können Angehörige, Freunde oder Kollegen helfen?

**A:** Helfen muß sich der nasse Alkoholiker selber. Am besten helfen kön-

nen die Angehörigen, wenn sie akzeptieren, daß das 'ne Krankheit ist, daß er nicht anders kann, aber dabei auch seine Schauspiellerei nicht länger mittragen. Also daß die Frau nicht mehr beim Chef anruft und sagt, mein Mann hat heute Migräne. Schon daß sie beim Chef anruft, aber sagt, der kann nicht hoch, weil er besoffen ist. Er selber ist für sein Leben verantwortlich. Die Selbsthilfegruppen, die haben ja immer eine Angehörigengruppe. Dort



"Die Alkoholkapitalisten sind darauf aus, Alkohol als Lebensmittel für breite Massen zu verkaufen. Für 'Mißbrauch' bist Du dann selbst verantwortlich."

sitzen auch betroffene Angehörige und vermitteln ganz gut.

**F:** Wie kommt man weg vom Alkohol? Schafft man's allein?

**A:** Daß Leute alleine trocken werden, sind die absoluten Ausnahmen. Ich hab einen Arbeitskollegen, totaler Alki, dessen Schwager hatte sich totgesoffen. Bei der Beerdigung, da hat er sich gesagt, mit mir geht das so nicht weiter. Von dem Tag an hat er nicht mehr getrunken. Nach einer Woche hat er gemerkt, daß er allein nicht klarkommt, Händeschwitzen, der Entzug. Der Kollege ging dann zu einer Selbsthilfegruppe, wo er schnell lernte, daß das 'ne Krankheit ist. Nun ist er schon vier Jahre trocken.

Der Entzug ist einmal medizinisch, daß dein Körper sich im Stoffwechsel wieder umstellt, ohne Alkohol zu leben, dabei spielt er verrückt. Dieser Entzug ist relativ schnell abgeschlossen, beim härtesten Alki so nach 14 Tagen, mal drei Wochen. Dann beginnt

das, was im Kopf los ist, dieses vernachlässigte Verhalten. Da steht man auf einmal praktisch nackt in der Welt und weiß gar nicht, was das alles soll. Daß man nicht mehr trinken will, ist klar. Da ist man darauf angewiesen, einmal mit Betroffenen zusammen zu sein. In dieser Phase ist man unberechenbar; man steht so zwischen Gut und Böse, zwischen der Flasche und diesem Willen. Und der Weg zur Flasche ist noch der wesentlich leichtere, und da ist eine sinnvolle Quarantäne angebracht.

Das ausweichende Verhalten muß Du ändern. Den Schwierigkeiten, die das Leben so mit sich bringt, ins Auge schauen und nicht mit Alkohol darüber hinweggehen. In den Selbsthilfegruppen lernt man eigentlich durch die Erfahrungen der anderen, die diese Entwicklung schon gemacht haben, über diese Phasen rüberzukommen und die Dinge von vorn anzugehen. Es hat sich so viel aufgestaut, und so vieles ist da,



was du gar nicht gelernt hast zu meistern. Neu lernen mußt Du z.B., deine persönlichen Sachen zu regeln. Deine Kontoauszüge wieder zu ordnen. Oder wieder ganz normal zur Arbeit zu gehen und normal zu arbeiten. Vorher war's so: Um 9 war Frühstück, schnell rein ins Auto oder zu Fuß zum Kaufmann, was zu trinken holen. Mittags genau dasselbe. Normal ohne Angst zur Arbeit gehen, das hat bei mir unheimlich lange gedauert. Grundsätzlich muß man so viel verändern wie nur irgend möglich, am liebsten auch seinen Standort. Aus dem Kreis rausgehen, wo man sich aufgehalten hat. Im Zweifelsfall auch sich scheiden lassen. Da muß man ganz ehrlich zu sich selbst sein. Das ist das Schwierige, daß man das nicht vorher gelernt hat. Man kann ja hier kaum ehrlich sagen, das pack' ich nicht oder da hab ich Schwierigkeiten. Man hat immer gut drauf zu sein, ob bei der Arbeit oder privat, immer voll Leistung und alles gut über die Runden zu bringen.

Ich wollte immer weglaufen im Suff. Am nächsten Morgen bin ich ganz normal aufgestanden und zur Arbeit gefahren. Mein Kumpel hat schon

immer gelacht und mich angepiekt. Der Kollege, der hat mir nachher auch helfen können. Der hat gesagt, du, was du da machst, das haut ja so nicht mehr hin. Ich glaub', wir müssen da mal zusammen was unternehmen. Da hatte er schon mit meinem Hausarzt telefoniert und ist auch zusammen mit mir da hingefahren. Seine Offenheit und Ehrlichkeit hat im Grunde genommen dazu geführt, daß ich auch selber was machen konnte.

F: Gibt es typische Alkoholiker?

A: Nee, das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Gesellschaftsgruppen. Die meisten Alkis sehen oder spüren so Widersprüche, Sachen, die sie nicht klarkriegen: Geld, eigene Gefühle, auch Lebensumstände und die Arbeit. Ansonsten schlafen sie ein und pinkeln in die Hose alle gleich, gleich krank. Die Formen der Hilfe sind halt unterschiedlich. Eine Arbeiterfamilie ist oftmals gar nicht in der Lage, sich selbst zu helfen, weil sie in allem sehr eingengt ist. Wenn ein Arbeiter arbeitslos wird, ist da doch ein gewisser Druck, daß er das packt, weil seine Familie nicht leben kann mit seiner Krankheit und mit seiner Situation.

Jackie Onassis kann leicht saufen. Die Kinder kommen aufs Internat, und sie kann sich abschotten, muß nicht für sich verantwortlich sein, weil sie halt ein Bankkonto hat.

F: Ist ein trockener Alki gegen Rückfälligkeit gefeit?

A: Nein. Man kann diese Krankheit nicht heilen, man kann sie nur zum Stillstand bringen. Manchmal kommt altes Verhalten wieder durch, z.B. Schwierigkeiten zu verdrängen, auf den Berg zu schieben. Wichtig ist es dann, das nicht für sich abzumachen, sondern mit Leuten darüber zu reden. Wenn ich Alkohol unbewußt zu mir nehme, tut er mir nichts, z.B. im Sauerkraut oder in Sprudel ist z.T. Alkohol, minimal. Nur was ich bewußt zu mir nehme, z.B. wenn ich an der Eisbude Malaga und Eierlikör-Eis bewußt bestelle, dann ist das im Grunde genommen ein Rückfall.

Literatur: Rußland/Plagstedt, Sucht und Medikamente in der Arbeitswelt, Fischer TB, 1986; E. Herhaus, Kapitulation, Büchergilde, 1982; Dr. W. Wolff, Der 8-Stunden-Tag, Berlin 1926; div. Material der Suchtberatungsstelle. – (sah, ths)

### Kleine Geschichte des Alkoholeinsatzes

Die Germanen brauten Bier und Met, leichte Getränke zum sofortigen Verzehr und nur zu besonderen Anlässen. Im Mittelalter wurden Verfahren entwickelt, um Wein (durch Verschnitt mit Branntwein) und Bier (durch Malz) haltbarer, lagerfähig und transportfähig zu machen. Während des 30jährigen Krieges wurde Branntwein zum Getränk der Soldaten. Ende des 18. Jhdt. entstanden große Schnapsbrennereien. Die billige Kartoffel wurde zum Rohstoff, Kartoffelschnaps zu einer immensen Einkommensquelle der preußischen Junker. Die Feldzüge Napoleons verbreiteten diesen Schnaps. Durch die Erfindung der Kühlmaschine, Transport per Eisenbahn, halbautomatische Flaschenproduktion wurden Wein, Bier, Schnaps und Likör massenhaft und portioniert vertrieben.

"Die industrielle Schnapsproduktion brauchte neue Trinker." Die Schnapshersteller begannen, einen Teil des Lohns in Form von Schnaps an die Arbeiter/innen auszugeben, z.T. über firmeneigene Läden, in denen Alkohol mit dem Lohn verrechnet wurde. F. Engels: "Der Arbeiter kommt müde und erschlaft von seiner Arbeit heim; er findet seine Wohnung ohne alle Wohnlichkeit, feucht, unfreundlich und schmutzig; ... er muß etwas haben, das ihm die Aussicht auf den nächsten sauren Tag erträglich macht ... Es ist die moralische und physische Notwendigkeit vorhanden, daß unter diesen

Umständen eine sehr große Menge der Arbeiter dem Trunk verfallen muß." Nach 1848 entwickelte sich angesichts des Elendsalkoholismus eine Bewegung dagegen, die Alkohol als Ursache vieler Krankheiten, steigender Unfälle und Gewalttätigkeiten ansah. Die Guttempler erkannten als erste Trunksucht als Krankheit.

Vergabe bzw. Garantie von Arbeitsplätzen war um 1900 oft an einen Trinkzwang gebunden, so z.B. in Ziegeleien, Kalk-, Zement- und Bauindustrie und bei Seeleuten. In einer Spinnerei in Württemberg gaben "Mädchen unter 16 Jahren allein für Bier wöchentlich 1,50 Mark" aus. Verschiedene Berufsorganisationen forderten Verbot des Alkoholausschanks in Kantinen und Vertrieb alkoholfreier Getränke zu Selbstkostenpreisen.

Der Alkoholverbrauch stieg pro Kopf der Bevölkerung von 1839: 71

über 1875: 101 auf rd. 11,5 l um 1900. Für Alkohol wurde mehr Geld ausgegeben als für wichtige Grundnahrungsmittel, z.B. bei Tagelöhnern und Schneidern 10%, Buchbindern und Schriftsetzern 11%, Tischlern 15% ihres Jahreslohns. Auch Frauen und schon kleine Kinder erlagen der Trunksucht. Entgegenwirkend wurde dem Elendsalkoholismus durch vermehrte gesellschaftliche Einrichtungen wie z.B. Säuglingsfürsorge, Milchhäuser, Sportplätze, Laubenkolonien. Mit der Durchsetzung des 8-Std.-Tages sank der Alkoholkonsum bei den Arbeitern von 2,8 l 1913 auf 2 l 1922. Im 1. Weltkrieg wurde auf Befehl des Kronprinzen der Alkohol direkt an die Front gebracht. In der Nazizeit waren Alkoholiker vom "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" unmittelbar bedroht, denn "wer an schwerem Alkoholismus leidet", konnte sterilisiert werden. Die Trinkerfürsorge wurde zur Euthanasie. Neben der Zwangssterilisation gab es noch ein abgestuftes Verwarnungssystem. Im 2. Weltkrieg gab es bei der Bevölkerung wegen der rationierten Lebensmittel selten Alkoholmißbrauch. Bei Armee und Polizei hingegen wurde Alkohol nach Einsätzen kostenlos ausgegeben. In besetzten Gebieten wurden Alkoholvorräte beschlagnahmt.

1947 schlossen sich die Abstinenzvereine zur Deutschen Hauptstelle gegen Suchtverfahren zusammen. Der Alkoholverbrauch stieg von 3,3 l 1950 auf knapp 12 l im Jahr 1984. 1968 wurde Alkoholismus als Krankheit anerkannt.



### IGM fordert 7% mehr bei Stahl

**Essen.** 7% mehr Lohn und Gehalt, für Auszubildende monatlich 50 DM mehr, fordert die IG Metall für die zum 31.8.1986 auslaufenden Tarife der Stahlindustrie NRW, Südwestfalen und Bremen. Die Stahlkapitalisten wollen die zum 1.7.1986 erfolgte Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2% auf einen Abschluß anrechnen. Dies hat die Tariffkommission der IG Metall zurückgewiesen. Die Erhöhung zum 1.7. war Bestandteil des letzten Tarifvertrages von 1984, sie diene der Angleichung des Stahllohnansatzes an den Metalllohn. – (wof)

### Samstag und Sonntag bei BMW und Siemens

**München.** In ihrer Juli-Ausgabe "Neues München – Zeitung der DKP-München" meldet die DKP Planungen bei Siemens und BMW zur Ausweitung der Wochenendarbeit. Darin heißt es unter anderem:

"Und Profit kommt mehr heraus, wenn die Maschinen und die neuen Techniken rund um die Uhr und auch noch samstags und sonntags besetzt sind. Solche Pläne gibt es bei BMW, bei Siemens sind sie zum Teil schon eingeführt. So gibt es bei

### 20000 Unterschriften gegen Entlassungen

**Düsseldorf.** Gegen die geplante Entlassung von 6500 Arbeitern aus den Mannesmann-Werken Duisburg-Huckingen, Mülheim und Düsseldorf protestierten am 31. Juli in Düsseldorf mehrere hundert Metallarbeiter. Sie übergaben 20 000 Unterschriften an den Mannesmann-Vorsitzenden Dr. Liestmann, die als Protest gegen die geplanten Entlassungen gesammelt worden waren. – (rub)

Siemens in der Martinstraße bereits heute ein Dreischicht-System, in dem auch an Samstagen und Sonntagen gearbeitet wird. In Pöng wird ein neues Werk gebaut, in der Hauptsache, um die Rationalisierung weiter zu treiben, um ein Flexibles Fertigungskonzept zu installieren.

Genauso bei BMW. Ab Herbst 1986 geht in Regensburg das neue BMW-Werk – 'das modernste Autowerk der Welt' – in Betrieb. Diese modernsten technischen Anlagen im Regensburger BMW-Werk sollen sich rentieren. Die Pläne liegen in der Schublade. Dort soll in zwei Schichten je neun Stunden an sechs Tagen gearbeitet werden." – (dil)



### Ladenöffnung im Hanseviertel bis 21 Uhr?

**Hamburg.** Anlässlich des Freifestes "Hamburg kocht auf" haben 65 Geschäftsinhaber des Hanse-Viertels einen Antrag auf Ladenöffnung bis 21h gestellt, mit Blick auf §23 des Ladenschlußgesetzes, der als Ausnahme im öffentlichen Interesse definiert "Sicherung der Volksernährung, Schutz größerer Mengen von Lebensmitteln vor Verderb und beschleunigte Gewinnung von Nahrungsmitteln in Hinblick auf das Wetter". Am 1.8. demonstrierten 200 Mitglieder der HBV vor dem Bezirksamt Mitte unter der Forderung "Hände weg vom Ladenschluß" gegen den Angriff. – (jub)

### "Leistungsprämie" bei städtischen Betrieben

**Köln.** Bei den Kölner Verkehrsbetrieben (KVB) und bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken (GEW) haben Geschäftsleitung und Betriebsrat ein neues Lohnsystem vereinbart. Je nach Ertragslage sollen die Beschäftigten jährlich einen "Sockelbetrag" von zunächst 500 bis 980 DM kriegen. Für die fleißigsten und vor allem bravsten 30 oder 40% gibt's noch eine etwa gleich hohe "Leistungsprämie" hinzu. Wer die Prämie "verdient" hat, sollen Vorgesetzte und Betriebsrat gemeinsam entscheiden: ein herrliches Betätigungsfeld für Antreiber und Klassenversöhner. Und wenn der Ertrag bei der GEW unter 40 Mio. DM fällt, gibt's – gar nichts. Bei der KVB soll das neue System, das nur auf Spaltung hinausläuft, zur

Hälfte durch Streichung bestehender übertariflicher Zulagen finanziert werden. Der Kommunale Arbeitgeberverband hat der KVB wegen "Verletzung des Tarifgefüges" mit Ausschuß gedroht. Und was sagt die ÖTV? – (ulg)

### LAG: Bezahlung von acht Stunden

**Pinneberg.** Das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein hat die Entscheidung des Arbeitsgerichts Elmshorn bestätigt, daß die Fa. Ilo Urlaubstage, Urlaubsgeld und Krankentage mit 8 Stunden bezahlen muß. Die Berufung der Firma wurde zurückgewiesen. 108 Kollegen hatten mit Unterstützung der IG Metall gegen die Bezahlung mit 7,7 Stunden geklagt. Seit der Arbeitszeitverkürzung wird bei Ilo 8 Stunden täglich gearbeitet, und jeder bekam 1985 7 unbezahlte freie Tage. Durch die Bezahlung der Firma sind jedem Kollegen 1985 Lohnverluste von mindestens 240 DM entstanden. – (chb)

### IBM baut übertarifliche Zulagen ab

**Stuttgart.** Zwar bekam jeder nach dem Lohnabschluß von IBM die 4,4% seines Tarifgehaltes als Erhöhung, aber die IBM-Richtgehälter, d.h. die Sollgehälter bei langjähriger Betriebszugehörigkeit, wurden lediglich um 1,5% erhöht. Als Folge fallen die freiwilligen Zulagen bei vielen geringer als erwartet aus und sinken die Gehaltsaussichten von bislang etwa 20% über Tarif (nach rund zehnjähriger Betriebszugehörigkeit) auf jetzt 17%. – (wor)



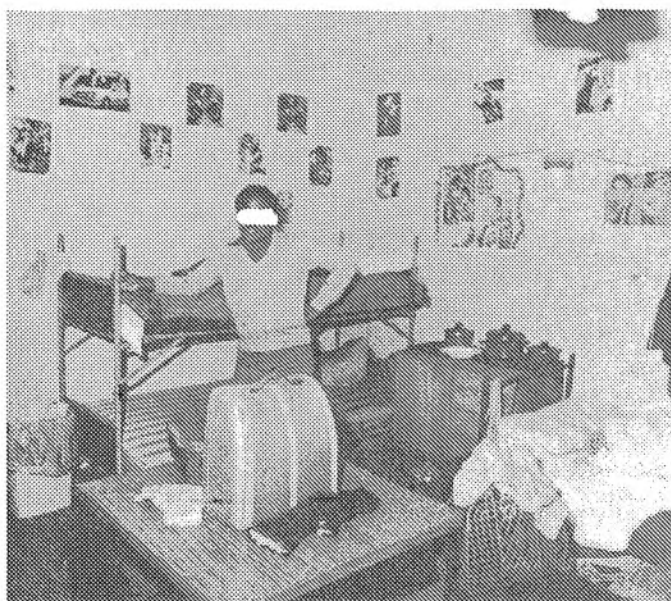
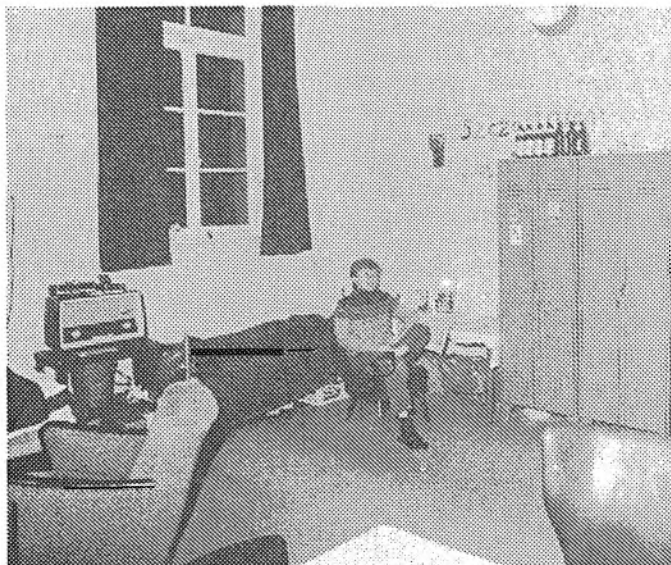
**USA:** In einem Gerichtsurteil sind die Kapitalisten der Guildford Transportation Industries, die Eisenbahnlinien betreiben, aufgefordert worden, 1700 Gewerkschaftsmitglieder wieder einzustellen. Am 3. März hatten die Gewerkschaftsmitglieder den Streik begonnen und Streikpostenketten gebildet, die von den Beschäftigten geachtet wurden. Präsident Reagan hatte mit einer Verordnung vom 16. Mai die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen. Die Kapitalisten hatten daraufhin diejenigen, die gestreikt hatten, entlassen. Der Streik richtete sich u.a. gegen Änderungen der Arbeitsbedingungen. Bild: Protestkundgebung in Rouses Point, Staat New York. – (gba)



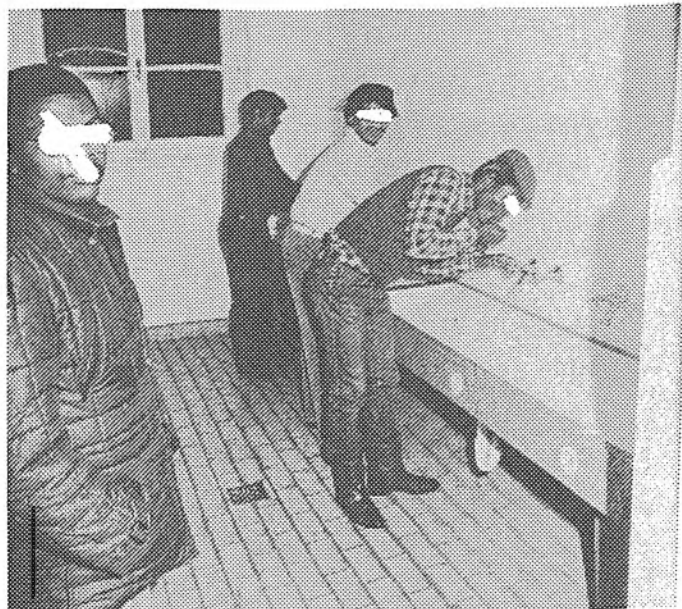
## Asylantenheim in Hannover

Unzumutbare Lebens-  
und Wohnverhältnisse

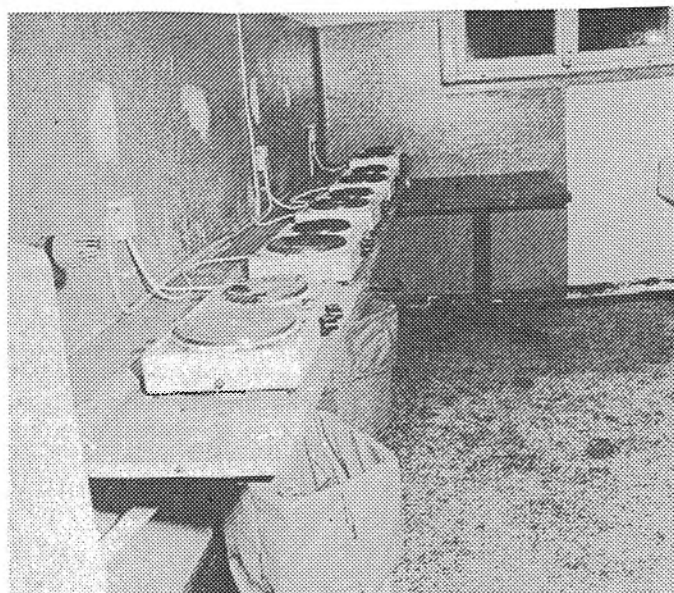
**Hannover.** Lebensbedingungen der Asylbewerber in der Gemeinschaftsunterkunft an der Schulenburger Landstraße: Mit der Abschreckung von angeblichem Asylmißbrauch wird die elende Lage der hier lebenden ca. 100 Asylbewerber gerechtfertigt. Die Möblierung der Zimmer und die sanitären Anlagen sind unzureichend; Essen, Kleidung und sonstiger notwendiger Bedarf auf Elendsniveau. Das Essen besteht aus Lebensmitteln im Wert von 50 DM wöchentlich. Die Lebensmittel werden vom Heim besorgt. Gelegentliche Garten- und Malerarbeiten im Heim für einen Stundenlohn von 2 DM sind die einzige Möglichkeit, ein bißchen Geld zusätzlich zu bekommen. Dazu kommt der physische Druck durch die Isolation im Lager und die drohende Abschiebung. Außerdem gilt Arbeitsverbot, und die Bewegungsfreiheit ist auf die Stadtgrenze beschränkt. Das Freizeitangebot besteht aus Fernseher und Flipperautomat. Die Photos stammen aus einer Ausstellung in einem städtischen hannoverschen Freizeitheim (FZH Lister Turm). – (ibm, alx)



Blechspinde, primitivste Etagenbetten, ansonsten Sperrmüll als Mobiliar, die Zimmer renovierungsbedürftig!



Der Waschraum: wohl eher eine Zumutung!



Und dies ist die Küche: Einfachste Ausstattung; vernutzte Elektroplatten, vernutzter Steinfußboden. Der Putz bröckelt von den Wänden; nicht einmal Abstellflächen gibt es. Aber die Müllsäcke sind neu!

## Film: "Momo"

## Time is money – oder versuch's mal mit Gemütlichkeit



Als ein modernes Märchen wird er angepriesen, der Film "Momo" nach dem 1973 erschienenen Roman von Michael Ende. Nach Endes eigenen Worten hat der Regisseur Johannes Schaaf mit 20 Millionen DM Produktionskosten "die poetische Botschaft von 'Momo' erhalten".

Die Geschichte "Momo" geht so:

Momo ist ein kleines Mädchen mit Kulleraugen, dunkelbraunen, versteht sich. Sie kommt zu den Menschen, zu den Armen natürlich. Woher weiß keiner, aber froh sind sie alle. Doch eines Tages, oh Schreck, wird die traute Gemeinschaft zerstört. Von grauen Männern, Herren im Anzug und im Mercedes. Sie jagen die Armen ins Unglück. Sie stehlen ihnen die Zeit, die sie dann in Zigarren gedreht verqualmen. Dadurch geht es den grauen Herren gut, den Armen geht es schlecht. Die Kinder müssen in Verwahranstalten, die Alten fangen an zu saufen, und Momo ist einsam. Selbst die angebotenen wunderfeinen Barbie-Puppen können Momo nicht trösten. Doch die Rettung naht in Form einer Schildkröte mit Namen Kassiopeia. Sie bringt Momo zu Secundus Minutus Hora, dem Herrn über die Zeit. Er ist natürlich alt und natürlich weise und selbstverständlich freundlich. Gestärkt durch ihn, besiegt Momo die grauen Herren.

Sie verdampfen, selbst glücklich nun nicht mehr die Zeit anderer verqualmen zu müssen.

Was sich liest wie eine neu aufgewärmte Messiasgeschichte, macht sich im Film ganz gut. Vor allem das Böse ist gut gemacht, es ist von dieser Welt. Die grauen Herren sehen aus wie Kapitalisten aus dem Bilderbuch mit Melone, Zigarre und Mercedes, die auf Kosten anderer leben. Auch die Problematik scheint zu stimmen. Die Menschen haben einfach keine Zeit zum Leben. Einer von Momos Freunden, der Maurer Nico, klagt: "Rumms, zack und schnell ... das geht wie der Teufel ... jeden Tag hauen wir 'n neues Stockwerk drauf ... alles organisiert ... Seelensilos ... ich bin immer 'n ehrlicher Maurer gewesen. Aber jetzt viel zu viel Sand im Mörtel ... Das hält vier, fünf Jahre, dann fällt alles zusammen, braucht bloß einer zu husten." Anstatt in Ruhe zu mauern, muß er jetzt Akkord kloppen, hat keine Zeit mehr für eine anständige Mauer. Die Kinder müssen in Verwahranstalten, weil die Eltern arbeiten und folglich keine Zeit mehr für die Kinder haben. Momos Freund Gigi kann zwar mit Hilfe der grauen Herren seinen Traum vom Leben als Rockstar erfüllen, doch hat er nun keine Zeit mehr, sein Leben zu genießen, geschweige denn zu träumen.

Doch Ende hat bei der Konstruktion seiner Geschichte einen entscheidenden Fehler gemacht, er hat den Maß des Wertes zum Wert selbst erklärt und damit gerät Endes Botschaft vom Zeit haben zum Luftballon der Verzichts-ideologie. Tatsächlich verhält es

sich doch so, daß man, wenn man arm ist, alle Zeit aufbringen muß, um bloß das nackte Leben zu erhalten. Ende stellt das Ganze auf den Kopf. In seiner Geschichte haben die Armen viel Zeit und sind glücklich, solange sie arm bleiben. – (rub)

### Der Kuß der Spinnenfrau

## Parteinahme für politische Gefangene und Homosexuelle

Der Film des Argentiniers Hector Babenco, 1985 als US-amerikanisch-brasilianische Koproduktion gedreht, basiert auf dem Roman seines Landsmanns Manuel Puigs. Für die Darstellung des Homosexuellen Molina erhielt der US-Amerikaner William Hurt den Darstellerpreis der Filmfestspiele von Cannes 1985 und 1986 den Oscar, der erstmalig an einen Darsteller eines Homosexuellen ging. Dies ist von Bedeutung, da der Oberste Gerichtshof der USA jetzt über einen Beschluß, daß private homosexuelle Praktiken nicht verfassungskonform seien, die politische und polizeiliche Verfolgung der Homosexuellen eingeleitet hat. In einem nicht genannten süd-amerikanischen Land sitzen ein wegen Verführung von Minderjährigen verurteilter Homosexueller und ein Linker in einer Gefängniszelle. Der zunächst unpolitische, unkritische und in einer Scheinwelt aus Liebesfilmen lebende Homosexuelle wird von der Gefängnisleitung zu Spitzeltätigkeiten gepreßt, verrät aber

nichts. Nach seiner Entlassung nimmt er Kontakt zur Untergrundbewegung auf und stirbt. Der gefühllose, dogmatische Revolutionär, dessen Rolle deutlich schwächer ist, entwickelt Verständnis und äußert Gefühle. Der Film nimmt Partei für den Zusammenschluß der beiden Gefangenen gegen Folter und die Auswirkungen des Gefängnisalltags.



ges. Gegenüber der Buchvorlage enthält er jedoch kaum Hinweise auf gesellschaftliche Zusammenhänge, z.B. von Polizeiterror und Unterdrückung. – (sie)

### "Müllers Büro"

## Ob "Yuppis" so was witzig finden?

Es soll Leute geben, die den Film "Müllers Büro" witzig finden. Der Verleih wirbt damit, in Wien habe die "New Wave Groteske" höhere Besucherzahlen als "Rambo" gehabt. Die Handlung: Whiskysaufender und finanziell abgebrannter Detektiv, Anfang 30, bekommt

von einer fremden Schönen den Auftrag, ihren verschwundenen Verlobten zu finden, stellt dabei fest, daß die Schöne in Wirklichkeit mit ihrem Verlobten den reichen Papa erpressen will, der, feist und stadtbekannte Persönlichkeit, mit drei Gaunerbanden an Prostitu-



tion, Rauschgift und ähnlichen Geschäften verdient und vor kurzem eine Prostituierte erwürgt hat. Diese Handlung ist verbunden mit Szenen, die eine Parodie auf Detektivfilme und Musicals der 50er Jahre sein sollen. So singen die Akteure des öfteren, statt zu reden, und blödeln ständig krampfhaft. Ansonsten eilen sie zwischen Bett, Kneipe und Bordell hin und her. Wenn dann am Schluß Detektiv und Mitarbeiter im Kampfanzug und mit MP bewaffnet einen Gangster nach dem anderen umlegen und diese, bevor sie

blutzspritzend umfallen, im Rhythmus der MP-Salven wie Steptänzer tanzen, vergeht einem aber endgültig das Lachen. Die Ansicht, die die Geldgeber des Films dem zumeist akademischen Publikum so zielstrebig nahebringen wollen, ist ungefähr so: Die Welt ist ein Sauschall, das Leben kurz und sinnlos, man muß mitmachen, was Vorgesetzte von einem verlangen, und wenn's zu schwer fällt, sich mit Suff, Hurerei und ähnlichen Vergnügen bei Laune halten. Ob so was ankommt? – (rül)

## Fernsehen

### Ungenau und oberflächlich: "Der spanische Bürgerkrieg"

Die einführenden Worte der Ansagerin "Erst jetzt, mehr als 10 Jahre nach Ende der Franco-Diktatur, wird deutlich, was der Bürgerkrieg für Spanien und Europa bedeutete und für unseren zusammenwachsenden Kontinent noch immer bedeutet", ließen auf eine Analyse des Sieges und der Niederlage hoffen. Was die Autoren der englischen Serie "Der spanische Bürgerkrieg" in der letzten Folge "Siege und Niederlage", ausgestrahlt im 3. Programm des WDR, zeigten, schien eine völlig unengagiert abgedrehte Auftragsarbeit zu sein. Vom Filmischen her undurchdacht und ohne jede Qualität wurden historische Aufnahmen, Fotos, Interviews von Zeitzeugen und Landschaftsaufnahmen aus dem heutigen Spanien aneinandergereiht. Dazu kommt, daß ein Teil der angeführten historisch-politischen Daten offensichtlich falsch sind oder aber sehr oberflächlich und falsch interpretiert werden: Die Republikaner waren an ihrer Misere sozusagen selber schuld, Frankreich und England handelten mit ihrer Appeasement-Politik in bester Absicht, nur Stalin wußte, was er tat und ließ die Republik im Stich. Über den Abzug der Interbrigaden wird gesagt: "Die meisten von ihnen kehrten nach Hause zurück." Kein Wort, daß viele über französische Internierungslager in deut-

sche KZs "zurückkehrten". Verschwiegen wird auch, daß Frankreich spanische Flüchtlinge an Franco auslieferte. Aber wir erfahren, daß "alle, auch die Sieger, unermessliche Opfer gebracht" hatten. Was der spanische Bürgerkrieg für das heutige Spanien und Europa bedeutet, erfahren wir leider nicht. Die Manuskripte der Serie sind für DM 16,-- zu kaufen. Ich empfehle, DM 30,-- zu investieren und "Revolution und Krieg in Spanien" von Pierre Broue und Emile Temime (2 Bd., bei Suhrkamp) zu erwerben, die beste und umfassendste Darstellung des spanischen Bürgerkrieges, die ich kenne. Die Autoren der Serie kannten sie offenbar nicht. – (ti)



Bewaffnete Zivilisten in Barcelona 1936

## Angriffe gegen die Grünen

### Kampagne zur Ausmerzung fortschrittlicher Positionen

Die niedersächsischen Landtagswahlen wurden begleitet von einer massiven Diffamierungskampagne gegen die Grünen. Die Reaktion fuhr schwere Geschütze auf, um ihr politisches Konzept gegen alle fortschrittlichen Positionen durchzusetzen und ihnen gleichzeitig die Vernichtung anzudrohen.

Albrecht erhielt für die angekündigte Fortschreibung seiner reaktionären Politik eine Mehrheit. Eine Mehrheit für die Stärkung des Kapitals, des Eigentums, der revanchistischen Hetze und Kriegsvorbereitungsstrategie, der Förderung und engen Zusammenarbeit von konservativen, halbfaschistischen und offenen faschistischen Kräften. Trotz dieser unverhüllten Drohung gegen die lohnabhängigen Klassen, erhielt die Albrecht-Politik von ihrer ausgehaltenen Meute eine knappe Regierungsmehrheit, obwohl (oder auch weil) dies alles durch eine großangelegte unappetitliche Kampagne gegen die Grünen flankiert wurde.

Das grüne Wahlprogramm sei ein Rezeptbuch, "wie man auf schnellstem Wege eine Demokratie, eine soziale Gesellschaft und ein reiches Land ruinieren kann" (1), unterstrich der CDU-Abgeordnete Seiters den Kurs gegen die Grünen. Die wagen es nämlich (auch), den Reichtum der Bourgeoisie nebst Anhang in Frage zu stellen, ebenso wie sie die Kriegsvorbereitungen angreifen.

Die Niedersachsen-CDU eröffnete Ende Mai das Sperrfeuer gegen grüne Politik. "Mit diesen Leuten will die SPD gemeinsame Sache machen", überschrieb sie einen Katalog aus gezielter Demagogie. In Großanzeigen und auf Wahltafeln zählte sie auf (Auszüge): "Die Grünen diffamieren unsere Polizei als 'Bürgerkriegsarmee' und wollen die Bereitschaftspolizei abschaffen... Chaoten und Radikale ziehen dann plündernd und zerstörend durch unsere Straßen... Die Grünen... wollen die Gefängnisse abschaffen. Mörder, Sexualverbrecher u.a. laufen dann frei herum... wollen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, d.h. die Ausbürgerung unserer Landsleute... wollen, daß alle Babies im Mutterleib bis zur Geburt hin getötet werden können... wollen aus der Verteidigungsgemeinschaft des freien Westens austreten und uns schutzlos machen. Das gefährdet unser Leben in Frieden und Freiheit... Unser Land darf nicht rot-grün werden!" (2)

Die Aufführungen der "Gefahren", die bei einer Niederlage der Reaktion entstehen können, sind gerichtet an all jene, die unter der Herrschaft der Bourgeoisie – garantiert durch Albrecht – ihre relative oder auch absolute Besserstellung gegenüber den unteren Einkommen in Gefahr geraten sehen und zu (fast) allem bereit sind, diese Besserstellung beizubehalten – gegen die Interessen der Arbeiterklasse und großer Teile der neuen Mittelklasse.

Der Kanzler persönlich greift ein. Kohl: "... Nicht die Wähler der Grünen, aber jene, die heute die Macht bei den Grünen haben, wollen eine andere Republik... Spätestens seit Hessen weiß ich, daß jetzt mit der SPD, ob mit Rau... oder mit Schröder..., alles möglich ist, um an die Macht zu kommen." (3)

Die Argumentation der CDU deckt sich an vielen Punkten, und das ist nichts besonderes (s.a. diverse Artikel der Politischen Berichte zu den nds. Landtagswahlen), haargenau mit faschistischer Propaganda. Die Sammlungsbewegung im konservativ-reaktionären Lager hat gefruchtet: Es wurde gestärkt!

Das von der EAP mitherausgegebene halbfaschistische

Blatt "NEUE SOLIDARITÄT" faßt in einer kostenlos verteilten Ausgabe zusammen: "Die Beschlüsse des letzten Parteitages der Grünen sowie die brutale Eskalation der Gewalt über das Pfingstwochenende in Wackersdorf lassen keinen Zweifel daran, daß die Grünen, um mit den Worten des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, zu sprechen, 'Agenten der Sowjetunion' sind (s. FAZ vom 7. Juni 1986)." (4)

Die Grünen in Niedersachsen arbeiten an der Dokumentation "Die Schmutzkampagne der CDU zur Niedersachsenwahl". Sie soll im Herbst fertig werden. Schon erhältlich ist eine Dokumentation "Die Lüge vom Beifall", die die falsche Berichterstattung vom Bundesparteitag der Grünen in Hannover (16. – 19. Mai 1986) aufarbeitet. (5)

Quellenhinweis: (1), (2), (3) Hannoversche Allgemeine vom 5.6., 30.5. und 1.6.1986; (4) NEUE SOLIDARITÄT vom 24.7.1986; (5) Landesgeschäftsstelle der Grünen in Niedersachsen, Voltastr. 35, Hannover – (mal)

13. August

## Grenzsicherung gegen den real existierenden Revanchismus

Im Januar 1959 startete das "Kuratorium unteilbares Deutschland" mit dem millionenfach in Umlauf gebrachten Abzeichen des Brandenburger Tores als nationalistischer Kulisse die Kampagne "Macht das Tor auf!". Im August 1986 ist die "Liebesgeschichte zwischen Ost und West auf der neuen Doppel-LP 'Die Mauer!'" der letzte Schrei in einem mit Bombenanschlägen, Kranzniederlegungen, Gebetsandachten, Fluchtinszenierungen, Menschenkette und Kundgebungen garnierten Multimedia-Feldzug gegen die Grenzsicherungsanlagen der DDR.

So ändern sich die Zeiten. Die Ziele des real existierenden Revanchismus sind seit 40 Jahren unverändert. Noch vor der Gründung der Bundesrepublik begann die Schaffung eigener staatlicher Organe für den Zweck der Wiedervereinigung. Während Adenauer (CDU) sich für ein "Ostministerium" aussprach, wollte Schumacher (SPD) mit einem entsprechenden Referat beim Innenministerium bekunden, "daß das Verhältnis zur Ostzone ein innerdeutsches Problem darstelle". Bei der Vorstellung der ersten Bundesregierung kam dann ein "Ministerium für deutsche Wiedervereinigung" heraus; schließlich einigte man sich auf die Bezeichnung "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen". Sein erster Minister wurde der ehemalige Vorsitzende der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone, Jakob Kaiser. Er stellte die Hauptaufgabe dieser Behörde am 5.7.1949 in einer Sendung des NWDR mit den Worten dar: "In nicht allzu langer Zeit wird auch die Ostzone wieder im gesamtdeutschen Staat sein. Für diesen Tag wird das Amt vorzusorgen haben."

Am 12.1.1952 hieß es im Bulletin der Bundesregierung: "Es müssen klare Vorstellungen darüber entwickelt werden, wie die beiden Teile Deutschlands nach jahrelanger Trennung, die durch die Sowjetisierung Mittel- und Ostdeutschlands noch verschärft wird, auf politischem, kulturellem und sozialem Gebiet wieder so zusammengefügt werden können, daß die Wiedervereinigung als ein sinnvoller und gerechter Vorgang empfunden wird." Zu diesem Zweck wurde dem gesamtdeutschen Ministerium der am 24.3.1952 gegründete "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" angegliedert, der sich aus Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der KPD), der Interessenverbände der Indu-

strie, der DGB-Führung, der reaktionären Bauernverbände, der "Vertriebenenverbände" sowie eines "Forscherkreises" zusammensetzte. Am 1.7.1953, wenige Wochen nach dem 17. Juni, erklärte Adenauer: "Unsere Pläne für die Zeit nach der Wiedervereinigung sind fertiggestellt. Besondere Arbeitsausschüsse haben Sofortmaßnahmen für den Tag der Wiedervereinigung vorbereitet." Wie diese Pläne aussahen, ist den Tätigkeitsberichten des Forschungsbeirats zu entnehmen, der mit dem "Sofortprogramm" von 1953 der Bundesregierung erstmals handfeste Detailplanungen für die Annexion der DDR vorlegte. Vorgesehen war darin z.B. unter "Änderung der Verhältnisse in den Betrieben" der "sofortige Ersatz der bisherigen Betriebsleitungen" durch die früheren Besitzer oder deren Beauftragte. Die "Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer" (ASU) benannte dem Bundeswirtschaftsministerium sogenannte Produktionsbeauftragte, die in enger Zusammenarbeit mit dem "Forschungsbeirat" die Einsetzung von "Patenschaftsbetrieben" in Gestalt westdeutscher Konzerne förderten und die industrielle Kapazität in der DDR und der BRD hinsichtlich künftiger Absatzmöglichkeiten prüften. Der Forschungsbeirat ging sogar soweit, auch schon die aus der Verwirklichung seiner Pläne resultierende Arbeitslosigkeit in der DDR zu berechnen. Im "SBZ-Archiv", einem Organ des "Kaiser-Ministeriums", wurde am 25.1.1956 unter der Überschrift: "Was geschieht mit den politischen Funktionären der DDR?" eine "Entscheidung" im Sinne der Entnazifizierung empfohlen. Der "Forschungsbeirat" führte zu diesem Zweck eine sogenannte Ostkartei. Ähnliche "Ostkarteien" führten auch die "Ostbüros" von SPD, CDU und FDP. Seit 1961 widmete sich dann die "Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter" der Vorbereitung von Strafverfahren gegen DDR-Bürger für die Zeit nach der Wiedervereinigung.

Das Leben in der DDR war in den ersten Jahren nach dem Krieg von nicht unerheblichen Startschwierigkeiten der Wirtschaft gekennzeichnet. Grundnahrungsmittel waren rationiert, Genußmittel kaum erhältlich, in den Waren des täglichen Bedarfs klafften Versorgungslücken und der Lebensstandard war niedrig. In dieser Situation konnten Störungen der Produktion und Versorgung sich leicht katastrophal auswirken. Die wirtschaftliche Schädigung der Sowjetischen Besatzungszone konzentrierte sich in diesen ersten Jahren auf Verschiebungen in die Westzonen und die wirtschaftliche Desorganisation. Bis zum 31.3.1950 wurden von DDR-Organen allein 5500 Tonnen Buntmetalle aus Schieberlagern sichergestellt. In Sachsen-Anhalt gelang es Beauftragten der Deutschen Continental-Gas-AG deren Überführung in Volkseigentum zu verhindern und Werte von über 100 Mio. DM in die Westzonen zu verschieben.



Juni 1948: Westberliner tragen sich am Grenzübergang Bernauer Straße in Unterschriftenlisten für einen Volksentscheid für die Einheit Deutschlands ein. In den Westsektoren war die Aktion verboten.

Durch Brandstiftung, Viehvergiftung und Schiebung wurde die Landwirtschaft erheblich geschädigt. Im Winter 1952 wurde die Verschiebung von Tausenden Tonnen Zucker nach Westberlin aufgedeckt. In der Molkerei Strausberg waren nach Betriebsschluß die Absperrventile von Milchbehältern geöffnet worden. In Borna bei Leipzig brannten in einer Nacht die Ställe von 13 Neubauernhöfen nieder. In Berlin wurden die VEB-Schlachthöfe angesteckt.

Einen Einblick in die Praktiken westlicher Sabotage-trupps gibt der Bericht des amerikanischen Historikers John Dornberg: "Ein bewährter Trick bestand darin, gefälschte Bahntransportbefehle so einzuschleusen, daß dadurch große Lieferungen von Butter, Kartoffeln, Kohle und Erzen aufgehalten oder in falsche Richtung umgeleitet wurden ... Im Herbst 1950 gelang es ... fünf Tiefkühlwaggons mit polnischer Butter, die für Leipzig bestimmt waren, nach Rostock 'umzudirigieren', wo sie solange auf dem Abstellgleis standen, bis die Butter ranzig geworden war ... Im nächsten Winter verdarben Hunderte Waggonladungen Kartoffeln auf Abstellgleisen in Dutzenden von Bahnhöfen." In der "Welt" vom 10.6.1950 forderte der Amerikaner James Burnham unter der Überschrift "Der heimliche Krieg auf deutschem Boden ...": "Es wäre ... zweckmäßig und ... wünschenswert, daß möglichst viele Operationen nicht irgendeiner staatlichen Stelle, sondern privaten Gruppen und Personen aufgegeben würden." Eine dieser Gruppen war die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KGU), die als Firma "Leibacher & Co." getarnt, in einem Westberliner Bürohaus Zeitzunder, Brandsätze, Sprengkörper, Säuren und Gifte herstellte. In dem 1971 in Hamburg erschienen Bericht "Pullach intern" schildern die Journalisten Zolling und Höhne die Wühlarbeit der KGU in den 50er Jahren aus ihrer Sicht: "In der Zone begann es zu krachen. KGU-Gruppen vernichteten Transparente der SED mit Phosphor, die Finow-Kanal-Brücke bei Zerpenschleuse wurde beschädigt, Eisenbahnschienen wurden gesprengt. In einem Geheimplager in Berlin-Charlottenburgs Clausewitzstraße gaben KGU-Männer neuen Sprengstoff aus; Kommandos rüsteten sich, auszuführen, was die beiden KGU-Referenten Wolf und Starke vorgeschlagen hatten: Durch Sprengung von Hochleitungsmasten die Stromversorgung der DDR lahmzulegen."

Übrigens trat der damalige Leiter der KGU, Rainer Hildebrandt, 1965 Jahre nach der Auflösung der "Kampfgruppe" als Vorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft 13. August" wieder ans Licht der Öffentlichkeit. Die "Arbeitsgemeinschaft 13. August", die sich bester Verbindungen zu Fluchthilfeorganisationen rühmt, betreibt im "Haus am Checkpoint Charlie" eine ständige Greuel-Ausstellung über die Mauer, für deren Neugestaltung die Westberliner Klassenlotterie im Juli 1986 1,48 Mio. DM ausspuckte.

Westberlin grenzt mit 161 km an die DDR. 76 Straßenübergänge sowie fünf S-Bahn- und vier U-Bahnlinien standen bis 1961 an der faktisch offenen Grenze dem Verkehr von und nach Westberlin zur Verfügung. Die Sektorengrenze wurde täglich in beiden Richtungen mehr als 50000 mal überschritten. Grenzkontrollen erfolgten nur stichprobenweise bei ca. 1 % der Personen, wobei jährlich über 20000 Verstöße gegen Bestimmungen des Währungs-, Waren- und Lebensmittelverkehrs nachgewiesen wurden. Ein anderes Problem waren die rund 63000 Einwohner der Hauptstadt der DDR, die ihrem Beruf in Westberlin nachgingen. Sie trugen zur Volkswirtschaft der DDR nicht bei, während sie zugleich deren Sozialleistungen in Anspruch nahmen und mit schwarz umgetauschtem Westgeld weit mehr in der DDR einkaufen konnten als diejenigen, die dort ihr Geld verdienten.

Obwohl von den Alliierten verboten, blühte in Westberlin der Geldhandel mit der Währung der DDR. Ein Ausschuß



Die Einrichtungen öffentlicher Verkehrsbetriebe waren häufig Ziel von Sabotageakten. Hier: Provokation auf dem Gelände der Reichsbahn in Westberlin, angeblich, um die Zahlung der Löhne der Eisenbahnarbeiter in DM durchzusetzen.

von Vertretern der Westberliner Banken und Wechselstuben bestimmte täglich willkürlich den Wechselkurs. Während selbst bürgerliche Wissenschaftler das reale Verhältnis der Kaufkraft von West- und Ostmark auf 1:1,8 schätzten, schwankte der Westberliner Wechselkurs zwischen 1:3 bis 1:8, womit Spekulationen Tür und Tor geöffnet waren. Abgezogen wurde die Währung der DDR unter anderem durch den ausgedehnten "Grenzhandel". Fünf Prozent des Westberliner Einzelhandelsumsatzes soll nach Schätzungen im "Grenzhandel" erzielt worden sein; an Verkehrsknotenpunkten waren regelrechte Einkaufszentren errichtet worden. Als die DDR im Gegenzug längs der Sektorengrenze Verkaufsstellen für die Westberliner eröffnete, reagierte der Westberliner Senat mit der Plakatkampagne "Nur Herr Schimpf und Frau Schande kaufen im Osten!"

Die empfindlichsten Schäden erlitt die DDR aber durch die Abwanderung und Abwerbung (hoch)qualifizierter Arbeitskräfte, was nicht nur dazu führte, daß in wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft Kader fehlten, sondern auch den technischen Fortschritt und die Planerfüllung hemmte und eine normale Versorgung der Bevölkerung erschwerte. 1960 mußte die DDR insbesondere wegen fehlender Ärzte von den sozialistischen Ländern Hilfe erbitten. Von ihrer Gründung bis zum 13.8.1961 verließen rund 300000 Menschen die DDR, rund 80 % davon im Alter unter 40. Schon 1950 hatte der bereits erwähnte James Burnham die "Flüchtlinge" zu "Stoßtrupps" erklärt und betont: "Schon ihr bloßes Dasein in solcher Menge verheißt die Auflösung des kommunistischen Weltreiches und bietet zugleich eine Waffe, mit der diese Auflösung herbeizuführen ist." (Welt, 6./7.6.1950) Mit Sondermitteln für die "Flüchtlingshilfe", die die BRD und die USA in erheblichem Umfang bereitstellten, wurden mehrmals gezielt "Massenfluchten" erzeugt. Nachdem die USA im Februar 1953 300000 Dollar zur Verfügung gestellt hatten, stieg die Quote der über Westberlin ausgeflogenen "Flüchtlinge" um 100 % auf 1150 Personen pro Tag. Ähnliche Kampagnen wiederholten sich 1956 und 1961. Am 5. August 1961 schrieb "Der Spiegel" triumphierend, "daß fast die Hälfte der Flüchtlinge 25 bis 65 Jahre alt" sei, und stellte fest: "Aus diesen Jahrgängen aber rekrutiert sich das Gros der DDR-Facharbeiter, Techniker und Wissenschaftler." "Der Spiegel" währte die DDR in einer unauf löslichen Konfliktsituation: Würde sie alles beim alten lassen, so würde sie menschenleer werden, schließe sie aber die Grenze zu Westberlin, so riskiere sie einen neuen "Volksaufstand" nach dem Muster des 17. Juni 1953.

Quellenhinweis: Teller, Der kalte Krieg gegen die DDR, Berlin 1979; Wyssozki, Westberlin, Moskau 1974; versch. Ausg. des "Volksblatt Berlin". – (maw)

## Aus der Diskussion der Organisation

## Arbeit – Freizeit: Theorien aus dem grün-alternativen Bereich und dem Umkreis der kritischen Theorie

**Vorbemerkung:** Ende Juli hat der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralen Komitee des BWK getagt. Er hat sich mit der Vorbereitung der großen Vollversammlung des ZK im September und mit dem Kongreß der revolutionären Sozialisten im November befaßt. Im folgenden veröffentlichen wir für die Organisationen und für die Öffentlichkeit die Berichte.

\*

Die Kernthese dieser Theorien lautet: Das "wahre Leben" beginnt außerhalb der Arbeit, Arbeit ist nur ein Mittel zur Erweiterung der Sphäre der Nicht-Arbeit, wo den hauptsächlichsten Interessen und Neigungen nachgegangen wird (Gorz). Diese Vorstellungen werden unter der Formel vom "Ende der Arbeitsgesellschaft" oder auch dem Aufkommen der neuen "Freizeitethik" gefaßt. Der Schlüsselbegriff des "weichen" Weges aus der Arbeitsgesellschaft heißt: dezentrale, ökologisch ausgerichtete Dualwirtschaft mit einem reduzierten Sektor formeller Arbeit (Lohnarbeit) und einem ausgedehnten Sektor informeller, autonomer Aktivitäten.

Die formale Ökonomie ist die Domäne heteronomer, fremdbestimmter, routinierter, hochgradig spezialisierter und hierarchisch organisierter Tätigkeit. Die informelle Ökonomie, gegenwärtig in der Ausbreitung begriffen, ist in ihrer Vollendung der Bereich autonomer, selbstverwirklichender Tätigkeiten mit ganzheitlichen Arbeitsvollzügen. Zu ihr werden Tätigkeiten in Haushalten gezählt, Schwarzarbeit, neue Formen der unentgeltlichen Gemeinschaftsarbeit, wie sie z.B. in Kinderläden, Jugendzentren, Frauenhäusern stattfindet, alternative handwerkliche Reparatur- und Produktionsbetriebe etc., ein Bereich, wo Arbeitslose, Studenten, Hausfrauen, Berufsumsteiger und bewußte Aussteiger anzutreffen sind. Solange jedoch der formale Sektor dominierend bleibe, bedrohe er die im informellen Sektor tätigen Menschen mit Marginalisierung, solange ist dieser Bereich gekennzeichnet von schlechten Arbeitsverhältnissen, unsicheren Einkommen und ständiger Existenzbedrohung. Die Gewichte zwischen beiden Sektoren, wie sie heute herrschen, müßten daher umproportioniert werden, zumal der autonome Sektor die Chance zur Verringerung der Beschäftigungsproblematik auf ökologisch unbedenkliche Weise biete.

Diese Theorie stellt sich beide Sektoren in "komplementärer Vernetzung" vor. Dabei soll jeder Mensch mehr oder weniger in beiden Teilen leben. "Eine Pluralität von Produktionsweisen sowie verschiedene Lebensweisen und -rhythmen werden nebeneinander bestehen, wobei jedes Individuum sich in mehreren Dimensionen entfaltet ... Die Lohnarbeit wird aufhören, die Haupttätigkeit zu sein." (Gorz 1983, S. 69) Das Vorherrschen der Arbeit auf geringem Vergesellschaftungsgrad wird als Ideal bezeichnet.

Wie soll nun diese Umproportionierung beider Sektoren vonstatten gehen?

Die ökonomischen Voraussetzungen seien durch das hohe Niveau der Produktivkraftentwicklung herangereift. Die Arbeit sei als Quelle des Reichtums überflüssig geworden. (Berger 1982, S. 98) Auch Gorz sieht dies so. In seinen Visionen ist das gesellschaftlich notwendige Arbeitsquantum durch die technologische Entwicklung so reduziert, daß künftig jeder nur noch 20000 Stunden Lohnarbeit in seinem Leben variabel verteilt leistet (= ca. 10 Jahre Vollarbeits-

zeit). Diese Quote konstituiere dann das Recht auf ein lebenslanges Mindesteinkommen. Arbeitsleistung und Einkommen werden voneinander abgekoppelt. Dies alles soll realisiert werden unter den Bedingungen der Weiterexistenz des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital, unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Im formalen Sektor wird eine Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit nicht angestrebt, sondern ausdrücklich dort "heteronome Arbeit", eine "gewisse Entfremdung" (S. 82) als notwendig vorausgesetzt. "Ohne die Sphäre der gesellschaftlichen Produktion mit ihrer Arbeitsteilung ... müßten wir sehr viel mehr arbeiten, um das unbedingt Notwendige zu produzieren." (S. 106)

So wird dann die in dieser Gesellschaft künftig herrschende Devise "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen" den Dreher an die Drehbank und den Professor, Künstler etc. in die schöpferische Kontemplation entsenden.

Als unmittelbar praktische ökonomische Bedingung der Dualwirtschaft fordern die Alternativtheoretiker die Reduktion der individuellen Arbeitszeit im formalen Sektor. "Ebenso bedarf es einer Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeiten, um den täglichen, wöchentlichen, jährlichen und lebenszeitlichen Wechsel zwischen den Sektoren der Ökonomie zu erleichtern. Vor allem aber bedarf es einer gerechteren Verteilung der knappen Arbeit im formalen Sektor auf die Erwerbspersonen." (Berger 1982, S. 110)

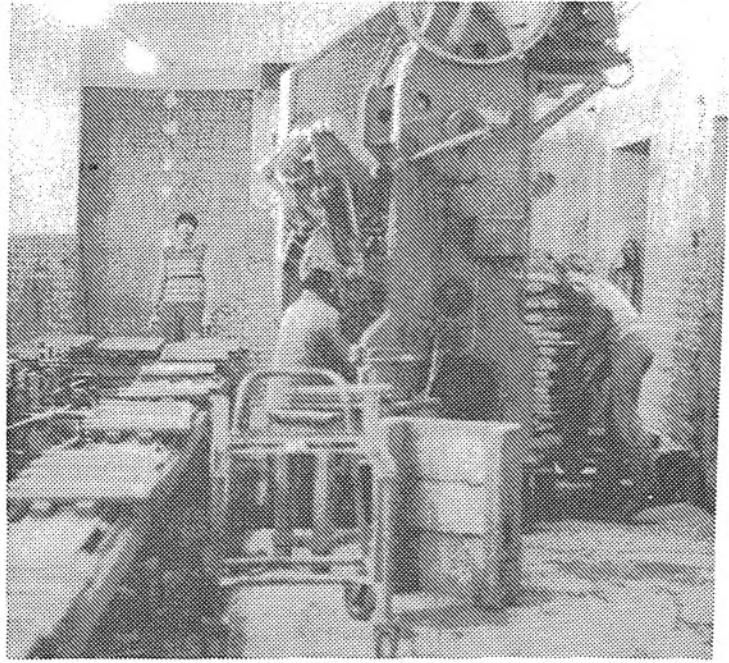
Opaschowskis Vorschlag, der von keinem "Sozialgehalt" ausgeht, sieht so aus: "Ein realistisches Zukunftsszenario wäre die Kontingentierung der Arbeit, d.h. zwei, drei oder gar vier Personen müßten sich einen Arbeitsplatz teilen, um ihre materielle Existenz bzw. ihr Existenzminimum sicherzustellen. Die übrige Zeit würden sie dann dazu benutzen, ihren Lebensstandard durch bargeldlose Tausch- und Kompensationsgeschäfte aufzubessern, den eigenen Freizeitkonsum zu finanzieren und ihre eigentliche Lebenserfüllung in privaten und sozialen Betätigungs- und Bestätigungsfeldern zu suchen" ... z.B. wie in Los Angeles schon heute, "Rechtsbeistand bei einer Scheidung gegen Autoreparaturen, ärztliche Behandlung gegen Antiquitäten ..." (Opaschowski 1985, S. 153)

Als wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Entwicklung der Dualwirtschaft wird die staatliche Anerkennung und Förderung des autonomen Sektors und ein Zurückdrängen, jedoch nicht Abschaffung der großen Industrie genannt. Die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie soll als "Domäne der Lohnarbeit" erhalten bleiben. Der Staat soll u.a. geeignete Rechtsformen für alternative Betriebe schaffen, eine negative Einkommenssteuer gewähren für den Fall, daß das Einkommen unter eine garantierte Mindestgrenze sinkt, und Garantien bei Bankkrediten übernehmen. (siehe Berger 1982, S. 113)

### Arbeitszeitpolitische Vorstellungen der GRÜNEN

Die von den Dualtheoretikern angesprochenen arbeitszeitpolitischen Vorstellungen finden sich zum Teil in programmatischen Aussagen bei den Grünen wieder, zum Beispiel eine unbezahlte "Langzeitfreistellung, deren Zweck keiner Begründung gegenüber dem Arbeitgeber bedarf, würde für





Eine "gewisse Entfremdung" und die Beibehaltung der Arbeitsteilung hält Andre Gorz für notwendig: "Ohne die Sphäre der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit ihrer Arbeitsteilung . . . müßten wir sehr viel mehr arbeiten, um das unbedingt Notwendige zu produzieren", meint er. Links: Näherinnen. Rechts: Im Ziegelwerk.

größere Bevölkerungsschichten einen Anspruch auf individuelle Lebens- und Arbeitsgestaltung schaffen", oder auch die Forderung nach 2/3-, 3/4- oder 4/5-Vollarbeitsplätzen, tariflich abgesichert und quotiert. (Umbau der Industriegesellschaft, S. 67f.)

#### Der Wertewandel

In der Form des "nachmodernen Wertewandels" wird eine entscheidende kulturelle Voraussetzung für die Durchsetzung dualwirtschaftlicher Strukturen gesehen. Die Wertewandeldiskussion zieht sich von Noelle-Neumann und Dahrendorf bis ins linkere sozialwissenschaftliche Spektrum. Der Motor für den stattfindenden Wertewandel wird von den Autoren im größeren Anteil der Freizeit an der Lebensarbeitszeit und im gewachsenen materiellen Wohlstand gesehen. Die geänderte Werteorientierung wiederum ziehe divergierende Arbeitszeitwünsche nach sich.

Im folgenden wird der Aufsatz von Hinrichs und Wiesen-thal detaillierter wiedergegeben, weil er nicht von einem allgemein vorhandenen Interesse an sogen. selbstbestimmter flexibler Arbeitszeit ausgeht, sondern sie den jeweiligen Klassen zuordnet.

A: Die, wie vermutet wird, größte Gruppe, die Träger des "traditionellen Arbeiterbewußtseins", sind vom Wertewandel aufgrund ihres frühen Eintritts ins Berufsleben und kurzer Bildungszeit noch relativ unberührt. Es wurden keine "unangemessen" hohen Ansprüche an die Qualität von Arbeitsbedingungen erzeugt. Bei ihnen herrschen die alten Arbeitsorientierungen Fleiß, Disziplin, Ausdauer, Bedürfnisaufschub vor. Diese Gruppe ist nach Umfragen kaum an abweichenden Arbeitszeitmustern, insbesondere nicht an einer wesentlich kürzeren Wochenarbeitszeit interessiert, sondern mehr an einem höheren Einkommen pro Arbeitseinheit, an festen Arbeitszeiten an fünf Werktagen und an einer Arbeitszeitreduktion in Form von z.B. Freischichten.

B: Die kleine Gruppe der sogenannten "allseitigen Maximierer" ist in Führungspositionen anzutreffen. Sie hält an den Werten der Leistungsethik fest, hat reale Aufstiegschancen, dispositive Arbeit, ein hohes Arbeitseinkommen, die Arbeitsinhalte tragen zur Selbstverwirklichung bei.

Zum Einbruch der Werte kommt es u.U. bei unerwarteter Arbeitslosigkeit. Diesen Personen geht es weniger um eine Unterschreitung der 40-Stunden-Woche als um eine Begrenzung der persönlichen Arbeitszeit auf die "Normalarbeitszeit".

C: Zu der zahlenmäßig rasch anwachsenden Gruppe der "opportunistischen Genießer" werden Teile der Angestellten bzw. der unteren und mittleren Dienstleistungsbereiche gerechnet. Die Werte der Leistungsethik wurden von ihnen durch solche der Persönlichkeitsentfaltung ersetzt. Der "Arbeitsmoral" wird gerade so viel Tribut gezollt, wie es nötig ist, sich die Voraussetzung, Geld und freie Zeit, zur Verwirklichung von Autonomie und Lebensgenuß in der Nicht-Arbeits-sphäre zu sichern. Werden die an die Arbeit herangetragenen Erwartungen enttäuscht, ziehen sie sich entweder aus der Arbeit zurück – in diesem Fall werden Einschränkungen des Konsumstandards in Kauf genommen – oder der "individuelle Arbeitseinsatz" wird auf das für den Weiterbestand des Arbeitsverhältnisses notwendige Minimum zurückgeschraubt und zugleich ein höherer Lohnanspruch artikuliert, gewissermaßen als Entschädigung für frustrierte Erwartungen (S. 129). Das schließt jedoch keineswegs aus, daß nicht in bestimmten Lebensphasen (z.B. Haushaltsgründung) durchaus stärkere Konzessionen an die verlangte "Arbeitsmoral" gemacht werden. Grundlage für ein solches Verhalten ist u.a. späte Heirat, geringe Kinderzahl, Berufstätigkeit der Frau, oft auch aus nicht-ökonomischen Motiven, und das Abwenden von der männlichen Ernährerrolle. Diese Personen haben das größte Interesse an einer Arbeitszeitverkürzung, an variablen, "familiengerechten", autonom gewählten Arbeitszeiten. Die Jüngeren kommen aufgrund von "billigem Freizeitverhalten" und Wohnen in WG's oder im Elternhaus für längere Freizeitblöcke in Frage.

D: Die sogenannten "halben oder ganzen Aussteiger" stellen eine relativ kleine Gruppe junger Leute aus dem akademischen Milieu mit langer Ausbildungszeit und hohen Ansprüchen an Arbeitsinhalte. Sie lehnen die Zwänge hierarchischer Arbeitsorganisation explizit ab und haben ein doppeltes Sicherheitsnetz im Hintergrund: materiell gut gestellte Familie und das Sozialleistungssystem. Sie sind

im selbstorganisierten, autonomen Sektor als "neue Selbständige" tätig.

### "Linke" Arbeitszeitflexibilisierung

Da es von vielen Theoretikern dualwirtschaftlicher Alternativen als notwendig erachtet wird, die Gewerkschaften zur Unterstützung der erforderlichen Voraussetzungen zu gewinnen, werden theoretische Begründungen entwickelt, um nachzuweisen, daß eine Arbeitszeitflexibilisierung im Gegensatz zu den Befürchtungen der Gewerkschaften auf diese selbst "positive Rückwirkungen" habe und konkrete Vorschläge für eine Tarifierung flexibler Arbeitszeiten entwickelt.

Gorz versteigt sich sogar zu der Behauptung, die Gewerkschaften würden in dem Maße, wie sie die Lockerung der Arbeitszeitordnung ablehnten, zu einer "konservativen und gegebenenfalls reaktionären Kraft" (Gorz 1983, S. 58) und würden damit zur Ausgrenzung der unstet Beschäftigten beitragen. Letzteren gegenüber komme der "Klasse der regelmäßig Arbeitenden die konservative Rolle der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung" zu. "Dagegen ist die Masse der 'gegen die Arbeit Gleichgültigen' das mögliche gesellschaftliche Subjekt des Kampfes um die Aufteilung der Arbeit, die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die tendenzielle Abschaffung der Lohnabhängigkeit durch Ausweitung der Eigenproduktion sowie ein allen garantiertes Lebens Einkommen. Die Grenze zwischen Linken und Rechten verläuft offenkundig mitten durch die Welt der Arbeit..." (dito)

Im Hinblick auf die Arbeitszeitflexibilisierung fragen links orientierte Sozialwissenschaftler, "ob das Walten einer Kapitallogik unterstellt werden darf, die der Realität der Bedürfnisse notwendigerweise überlegen ist, in dem Sinne, daß diese ... von ihr funktionalisiert und vereinnahmt werden". (Vobruba 1982, S. 225) Diese Kapitallogik könne bezwungen werden. Hoff schlägt ähnlich der differenzierten Lohnhierarchie eine Bandbreite unterschiedlich großer Arbeitszeitvolumina mit einer Obergrenze und einer Mindeststundenzahl vor. Und "anstelle einer stundenweisen Wochenarbeitszeitverkürzung könnte in einem Bandbreitenmodell durchaus auch eine prozentuale Arbeitszeitverkürzung vereinbart werden, von der dann die Arbeitskräfte mit langen Arbeitszeiten absolut stärker profitieren als diejenigen mit kurzen Arbeitszeiten." (Hoff 1982, S. 212)

Der mit flexiblen Arbeitszeiten von ihm zugegebenermaßen verbundene Produktivitätsgewinn für das Kapital solle mit Zuschlägen abgeschöpft werden. Zur Sicherung der Wahlfreiheit über die Arbeitszeiten müsse eine gesetzliche oder tarifvertragliche Mitwirkungspflicht des Betriebsrates bei der Festlegung der individuellen Arbeitszeit eingeführt werden.

Hoff folgert, die Zurückhaltung der Gewerkschaften, flexible Arbeitszeiten tariflich zu regeln, hänge mit der Befürchtung zusammen, "daß mit einer Abnahme des Stellenwerts der Arbeit im individuellen Leben auch die Rolle der Gewerkschaften als Interessenvertretung der um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitnehmer gefährdet wäre", denn "nur solange die Arbeit einen wesentlichen Teil der menschlichen Existenz umgreift, kann ein unmittelbares Interesse der Arbeitnehmer an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen unterstellt werden, das sich u.a. in ihrer gewerkschaftlichen Orientierung ausdrückt. Flexible Arbeitszeitregelungen geben nun der 'Exit'-Option größeren Raum: Nicht eine Veränderung der Arbeitsbedingungen ... sondern vielmehr das Ausweichen

vor einem als in seinen Grundlagen nahezu unveränderbar angesehenen Arbeitsprozeß steht bei ihnen im Vordergrund." (Hoff 1982, S. 216) Die Gewerkschaften müßten dann eben ihre auf Vollzeitkräfte orientierte Politik ändern; zudem könne Arbeitszeitflexibilisierung eine Stärkung der Gewerkschaften nach sich ziehen, weil damit die Arbeit besser verteilt, so die Arbeitslosigkeit reduziert (ganz der Kapitalistentenor) – und die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht gestärkt werde.

Eine Wende in der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik sieht er in der innergewerkschaftlichen Diskussion über "familiengerechte" Arbeitszeiten heranreifen.

Eine andere Theorie, wie Arbeitszeitflexibilisierung den Gewerkschaften zugutekommt, liefert Vobruba unter dem Stichwort "Organisation der Interessenvielfalt". Aufgrund der sehr differenzierten Bedürfnisstruktur sei mit Lohnforderungen eine Vereinheitlichung der Lohnabhängigen kaum mehr zu erreichen. Die zunehmenden Schwierigkeiten der Gewerkschaften, ihre Geldforderungen zu realisieren, könnten aber durch Hinzunahme qualitativ anderer Ziele gelöst werden. Ein "kollektivierbares Moment" ergebe sich aus "dem gemeinsamen Interesse an der Herstellung, Erhaltung und Verteidigung von Rahmenbedingungen, innerhalb derer individuell verschiedene Interesseninhalte entfaltet werden können." (Vobruba 1982, S. 228) Diesem Moment entspreche die Arbeitszeitflexibilisierung. Die Chancen der Gewerkschaft liegen danach in der Nutzung bzw. Förderung von Alternativen zum Arbeitsmarkt, "in der strategischen Absicht, Zwänge des Arbeitsmarktes zu unterlaufen." Sind durch die Flexibilisierung erst flüssige Übergänge zwischen der Lohnarbeit und Tätigkeiten außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses geschaffen, seien Möglichkeiten stärkerer individueller Konfliktfähigkeit gegeben.

"Während die existentielle Angewiesenheit auf den Arbeitsmarkt dazu führt, daß die Konfliktfähigkeit notwendigerweise hinter der Konfliktwilligkeit zurückbleibt, fördert das Wissen um arbeitsmarktexterne Auswege die Konfliktfähigkeit, ohne daß die Konfliktwilligkeit ihrerseits nun notwendigerweise ins Hintertreffen geraten muß." (a.a.O., S. 231)

So werde das Feld gesellschaftlicher Kernfragen, die Produktion, nicht geräumt, vielmehr könne "Unmut über Zumutungen kapitalistischer Produktionsorganisation mit ihr in produktive Auseinandersetzung treten." (a.a.O., S. 232)

In der Flexibilisierung (und nicht nur dort) treffen sich die Wunschvorstellungen der Alternativen auf wunderbare Weise mit den Konzepten der Reaktion.

In den Späthschen Visionen über die Zukunft gesellschaftlicher Entwicklung finden sich etliche Parallelen. Die Reaktion, die eine weitere Rückverlagerung kollektiv organisierter Tätigkeiten in die Einzelhaushalte anstrebt, bekommt ideologische Schützenhilfe, indem Kinderaufzucht, eigenes Brotbacken etc. als Ideale der Selbstverwirklichung glorifiziert werden. (siehe Gorz 1983, S. 78) Der Subsidiaritätsgedanke wird gestärkt, denn unentgeltlich geleistete soziale Dienstleistungen bringen Erfüllung. Das "Anspruchsdenken" wird angegriffen, schließlich beweisen genügend Leute, daß sich mit weniger auch – und sogar befriedigender – leben läßt.

Das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung für die Arbeiterklasse ist mit diesen Konzepten kaum gemeint. Im Gegenteil. Ihnen haftet das nackte Klasseninteresse an. Das anvisierte "Reich der Freiheit" setzt offenbar einen zwar verkürzten, aber hochgradig intensiven Arbeitsein-

satz bestimmter Gesellschaftsmitglieder voraus, um der Mittelklasse die selbstbestimmte Muße und Entfaltung zu ermöglichen.

### Gewerkschaftliche Positionen

Kritik wird aus den Gewerkschaften und von gewerkschaftlich orientierten Sozialwissenschaftlern an diesen Positionen geübt, auch innerhalb der GRÜNEN sind sie umstritten.

"Problematisch ist nun aber nicht die tatsächliche oder auch nur scheinbare Ausdehnung des Freizeitsektors, sondern die damit verbundene Vorstellung, unhumane Arbeitsbedingungen könnten durch vermehrte Freizeitangebote kompensiert werden... Wenn es nicht gelingt, den 'langen Arm' arbeitsbedingter Belastungen zusätzlich zu Arbeitszeitverkürzungen mit zu verkürzen, wird das Problem immer drängender, daß zwar die formale Freizeit durch mehr arbeitsfreie Zeit anwächst, gleichzeitig mit dieser Freizeit angesichts gleichzeitig ansteigender Arbeitsbelastungen keine befriedigende Lebensweise erreicht werden kann." (Rinderspacher 1982, S. 236)

Steinkühler betont, es gehe nicht um Befreiung von der Arbeit, sondern um die Befreiung in der Arbeit. (Steinkühler 1985, S. 228) "Eine solidarische Selbstverwirklichung des Menschen kann nur in beiden Bereichen der Arbeit stattfinden. Solange im 'Reich der Notwendigkeit' Entfremdung, Unterdrückung, Ausbeutung, Gesundheitsverschleiß und schlechtere Arbeitsbedingungen vorherrschen, ist keine humane und solidarische Gesellschaft vorstellbar." (S. 230)

Andererseits haben es die Gewerkschaften offensichtlich schwer, sich gegenüber diesen Vorstellungen ganz abzuschotten. In dem Positionspapier zur Arbeitszeitflexibilisierung des IGM-Vorstands ist der Versuch angedeutet, mit einer tariflich normierten selbst- und mitbestimmten statt kapitalorientierten Flexibilisierung in die Offensive zu gelangen. Damit öffnet sich die IGM Mittelklasseinteressen. Mag sein, daß sie darin einen Weg sieht, Angestellte zu gewinnen, deren breitere Organisation als Überlebensfrage betrachtet wird.

Wenn die Chance der Emanzipation nur noch in der Freizeit gesehen wird, können Forderungen zur Veränderung der Arbeitsbedingungen in der Produktion schwer größere Popularität gewinnen.

In der bewußten Abgrenzung von Vorstellungen, die in der Freizeit die Befreiung vom kapitalistischen Arbeitselend propagieren, aber die Arbeitsbedingungen und hierarchische Organisation der Arbeit unangetastet lassen, müßten von uns alle Betrebungen, die sich gegen den Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion richten, unterstützt werden.

Quellenhinweis: A. Gorz, Wege aus dem Paradies, Ffm 1983; J. Berger und L. Voigt, Zur Zukunft der Dualwirtschaft, in: Klönne (Hrsg.), Zukunft der Arbeit, Hamburg 1982; G. Vonderach: Eigeninitiativen, informelle Arbeit und Arbeitszeit, in: Offe (Hrsg.), Arbeitszeitpolitik, Ffm 1982; Hinrichs/Wiesenthal, Arbeitswerte und Arbeitszeit, in: Offe, a.a.O.; A. Hoff, Warum sind die Gewerkschaften gegen flexible Arbeitszeitregelungen, in: Offe, a.a.O.; G. Vobruba, Interessendifferenzierung und Organisationseinheit, in: Offe, a.a.O.; J. Rinderspacher, Humanisierung der Arbeit durch Arbeitszeitgestaltung?, in: Offe, a.a.O.; H. Opaschowski, Die neue Freizeitarbeitsethik, in: Altvater, Baethge u.a., Arbeit 2000, VSA Hamburg, 1985; F. Steinkühler: Arbeit 2000, in: Altvater, Baethge, a.a.O.; Bundesvorstand der Grünen, Umbau der Industriegesellschaft,

Programmentwurf zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, Bonn 1986.

Berichterstatter: frf

### Ladenschluß: Stand und weitere Auseinandersetzung

Aus den unten angeführten Quellen aus unseren letzten Publikationen vor Beschlußfassung des Bundestages und des Bundesrates über die Änderung des Ladenschlusses geht hervor, welche nächsten Schritte die Einzelhandelskapitalisten zu machen gedenken und welche Ideologie sie anwenden, um den Widerstand der Lohnabhängigen dagegen zu unterlaufen.

Die nächsten absehbaren Schritte sollen sein: eine größere Ausdehnung der Teilzeitarbeit und die Erstreckung von Schichten unterschiedlicher Dauer über einen größeren Teil des Arbeitstages. Das Ansinnen der HBV, jetzt sollten die Bundesländer durch Ausgestaltung der fälligen Rechtsverordnungen diesen Schritten einen Riegel verschieben, ist illusorisch. Für uns kommt es darauf an, die Kämpfe in den Betrieben gegen die Einführung von mehr Teilzeitarbeitsverhältnissen zu unterstützen. Der Hauptpunkt wird dabei sein die Kritik der Teilzeitarbeit selber, d.h. ihrer Auswirkungen auf den Grad der Ausbeutung, die Möglichkeiten zur Lohnsenkung, die Unterbindung des Familienlebens und der kulturellen und politischen Betätigung.

Die Behauptung eines Volksbedürfnisses nach flexibleren Einkaufszeiten ist teils ideologischer Natur. Dies muß enthüllt und theoretisch bekämpft werden. Vermutlich ist sie aber nicht bloß ideologisch. Es kommt also darauf an herauszufinden, was dieser Behauptung auf seiten der Lohnabhängigen zugrundeliegt, so daß die Argumente der Kapitalisten und bürgerlichen Politiker verfangen. Zu vermuten ist, daß der rationelle Ablauf der Hausarbeit durch Schichten zu ungewöhnlichen Zeiten, auch wenn diese kurz sind (Teilzeitarbeit), gestört wird. Dazu müßte eine Untersuchung gemacht werden, am besten durch Anbindung an den Herstellerkreis des Nachrichtenheftes.

Quellenhinweis: Nachrichtenheft Handel, Banken, Versicherungen vom 17.5.1986, S. 4: Ladenschlußgesetz — Hindernis für Vertreter angebotsorientierter Marktwirtschaft; NH Handel vom 28.6. 1986, S. 3: Industrie- und Handelskammer Frankfurt macht Druck für Ladenschlußänderung; NH Handel vom 12.7. 1986, S. 2: Abendverkauf bis 20.30 Uhr / Friedrichshafen; S. 3: Sachverständigengutachten kritisiert wettbewerbsfeindliches Ladenschlußgesetz; Politische Berichte 14/86, Spezialbericht S. 37: Ladenschlußgesetz: Alles offen! samt Dokumentation.

Berichterstatter: anl

### Betrifft: Gemeinsame Vollversammlung

### Geschäftsführender Ausschuß ZK Zusammenarbeit bei Zeitungen

Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralen Komitees des BWK fordert die Leitungen von GIM und KPD auf, im Zuge der Vorbereitungen der von ihnen gemeinsam geplanten neuen Zeitung, die in Nachfolge des Roten Morgen und von Was Tun bereits im Herbst erscheinen soll, ein Arbeits-

treffen der Redaktionen des Beilagenkreises einzuberufen. Dort sollte beraten werden, wie besonders in den folgenden beiden Punkten Fortschritte erzielt werden können:

a.) Gegenwärtig schreiben Autoren aus den verschiedenen Organisationen gelegentlich für die verschiedenen Zeitungen, und es erscheinen Artikel in mehr als einer der Zeitungen. Das muß ausgebaut werden.

b.) Besonders für den Bereich der Auslandsberichterstattung hat sich gezeigt, daß Kräfte mobilisiert werden müssen und können, um vorhandene Lücken zu schließen. Die Zeitungen müssen für Ausarbeitungen fortschrittlicher Kräfte aus Komitees, Arbeitsgruppen u.ä. systematisch als Plattform zugänglich gemacht werden.

Der Geschäftsführende Ausschuß des ZK hofft überdies, daß GIM und KPD ihre Überlegungen zur Konzeption ihrer Zeitung bald der Öffentlichkeit vorstellen.

Geschäftsführender Ausschuß des ZK des BKW, Köln, 27.7.1986, Beschluß

### Was wollen wir mit dem Kongreß zu den Bundestagswahlen '87 erreichen?

Die gemeinsame Vollversammlung von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA führt am 1./2. November zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1987 einen Kongreß durch, um über das "Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion" zu diskutieren.

#### Die reaktionäre Formierung schreitet fort

Die sozialliberale Koalition hatte die reaktionäre Formierung gegen die Arbeiterklasse und die Linkskräfte eingeleitet. Den Kapitalisten reichten die Maßnahmen gegen die Lohnabhängigen nicht aus. Sie haben den Regierungswechsel betrieben und erwarteten 1982 von der neuen Regierung, rücksichtsloser die Politik der sozialen Demontage und der Umverteilung zugunsten der Reichen durchzuführen. Zu dieser Beurteilung kamen die revolutionären Sozialisten vor den letzten Wahlen. BWK und KPD beteiligten sich an diesen Wahlen mit einem Wahlbündnis, um die Arbeitereinheit im Kampf für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse zu unterstützen; um mit allen zusammenzuarbeiten, die gegen die politische Reaktion und die Gefahr des Faschismus kämpfen wollen; um gemeinsam gegen Aufrüstung und imperialistische Kriegspolitik und das Bonner Atomprogramm zu kämpfen. Das Wahlbündnis trat im Wahlkampf für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Organisationen und für den Gedanken der Vereinigung revolutionärer Sozialisten ein.

Das hauptsächliche Ergebnis der Bundestagswahlen 1983 war eindeutig: Die politische Reaktion und die hinter ihr stehenden Kreise hatten einen klaren Sieg davongetragen. CDU/CSU und FDP gewannen die Wahlen. Das Wahlbündnis erklärte seine Absicht, die Zusammenarbeit fortzusetzen, und rief dazu auf: "Um so mehr geht es jetzt darum, im Klassenkampf, im außerparlamentarischen Massenkampf eine starke Front gegen die Offensive der Reaktion zu schaffen." Die Regierung trat danach offen als Arbeitgeberausschuß auf. Im ersten Bundeshaushalt beschloß sie drastische Kürzungen bei den Renten und beim Arbeitslosengeld. Die Werktätigen wehrten sich erbittert gegen die reaktionäre Politik der Regierung. An diesen Kämpfen haben sich die revolutionären Sozialisten beteiligt und auf Schwerpunkte geeinigt: Eine Kampagne "Verbot der NPD";



1983: Gemeinsames Plakat der ZKs von BWK und KPD zu den Bundestagswahlen

den Kampf gegen den Krieg und für Frieden, mit dem Schwergewicht Kritik am Rüstungshaushalt und an der Kriegsstrategie der BRD; Kampf gegen die Türkeihilfe der Bundesregierung für die türkische Militärdiktatur; Beteiligung an den antirevanchistischen Aktivitäten zum 8. Mai 1985; eine Kampagne für das kommunale Wahlrecht für Ausländer; die Unterstützung der politischen Gefangenen gegen die vernichtenden Haftbedingungen.

Die Bundesregierung setzte sich durch, sie konnte die Mittelstreckenraketen stationieren, konnte die Angriffe auf die sozialen Rechte der Werktätigen verstärken, begann eine Hetzkampagne gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, errichtete einen Unterdrückerstaat, in dem Widerstand und Streiks nicht geduldet und unterdrückt werden. Die Regierung verschaffte den Kapitalisten nicht nur Investitionen und Steuererleichterungen, sondern auch ein Beschäftigungsförderungsgesetz, mit dem sie die Arbeiter noch intensiver, noch länger und profitabler ausbeuten können. Der Tarifabschluß in der Metallindustrie über die 38,5-Stunden-Woche konnte diese Entwicklung nicht verhindern, sondern machte den Kapitalisten möglich, den Normalarbeitstag flexibel zu gestalten und auszudehnen. Trotz Streiks und vieler kleiner und großer Demonstrationen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung konnte sich die Regierung in allen wichtigen Auseinandersetzungen durchsetzen, zuletzt bei dem Angriff auf das Streikrecht mit der Änderung des Paragraphen 116 AFG. Die Landtagswahl in Niedersachsen war in diesem Zusammenhang von bundespolitischer Bedeutung: Die Reaktion gewann mit ihrem offen reaktionären Kurs die Wahl



und geht davon aus, daß sie die Regierungsgeschäfte nach den Bundestagswahlen fortsetzen kann.

### Gemeinsame Erfahrungen

Auf dem bevorstehenden Kongreß im November können die revolutionären Sozialisten auf eine längere gemeinsame politische Praxis zurückblicken, die nicht erst zu Beginn der achtziger Jahre anfang. Die politischen Programme und praktischen Aufgabenstellungen, die die revolutionären Sozialisten gegen die Reaktion auch heute noch verfechten, sind viel älter. So hat z.B. die KPD in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den antifaschistischen Kampf weiterentwickelt und die Volksfront gegründet. So haben die anarchistischen/rätekommunistischen Organisationen jahrelang den Kampf gegen den Strafvollzug und die Isolationshaft geführt. So hat sich der BWK/KBW jahrelang an den Tarifaueinandersetzungen beteiligt und eine spalterische Lohn- und Tarifpolitik der Kapitalisten bekämpft.

Auf all diese Erfahrungen können sich die Teilnehmer stützen. Sie brauchen in den acht Arbeitsgruppen programmatische Fragen nicht abstrakt diskutieren, sondern können sich auf die politische Praxis beziehen.

### Gegen Niedrigstlohn und Flexibilisierung

In den siebziger Jahren konnte die Arbeiterbewegung erreichen, daß die niedrigste und schmutzigste Arbeit besser bezahlt werden mußte. Wichtige Streiks wurden geführt, an denen sich viele Arbeiter der unteren Lohngruppen, oft ausländische Arbeiter, beteiligten. Sie bewirkten, daß die Gewerkschaften für Mindestforderungen und Streichung der unteren Lohngruppen eintraten. Gegen die dauernden Lohnsenkungen, für Sonderzahlungen und gegen die Intensivierung der Arbeit richtete sich dann der Widerstand Ende der siebziger und in den achtziger Jahren. Wieder waren es die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, Frauen, Belegschaften, die manchmal zum ersten Mal streikten, die die Hauptlast der Kämpfe trugen. Einige Streiks waren erfolgreich, die Reallohnverluste konnten aber nicht aufgehoben werden. Die Kapitalisten wollten billige Lohnsklaven. Die Sozialdemokraten gaben nach. Die Kapitalisten setzten mehr Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit durch. Das brachte viele Belegschaften in eine schwierige Lage.

### Angriffe auf die Versicherungen

Seit den siebziger Jahren betrieben die Regierungen gezielt eine Überfüllung des Arbeitsmarktes. Durch Lohnsenkung, Kürzungen der Renten und des Arbeitslosengeldes trieben sie immer mehr Leute auf den Arbeitsmarkt und verschärften die Konkurrenz. Dagegen wehrten sich z.B. diejenigen Rentner, die sowieso schon wenig Rente erhielten, und griffen auf vielen Veranstaltungen die bürgerlichen Politiker an. Diesen Widerstand müssen die revolutionären Sozialisten unterstützen und die demagogischen Angriffe der Reaktion auf das gesamte Versicherungswesen bekämpfen.

### Ausländerfeindlichkeit ist Arbeiterfeindlichkeit

Anfang der siebziger Jahre verschärfte die sozialliberale Koalition die Ausländergesetze und förderte eine Flut reaktionärer Propaganda. Reaktionäre Professoren traten auf und Faschisten wurden dreist. Dagegen hat sich von Anfang an ein breiter Widerstand gebildet, der von der Arbeiterklasse getragen wurde. Nachdem der Widerstand gegen die reaktionäre Hetze und gegen die ausländerfeindliche Politik der Regierung in den letzten Jahren immer deutlicher nicht kaputt zu kriegen war und die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht viele unterstützten, betonte die Reaktion, sie sei für Integration. Sozialdemokra-

ten und Christdemokraten gaben vor, daß die reaktionäre Ausländerfeindlichkeit vom Volke ausginge. Diese Demagogie wirkte lähmend auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Kapitalisten setzten durch, daß die Tarif- und Steuerrechte für die ausländischen Arbeiter verschlechtert wurden.

### Kampf gegen Apartheid und Rassismus

Nach großen Demonstrationen gegen den Krieg der USA in Vietnam, die vor allem von der Studentenbewegung getragen wurden, verbreitete sich der Widerstand gegen den Militärputsch in Chile, vor allem aber in der Unterstützung des Befreiungskampfes von Zimbabwe Mitte der Siebziger Jahre. Vor allem bei den Werktätigen stieß der Befreiungskampf auf Interesse, materielle und finanzielle Hilfe wurde geleistet. Das hing auch damit zusammen, daß diese Hilfe auch ein Schlag gegen die eigene Regierung war. Die sozialliberale Bundesregierung beschlagnahmte Spendengelder in der BRD und stützte das Smith-Regime bis zum Schluß mit Kapital und Waffen. Heute sind viele empört über das rassistische Siedlerregime in Südafrika, vor allem in den Reihen der Arbeiterklasse finden die Kämpfe Beachtung. Da aber zu wenige wissen, daß der westdeutsche und britische Imperialismus das Regime entschieden stützen und daß dieses ohne die beständige Förderung durch diese Imperialisten und die USA zusammenbrechen würde, bleiben die Reaktionäre frech und verteidigen offen den Rassismus.

### Kampf gegen den imperialistischen Krieg

In den siebziger Jahren beteiligten sich viele Lehrlinge und Schüler am Kampf gegen den Militarismus. Viele verweigerten den Wehrdienst und verteidigten dies in der Öffentlichkeit offensiv. Ein nicht unbeträchtlicher Teil ging aus antimilitaristischen Gründen in die Bundeswehr und leistete Zersetzungsarbeit. Viele antimilitaristische Zeitungen erschienen. Nach langem Zögern nahm sogar der DGB in einzelnen Städten die Arbeit unter den Soldaten auf. Der Kampf gegen Militarismus und gegen die Bundeswehr fand in den Betrieben großes Interesse. Viele konnten sich an Drill und Schikanen, die die einfachen Soldaten erfuhrten, gut erinnern. Das wird auch dazu beigetragen haben, daß der DGB 1980, noch bevor es die Friedensbewegung gab, das revanchistische Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundsatzprogramm entfernte. Die Friedensbewegung knüpfte zwar an diese Bewegung an, aber führte sie keineswegs fort. Sie stellt den Kampf gegen die Atomwaffen in Ost und West in den Mittelpunkt anstelle des richtigen antimilitaristischen Grundsatzes "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

### Kampf gegen Faschisten

Der Kampf gegen die Faschisten hat in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition, z.B. beim Wiederaufbau der BRD. In den sechziger Jahre beteiligten sich viele am Kampf gegen die NPD. In den siebziger Jahren befaßten sich alle revolutionären und sozialistischen Organisationen mit der Ausbau der Staatapparates bzw. der "Faschisierung". Die Reaktion festigte sich, das spürten viele. Mit der Kandidatur von Franz-Josef Strauß bei den Bundestagswahlen 1980 konnte die Reaktion zwar nicht die Wahlen gewinnen. Viele Antifaschisten meinten daraufhin, Strauß hätte eine Niederlage erlitten. Das war ein fataler Irrtum, der die antifaschistische Einheitsfront schwächte. Die überraschend vielen Stimmen für Strauß beschleunigten den späteren Regierungswechsel. Seitdem häufen sich faschistische Anschläge. In den letzten Jahren hat eine örtliche und regionale Zusammenarbeit zwischen antifaschistischen Organisationen, darunter die Volksfront, wie-

der verstärkt begonnen.

### **Kampf gegen unmenschliche Haftbedingungen**

Um in den siebziger Jahren den Widerstand gegen den herrschenden Staat zu brechen, hat die Reaktion zahlreiche Sicherheitsgesetze, insbesondere den Strafvollzug und die Isolationshaft verschärft. Die Unruhe darüber bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die die Gesetze anwenden sollten, z.B. bei den Ärzten, war beträchtlich. Strafverteidiger und Ärzte lehnten Zwangsernährung ab. In den letzten Jahren kam es in einigen Gefängnissen zu Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen. Die politischen Gefangenen führten diese Hungerstreiks durch und forderten die Zusammenlegung. Brutal unterdrückt die Reaktion diesen Widerstand. An diesem Kampf gegen die Isolations- und Vernichtungshaft beteiligen sich Leute aus der Arbeiterklasse und aus der Mittelklasse. Anders die Grünen, nur mit erheblichem Widerwillen interessierten sie sich für den Kampf gegen den Strafvollzug und brachten einen Gesetzentwurf gegen unmenschliche Haftbedingungen im Bundestag ein.

### **Kampf gegen die Reaktion verbessern**

Auf diese lange politische Praxis können sich die revolutionären Sozialisten beziehen. Eine Nichtkandidatur bei den Bundestagswahlen, nach über zehn Jahren das erste Mal, wird wahrscheinlich auch zu Schwierigkeiten in der praktischen Politik führen. Da die revolutionären Sozialisten selber nicht zur Wahl stehen und nicht mit ihrer Kandidatur Druck auf die öffentliche Meinung ausüben können, bleibt ihnen nur übrig, Einfluß mit praktischen Schwerpunkten auf soziale und politische Bewegungen zu nehmen. Nur durch eine Beteiligung an diesen Bewegungen werden sie nicht kritik- und widerstandsfähiger. Die revolutionären Sozialisten können Interessen von Bewegungen vertreten und darauf hinwirken, daß die Grünen, die DKP/Friedensliste und die MLPD bei ihren Kandidaturen die Forderungen der sozialen und politischen Bewegungen berücksichtigen und ihre Wahlaussagen und Forderungen gegen Imperialismus und Reaktion wenden. Der Kongreß ist überhaupt keine Notlösung dafür, daß die revolutionären Sozialisten nicht kandidieren, sondern bietet die Möglichkeit, noch einmal über landesweite Kandidaturen zu diskutieren, zumindestens aber in der Öffentlichkeit klarzulegen, wie die revolutionären Sozialisten eine Beteiligung an Wahlen in Zukunft sicherstellen wollen. Eine Wahlanzeige beim Bundeswahlleiter ist zum Zeitpunkt, wo der Kongreß stattfindet, noch möglich.

Eine Nichtkandidatur ist schlecht. Zwar zeigen die bisherigen Aktivitäten des Beilagenkreises, z.B. die Rundreise der PAC-Delegation, die Rundreise im Herbst von Frau Mokhesie gegen die Todesurteile des südafrikanischen Regimes gegen die Sechs von Sharpeville oder gemeinsame Aktivitäten im Kampf gegen die Faschisten, daß die revolutionären Sozialisten sich auf praktische Schwerpunkte einigen können, aber das alleine reicht noch nicht aus.

Die Zusammenarbeit des Beilagenkreises findet vor allem an den Orten statt, deswegen halten wir es für das Beste, daß der Kongreß an den Orten vorbereitet wird und gemeinsam beraten wird, wie die bisherigen Erfahrungen und Diskussionsergebnisse eingebracht werden, welche Themen besonders interessieren und wer an dem Kongreß teilnimmt bzw. delegiert wird. In einer Schlußerklärung von dem Kongreß können die Ergebnisse zusammengefaßt werden und die Aufgaben für die Bundestagswahlen umschrieben werden.

Berichterstatte: jöd

## **Bereich öffentliche Dienste**

### **Widerstand im öffentl. Dienst und proletarischer Klassenkampf**

Nach einhelliger Ansicht im ZK-Fachausschuß öffentliche Dienste und Einrichtungen muß auf der kommenden ZK-Vollversammlung über die Aufgaben der Einheiten der Organisation beraten werden, die sich mit dem Bereich öffentliche Dienste und Einrichtungen befassen. Es sollen dort Thesen erarbeitet werden, die nach einer abermaligen Diskussion in der Organisation auf der nächsten Delegiertenkonferenz zu verabschieden wären. Zu den Gesichtspunkten, die für eine Beurteilung der angeschnittenen Problemstellung wichtig sind, existiert eine Vielzahl von Arbeiten, an deren Herstellung Mitglieder und Einheiten des BWK nicht selten beteiligt waren. Die nachfolgende Darstellung des Diskussionsstandes soll eine allgemeine, zusammenhängende Diskussion einleiten, die jetzt nicht gegeben ist. Stellungnahmen, die rechtzeitig vor der ZK-Vollversammlung eingehen, werden dem Diskussionsmaterial beigegeben und zusammen mit den zu erarbeitenden Thesen veröffentlicht werden.

Ein solcher Aufwand ist nötig, weil die Bestimmung des konkreten Zusammenhanges von proletarischem Klassenkampf und der Politik gegenüber und in den öffentlichen Diensten und Einrichtungen große Schwierigkeiten mit sich bringt, vielschichtige Interessen berührt und folglich auch umstritten ist. Die nachfolgende Darlegung soll mehr die Schwierigkeiten sichtbar machen, als etwa bereits Lösung zeigen.

1. Die Notwendigkeit breit angelegter öffentlicher Dienste ergibt sich aus der Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Die zunehmende Arbeitsintensität steigert den Reproduktionsaufwand enorm. Mit dem Reproduktionsaufwand, wie er etwa zu Ende des vorigen Jahrhunderts normal war, könnten Arbeitskräfte für heutige Anforderungen nicht reproduziert werden. Der materielle Aufwand in der Reproduktion macht sich bei den Kapitalisten als Lohnforderungen bemerkbar, die ökonomisch so zwingend sind, daß sie von den Arbeitern nicht aufgegeben werden können. Der gewöhnliche Gang der Kapitalistenwirtschaft führt zu einer Verbilligung der Reproduktionsmittel. Die genannte Tendenz jedoch bewirkt eine Steigerung des Aufwandes. Welches Gebiet der Reproduktion die Ökonomisierung erfaßt, stets wird es sich um das Angebot gleicher Reproduktionsleistungen für viele handeln. Dennoch sind zwei bemerkenswert unterschiedliche Entwicklungsrichtungen denkbar.

Da wäre zum einen die Übernahme solcher Funktionen, bzw. die Erbringung solcher Leistungen durch Arbeiterassoziationen, z.B. durch Versicherungen, Genossenschaften usw. Ansätze in dieser Richtung gab und gibt es vielfältige. Uns muß jedoch beschäftigen, wieso konkret die Entwicklung hauptsächlich zur Übernahme solcher Funktionen in Regie des Staatsapparates geführt hat.

Allgemein zur Verfügung stehende Reproduktionsleistungen werden – vielleicht – von allen Lohnabhängigen benötigt, gewiß jedoch nicht zur selben Zeit. Man nimmt sie anders in Anspruch nach Alter, Familienstand, Gesundheitszustand usw. Wenn es sich, wie das immer mehr der Fall wird, um Leistungen handelt, die nicht ersetzbar sind, ist der Wunsch nach Sicherung groß. Im Zuge der revolutionären Bewegung, die 1918 das Kaiserreich beendete, argumentierten Leute wie Ebert, Noske u.a. mit dem Chaos, das eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft und ihrer Institutionen hervorrufen würde.

Die ungleichzeitige und auch ungleichmäßige Beanspruchung solcher Einrichtungen erzeugt das Verlangen nach Recht und Staat. Daß individuelle Reproduktion ohne öffentliche Leistungen nicht möglich ist, politisiert das tägliche Leben.

2. Ein beachtlich großer Teil der Reproduktionsleistungen, die z.B. ein Vier-Personen-Haushalt benötigt, wird also nicht über den Warenmarkt vermittelt, sondern ganz oder teilweise durch Steuern und Abgaben. Der freie Lohnarbeiter, der zunächst in der Sphäre der Reproduktion auftritt als Geldbesitzer, allen anderen Geldbesitzern gleichgestellt, tritt als Anspruchsberechtigter, und das heißt plötzlich: Leistungsbedürftiger, auf. Die Existenz hängt von der Gewährung staatlicher Leistungen ab. Persönliche Lebensäußerungen werden an staatliche Vorschriften über das Verhalten gebunden. Die herrschende Klasse kann all diese Zumutungen umgehen, weil die öffentlichen Dienste allesamt durch private Dienste ersetzbar sind. Diese Entwicklung des Kapitalismus hebt also im Bereich der Reproduktion die formale Gleichheit auf.

3. Die genannten Leistungen, man denke z.B. an das Gesundheitswesen, sind für die Reproduktion unerlässlich. Von Seiten des Empfängers aus betrachtet handelt es sich um persönliche Dienste. Verwickelter stellt sich die Situation von der anderen Seite dar. Die Dienstleistung wird nicht einfach von Person zu Person vollbracht, sondern in das persönlich gestaltete Verhältnis zwischen Arzt und Patient werden die Leistungen der anderen Beschäftigten eingemischt, subsumiert. Sie verschwinden als persönliche Leistung am Patienten und nehmen den Charakter einer Arbeit für den Dienstherrn, einer Arbeit auf Anweisung an, die sich formal in nichts von der Arbeit für sonst einen Arbeitgeber unterscheidet.

Noch komplizierter ist die Sachlage etwa bei der Müllabfuhr. Den Charakter einer Dienstleistung hat die Sache nur auf abstrakter Ebene, etwa zwischen dem Leiter der städtischen Verwaltung und dem Gemeinderat bzw. der Aufsichtsbehörde. Es ist ein Dienstleistungsverhältnis zwischen Körperschaften, der Bezug zwischen den Personen ist nur noch schemenhaft zu sehen.

Anders wiederum im Schulwesen, wo die Dienstleistung der Unterrichtung vermischt wird mit dem Recht, Anweisungen zu erteilen.

4. Obgleich für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes in unterschiedlichem Maße, ist es ganz wesentlich für die konkrete Gestalt der Einrichtungen, daß Lohnarbeit im strikten Sinne in das Dienstleistungsverhältnis eingebaut wird. Für die große Masse der Beschäftigten nämlich bedeutet dies, daß ihnen ihre vorgesetzte Behörde als Sachwalter der Interessen der Dienstempfänger gegenübertritt. Als Empfänger der Dienste tretend dabei stets die breiten Massen in Erscheinung, so weit richtig, als sie auch die überwältigende Zahl der Objekte dieser Tätigkeit stellen.

Das Streben nach Verbilligung der Reproduktion ist nicht der einzige Grund für die Ausweitung der öffentlichen Dienste. Eine gewaltige Triebkraft besteht auch in der Umlegung von Reproduktionskosten des Kapitals auf die Allgemeinheit.

5. Für die Kapitalisten hat es nichts Reizvolles, auf öffentliche Leistungen zu verzichten, sie können sie ja ihren Interessengemäß gestalten. Für die breiten Massen hingegen hat der Gedanke, in eigener Regie zu leben, durchaus Reize. Die vorgefundene Form der Reproduktion in privater Regie ist die Familie. Die Reglementierung, die bei der Gewährung öffentlicher Leistungen stets gespürt wird, löst einen spontanen Drang in Richtung Familie aus. Je schärfer die Reaktion im Bereich der öffentlichen, der politisierten Reproduktion wirkt, um so klarer wird der Trend hin zur Stärkung der Familie sein.

In den oben angerissenen Punkten wird stets von der Lohnsumme und dem Durchschnittslohn ausgegangen und wird dieser den Reproduktionsbedürfnissen gegenübergestellt. Nun haben wir aber in der BRD eine institutionalisierte Lohn- und Gehaltshierarchie. Die oben genannten Probleme werden also noch verschärft, weil für einen Teil der Bevölkerung Leistungen unverzichtbar sind, für einen anderen aber lange nicht in demselben Umfang, in demselben Maße, nicht dieselben usw.

Weil für den gehobeneren Einkommensbereich die Wahrnehmung, ja sogar die Rückverlagerung von Reproduktionsgeschäften in die Familie möglich ist, Versorgung des Kleinkindes z.B., gewinnt der Trend zur Familie einen realistischen Anstrich.

Das Streben von Beschäftigten in öffentlichen Diensten für eine ausreichende Versorgung, erscheint plötzlich familienfeindlich und als Propaganda für Staatseinmischung.

Diese schmutzigen Verhältnisse rufen den Widerstand der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten hervor. Dies geschieht um so mehr und um so deutlicher, wie z.B. Momente der Kriegsvorbereitung in die Gesundheitsversorgung eingebaut werden, d.h. das Arzt-Patient-Verhältnis mit quasi Sonderwünschen der Bourgeoisie belastet wird. Dies geschieht aber dauernd und ständig, wo die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten mit oft erfundenen Publikumsinteressen zu einer Sonderverausgabung von Arbeitskraft genötigt werden, die den Umgang mit Menschen nach Sachvorschriften einschließt.

Folgende Gesichtspunkte ergaben sich aus der Diskussion als ziemlich sicher:

- Der allgemeine Umfang öffentlicher Reproduktionsleistungen wirkt vor allem auf die Laufbahnkonkurrenz abtumpfend, ihre Reduktion verschärfend.

- Am Beispiel des Lehrerberufs zeigt sich eine allgemeine Problematik besonders deutlich: Für einen im Sinne der Schüler guten Unterricht mag das Pensum zu groß sein, für eine im Sinne der Industrie ausreichende Vordressur eine wirklich leichte Bürde.

- Eine Rückführung der Reproduktion in den Familienbereich ist weder möglich noch anzustreben. Eine fachliche Kritik der Reproduktionsleistungen ist die einzige Möglichkeit, der staatlichen Bevormundung entgegenzutreten. Nur als politische, als organisierte Klasse gewinnt das Proletariat die Kompetenz zurück, die dem einzelnen entzogen ist.

- Die Lohnform bringt den Arbeitenden in einen Gegensatz zum Arbeitsgegenstand. Dessen Gestaltung kostet seine Kraft. Es ist klar, daß Löhne, die zum Leben nicht ausreichen und Arbeitsbedingungen, die entnerven, in diesem Bereich zur Verletzung der Humanität führen müssen. Eine wie sonst auch geartete Politik, die nicht erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ausgangspunkt aller Überlegungen für die Gestaltung der Dienste im einzelnen macht, wird niemals den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen können.

- Die Formulierung von Leistungsanforderungen in Kritik der Politik des Kapitals und Formulierung des Arbeitsaufwandes zur Realisierung von Forderungen gehören zusammen. Dies sind Größen, deren Bestimmung nicht einer staatlichen Gerechtigkeit überlassen werden darf, sie müssen auf genossenschaftlicher bzw. Versicherungsgrundlage festgesetzt werden. Dabei ist der Vollbesitz der gewerkschaftlichen Rechte gerade in diesem Bereich unerlässliche Voraussetzung für proletarische Politik. Dies ist ein Gesichtspunkt, der nicht nur als politische Wertung für die Zukunft, sondern in der Auseinandersetzung mit den kirchlichen Einrichtungen hier und jetzt größte Bedeutung hat.

Berichterstatte: maf



### Kämpfe der US-Lohnarbeiter

Zum ersten Mal seit 1959 sind 40000 Stahlarbeiter des US-Monopols USX (vormals US-Steel) in den Streik getreten. Die USX-Kapitalisten fordern Lohnsenkungen von drei bis 3,50 Dollar die Stunde. Der Streik bei US-Steel ist ein Beispiel für die schweren Abwehrkämpfe, in die die US-Kapitalisten ihre Lohnabhängigen zwingen.

Angestachelt von dem weiteren Fall des Dollarkurses, der ihnen die Chance eröffnet, verlorene Marktanteile zurückzugewinnen, greifen die US-Monopole und die Regierung Reagan die US-Lohnabhängigen immer heftiger an und versuchen zugleich, sie durch eine Welle chauvinistischer Propaganda in ihre Konkurrenzkämpfe einzuspannen. Wie entwickelt sich der Widerstand dagegen?

### Ägypten – welche Ergebnisse hatte die "Öffnung nach Westen"?

Der imperialistische Einfluß auf Ägypten wird immer drückender. Die Imperialisten, von denen allein die USA jährlich 2,2 Mrd. Dollar "Wirtschaftshilfe" leisten, verlangen einen Abbau der Nahrungsmittelsubventionen und die Privatisierung der Staatsbetriebe. Das hätte einen Anstieg der Teuerung und Massenentlassungen zur Folge. Vor beidem schreckt die Regierung Mubarak, die das Land seit Jahren mittels Kriegsrecht regiert, noch zurück. Zahlreiche Streiks und Revolten in den letzten Monaten – wie im Februar die Revolte der Polizisten – zeigen eine wachsende Unzufriedenheit der Lohnabhängigen. Wie entwickeln sich die antiimperialistischen Kräfte in Ägypten?



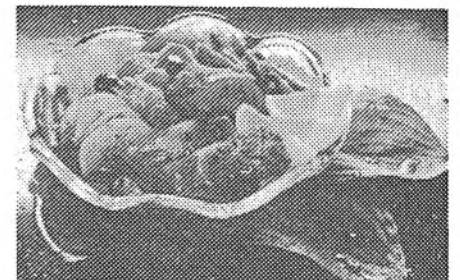
### Vorgehen gegen Punks

In Freiburg nimmt die Polizei in den letzten Monaten fast täglich Punks fest unter dem Vorwand, die Jugendlichen würden wegen Trunkenheit die öffentliche Ordnung stören. Die Polizei sperrt sie dann oft für Stunden ein. Einer der Punks war, weil er an AIDS erkrankt ist, unter Berufung auf das Bundesseuchengesetz zunächst längere

Zeit in Polizeihaft und dann in die Psychiatrie in Emmendingen verbracht worden. Die Behauptung, daß von ihm eine Ansteckungsgefahr ausgehe, ist aber unhaltbar. Was ist der wirkliche Hintergrund für das Vorgehen der Staatsgewalt? Welcher Zusammenhang besteht mit der von CDU-Kreisen angezettelten Kampagne "Freiburg – Zentrum der Chaoten"?

### Kein Fleisch und Du bleibst gesund

Über fünf Jahre hin hat das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg (DKFZ) insgesamt 1904 Vegetarier beobachtet. Es stellte sich heraus, daß die Sterblichkeit an Herz- und Kreislauferkrankungen niedriger lag als bei einer nicht-vegetarischen Vergleichsgruppe. Angeblich trat nur ein Drittel der statistisch zu erwartenden Todesfälle ein. Die Rückführung dieser Testergebnisse ausschließlich auf die Ernährung sitzt einer Fiktion auf, daß die Belastung der Lebenskraft in der BRD für alle Menschen wesentlich dieselbe sei. Man erinnert sich an das ebenfalls offiziell veranlaßte Werk über Frühverrentung, in dem die Lebensgewohnheiten als ausschlaggebend ermittelt werden.



#### **Politische Berichte**

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

#### **Nachrichtenhefte**

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

#### **Herausgeber**

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen  
Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollensoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.